

Anhang

Anhang zum Konzernabschluss der Deutsche Post AG

1 Grundlagen der Rechnungslegung

Als börsennotiertes Unternehmen hat die Deutsche Post AG ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (§ 37 v WpHG) vom 5. Januar 2007 dar.

Die Anforderungen der angewandten Standards wurden vollständig erfüllt und vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie den Anhang (Notes). Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung sowie die Erläuterungen und Angaben zum IFRS-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2008 basieren grundsätzlich auf denselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die auch dem Konzernabschluss 2007 zugrunde lagen. Ausnahmen bilden hier die unter [Textziffer 4](#) aufgeführten Änderungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, die vom Konzern seit dem 1. Januar 2008 verpflichtend anzuwenden sind, sowie Anpassungen von Vorjahreszahlen aufgrund durchgeführter Restatements ([Textziffer 5](#)). Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unter [Textziffer 7](#) erläutert.

Das Geschäftsjahr der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen entspricht dem Kalenderjahr. Die in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragene Deutsche Post AG hat ihren Sitz in Deutschland.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde mit Beschluss des Vorstands der Deutsche Post AG vom 25. Februar 2009 zur Veröffentlichung freigegeben.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

2 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 sind neben der Deutsche Post AG grundsätzlich alle in- und ausländischen Unternehmen einbezogen, bei denen die Deutsche Post AG unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschaft verfügt oder auf andere Weise auf die Tätigkeit beherrschenden Einfluss nehmen kann. Die Unternehmen werden beginnend mit dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen, ab dem der Konzern die Möglichkeit der Beherrschung erlangt.

Neben der Deutsche Post AG als Mutterunternehmen umfasst der Konsolidierungskreis die in unten stehender Tabelle aufgeführten Unternehmen.

Konsolidierungskreis

	2007	2008
Anzahl der voll konsolidierten Unternehmen (Tochterunternehmen)		
Inländisch	113	106
Ausländisch	857	854
Anzahl der quotaleinbezogenen Gemeinschaftsunternehmen		
Inländisch	1	1
Ausländisch	12	18
Anzahl der at-Equity-bilanzierten Unternehmen (assoziierte Unternehmen)		
Inländisch	3	3
Ausländisch	18	12

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes des Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht. Weiterhin ist eine vollständige Liste des Anteilsbesitzes der Deutsche Post AG beim Handelsregister des Amtsgerichts Bonn hinterlegt. Eine Aufstellung der wesentlichen in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen findet sich unter [Textziffer 57](#).

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die wesentlichen konsolidierungspflichtigen Unternehmenskäufe, Anteilserhöhungen und Gründungen im Geschäftsjahr 2008:

Gesellschaften – Zugänge

	Kapitalanteil %	Einbeziehungsart	Erwerbs-/Erstkonsolidierungszeitpunkt	Erläuterung
EXPRESS				
Express Couriers Australia Pty Ltd., Australien	50	quotale	Februar 2008	Gründung
Polar Air Cargo Worldwide Inc., USA	49	voll konsolidiert	November 2008	Vollkonsolidierung aufgrund vertraglicher Regelungen
SUPPLY CHAIN/CIS				
Williams Lea Holdings plc., Großbritannien	96	voll konsolidiert	April 2008	Anteilserhöhung (30%)
DHL Logistics (China) Co. Ltd., China (ehemals: Exel-Sinotrans Freight Forwarding Co. Ltd., China)	100	voll konsolidiert	April 2008	Anteilserhöhung (50%)

EXPRESS

Im Februar 2008 hat die Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH, Deutschland, die Gesellschaft Express Couriers Australia Pty Ltd., Australien, gegründet, in der Absicht ein 50:50-Joint Venture mit der New Zealand Post, Neuseeland, einzugehen. Bis zum 30. Juni hat das Joint Venture Geschäftseinheiten von DHL Global Forwarding, Australien, übernommen. Gleichzeitig beteiligte sich New Zealand Post mit 50 % an der Gesellschaft. Anfang Juli hat das Joint Venture die New Zealand Post Australia Pty Ltd. einschließlich ihrer Tochtergesellschaften für einen Betrag von 55 Mio € erworben. Weiterhin wurden für 23 Mio € die Vermögenswerte und Aktivitäten von Hills Transport Pty Ltd. und Hills Express Pty Ltd. sowie von Aufast Couriers Pty Ltd. und vFCC Services Pty Ltd. übernommen.

Im Juni 2007 hatte der Konzern 49 % der Kapitalanteile an dem amerikanischen Unternehmen Polar Air Cargo Worldwide, Inc. (Polar Air Cargo), einem führenden Anbieter von weltweiten Luftfrachtdienstleistungen, erworben. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen, die Ende Oktober 2008 in Kraft traten, erbringt die Gesellschaft überwiegend Leistungen für den Konzern und wird seit November 2008 voll konsolidiert. Zuvor war Polar Air Cargo als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden. Aus der Vollkonsolidierung entstand ein vorläufiger Firmenwert in Höhe von 100 Mio €. Die Darstellung der finalen Kaufpreisallokation erfolgt in einem späteren Abschluss, da noch nicht alle notwendigen Informationen vorliegen.

Nettovermögen

Mio €	Beizulegender Zeitwert aus vorläufiger Kaufpreisallokation ¹⁾
Immaterielle Vermögenswerte	1
Sachanlagen	0
Kurzfristige Vermögenswerte und flüssige Mittel	137
Langfristige Verbindlichkeiten	-1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-103
Erworbenes Nettovermögen	34

1) Entspricht dem Buchwert

Seit November trug die Gesellschaft mit 25 Mio € zum Konzernumsatz bei. Die Gesellschaft hat wesentliche Leistungsbeziehungen zum Konzern.

GLOBAL FORWARDING/FREIGHT

Am 31. Dezember 2007 wurde für 85 Mio € die Gesellschaft FC (Flying Cargo) International Transportation Ltd, Israel, erworben. Flying Cargo ist in Israel Marktführer im Bereich Luft- und Seefracht. Im ersten Quartal 2008 wurden an die Altgesellschafter Zahlungen in Höhe von umgerechnet 65 Mio € geleistet. Davon betrafen 45 Mio € die erste Tranche der Kaufpreiszahlung und 20 Mio € die Ablösung von Altgesellschafter-Darlehen. Die restliche Kaufpreiszahlung erfolgt voraussichtlich im Jahr 2010. Aus der

Erstkonsolidierung ergab sich ein Firmenwert in Höhe von 74 Mio €. Die Kaufpreisallokation wurde per 30. September 2008 abgeschlossen und stellt sich wie folgt dar:

Ermittlung des Firmenwerts

Mio €	31. Dezember 2007
Anschaffungskosten	85
Abzüglich des zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Nettovermögens	11
Firmenwert	74

Nettovermögen

Mio €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
Immaterielle Vermögenswerte	1	13	14
davon Software und Lizenzen	1	0	1
davon Kundenstamm	0	11	11
davon Marke	0	2	2
Sachanlagen	1	0	1
Kurzfristige Vermögenswerte und flüssige Mittel	40	0	40
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-36	0	-36
Latente Steuern	-5	-3	-8
Erworbenes Nettovermögen	1	10	11

Im Geschäftsjahr 2008 trug Flying Cargo mit 183 Mio € zum Konzernumsatz sowie mit 27 Mio € zum Konzern-EBIT bei.

SUPPLY CHAIN/CIS

Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH, Deutschland, hat im zweiten Quartal 2008 ihren Anteil an der Williams Lea Holdings plc., Großbritannien, von 66 % auf 96 % zu einem Kaufpreis von 220 Mio € erhöht. Die Finanzschuld für die restlichen ausstehenden Anteile verringerte sich auf 29 Mio €.

DHL Exel Supply Chain Hong Kong hat im April 2008 die restlichen 50 %-Anteile an ihrem Joint Venture Exel-Sinotrans Freight Forwarding Co. Ltd., China, von Sinotrans Air Transportation Development, China, für 61 Mio € erworben und ist seitdem alleiniger Eigentümer. Die Gesellschaft wurde umbenannt in DHL Logistics (China) Co. Ltd. Zuvor war das Unternehmen quotal als Gemeinschaftsunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen worden. Aus der Vollkonsolidierung ergab sich ein Firmenwert in Höhe von 31 Mio €. Die Kaufpreisallokation stellt sich wie folgt dar:

Ermittlung des Firmenwerts

Mio €	1. April 2008
Anschaffungskosten der Beteiligung (2. Tranche)	61
Abzüglich des zum beizulegenden Zeitwert bewerteten anteiligen Nettovermögens	-30
Firmenwert	31

Nettovermögen

Mio €	Buchwert	Anpassung ¹⁾	Beizulegender Zeitwert
Immaterielle Vermögenswerte	33	24	57
davon Kundenstamm	32	24	56
Sachanlagen	6	0	6
Kurzfristige Vermögenswerte und flüssige Mittel	94	0	94
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-81	0	-81
Latente Steuern	-10	-7	-17
Summe Nettovermögen (100 %)	42	17	59
Anteilig erworbenes Nettovermögen	21	9	30

1) Anpassungen der Kundenbeziehungen in Höhe von 12 Mio € sowie Anpassungen in Höhe von 4 Mio € auf latente Steuern beziehen sich auf den zuvor gehaltenen 50-%-Anteil. Diese Werte wurden in die Neubewertungsrücklage eingestellt, Textziffer 40.4.

Die erworbenen restlichen 50-%-Anteile der Gesellschaft trugen mit 92 Mio € zum Konzernumsatz bei. Die Gesellschaft hat wesentliche Leistungsbeziehungen zum Konzern. Wären die restlichen 50-%-Anteile schon zum Januar 2008 erworben worden, hätte die Gesellschaft mit 106 Mio € zum Konzernumsatz beigetragen.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe

Darüber hinaus tätigte der Konzern im Geschäftsjahr 2008 weitere Akquisitionen, die jede für sich genommen und in Summe sich nicht wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ausgewirkt haben.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe

Mio €	Beizulegender Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt ¹⁾
AKTIVA	
Langfristige Vermögenswerte	15
Kurzfristige Vermögenswerte	46
Flüssige Mittel	14
	75
PASSIVA	
Langfristige Verbindlichkeiten	-6
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-44
	-50
Anschaffungskosten	83
Firmenwert	58

1) Entspricht dem Buchwert

Die unwesentlichen Unternehmenserwerbe trugen in Summe mit 116 Mio € zum Konzernumsatz bzw. -4 Mio € zum Konzern-EBIT bei. Wären die Gesellschaften alle zum Januar 2008 erworben worden, hätten sich die Beträge nur unwesentlich verändert.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2008 für den Erwerb von Tochtergesellschaften abzüglich der erworbenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente 390 Mio € (Vorjahr: 261 Mio €) aufgewandt. Die Kaufpreise der erworbenen Gesellschaften wurden durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen. Weitere Angaben zu den Zahlungsströmen finden sich unter [Textziffer 50](#).

Die folgende Tabelle zeigt die Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte von voll konsolidierten Gesellschaften. Wesentliche Abgänge haben im Geschäftsjahr 2008 nicht stattgefunden.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte voll konsolidierter Gesellschaften

Mio €	2007	2008
Abgangseffekte		
Immaterielle Vermögenswerte	7	0
Sachanlagen	15	1
Finanzanlagen	3	0
Vorräte	1	0
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	154	11
Forderungen aus Finanzdienstleistungen	2.546	0
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	47	2
IAS-39-Rücklagen	-6	0
Rückstellungen	-1.807	-3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	-139	-8
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	-31	0
Finanzschulden	-2	0
Latente Steuern netto	-6	0
Umsatzerlöse	51	12
Entkonsolidierungserfolg	456	-1

Gemeinschaftsunternehmen

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung, die den wesentlichen einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen zuzurechnen sind:

Zum 31. Dezember

Mio €	2007 ¹⁾	2008 ¹⁾
BILANZ		
Immaterielle Vermögenswerte	48	65
Sachanlagen	8	13
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	93	37
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	18	8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	-93	-37
Rückstellungen	-2	-2
Finanzschulden	-20	-42
GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG		
Umsatzerlöse ²⁾	352	208
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	19	8

1) Quotierte Meldedaten

2) Umsatzerlöse ohne Konzerninnenumsätze

Bei den einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen handelt es sich im Wesentlichen um Express Couriers Ltd. (Neuseeland), Express Couriers Australia Pty Ltd. (Australien) sowie Bahwan Exel LLC (Oman). Die Gesellschaft DHL Logistics (China) Co. Ltd., China (ehemals Exel Sinotrans Freight Forwarding Co. Ltd.) ist bis einschließlich März 2008 in den Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung enthalten. Seit April 2008 wird sie als voll konsolidiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

3 Wesentliche Geschäftsvorfälle

Neben den unter [Textziffer 2](#) genannten Akquisitionen und Abgängen ergaben sich für das Geschäftsjahr 2008 folgende wesentliche Geschäftsvorfälle, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns beeinflusst haben:

Im September 2008 wurde infolge des Managementbeschlusses vom 12. September 2008 der Verkauf der Deutschen Postbank Gruppe eingeleitet. Im Januar 2009 wurde der Vertrag zwischen Deutsche Bank AG und Deutsche Post AG angepasst, weitere Informationen finden sich unter [Textziffer 61](#) „Wesentliche Ereignisse nach Bilanzstichtag“. Der im September abgeschlossene Vertrag sah vor, eine Minderheitsbeteiligung an der Deutsche Postbank AG in Höhe von 29,75 % zum Preis von 2,79 Mrd € bzw. 57,25 € je Aktie an die Deutsche Bank AG zu verkaufen. Die Zustimmung der zuständigen Aufsichts- und Kartellbehörden sowie der Bundesregierung erfolgte im November. Darüber hinaus wurden gegenseitige Optionen zum Erwerb/Verkauf weiterer Anteile an der Deutsche Postbank AG vereinbart. Die Deutsche Bank AG erhält von der Deutsche Post AG die Option, ein weiteres Aktienpaket in Höhe von 18,0 % an der Deutsche Postbank AG für 55,00 € je Aktie zu erwerben. Diese Option kann zwischen 12 und 36 Monate nach dem Abschluss des Erwerbs der Beteiligung von 29,75 % ausgeübt werden. Gleichzeitig erhält die Deutsche Post AG eine Verkaufsoption: Sie kann den verbleibenden Anteil an der Deutschen Postbank Gruppe von 20,25 % plus einer Aktie zum Preis von 42,80 € je Aktie an die Deutsche Bank AG veräußern. Diese Option kann sie zwischen 21 und 36 Monate nach dem Abschluss des Verkaufs der Minderheitsbeteiligung an die Deutsche Bank ausüben. Zudem räumt die Deutsche Post AG der Deutsche Bank AG ein Vorkaufsrecht für ihre verbleibenden Aktien an der Deutschen Postbank Gruppe ein. Die Deutsche Bank kann den Anteilserwerb aus beiden Optionen ganz oder teilweise in eigenen Aktien oder bar bezahlen. Die Optionen fallen gemäß IAS 39.2 (g) nicht unter den Anwendungsbereich des IAS 39 und ziehen daher keine bilanziellen Konsequenzen nach sich. Die Optionen haben zum 31. Dezember 2008 beizulegende Zeitwerte in Höhe von -49 Mio € bzw. 1.220 Mio €.

Weiterhin hat sich die Deutsche Post AG als Mehrheitsaktionärin der Deutsche Postbank AG im November 2008 an einer Kapitalerhöhung der Bank beteiligt. Die Deutsche Post AG hatte sich verpflichtet, über ihren bisherigen Anteil hinaus alle Aktien, die nicht von anderen Investoren gezeichnet wurden, zu übernehmen. Dadurch ist ihr Anteil an der Deutsche Postbank AG auf 62,35 % gestiegen. Aus der Kapitalerhöhung entstand ein negativer Firmenwert in Höhe von 81 Mio €, der erfolgswirksam aufgelöst wurde. Weitere Erläuterungen finden sich unter [Textziffer 21 und 38](#).

Im November 2008 gab der Konzern bekannt, sich Anfang 2009 aus dem nationalen US-Expressgeschäft zurückzuziehen. Der Konzern wird sich im Expressmarkt USA künftig auf seine internationale Kernkompetenz konzentrieren und wird Ende Januar 2009 sein nationales Luft- und Boden-Express-Geschäft einstellen. Die internationalen Produkte werden in den USA weiterhin uneingeschränkt angeboten. Der gesamte Restrukturierungsaufwand wird sich auf ca. 3,9 Mrd US-\$ über zwei Jahre belaufen. Im Geschäftsjahr 2008 fielen für die geplanten Maßnahmen bereits Aufwendungen in Höhe von 2.117 Mio € an.

Der Werthaltigkeitstest für die Cash Generating Unit (kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten – CGU) Supply Chain führte zu einem Wertminderungsbedarf in Höhe von 436 Mio €. Der erzielbare Betrag der CGU lag mit 2.939 Mio € unter dem Buchwert der CGU von 3.375 Mio €. Des Weiteren ergab sich für die CGU CIS ein Wertminderungsbedarf des Firmenwerts in Höhe von 174 Mio €, da der Buchwert der CGU in Höhe von 814 Mio € über deren erzielbaren Betrag von 640 Mio € lag. Weiterhin wurde beschlossen, die Nutzung der Marke Exel einzustellen. Zum 31. Dezember 2008 wurde der Markenname in Höhe von 382 Mio € vollständig abgeschrieben. Weitere Angaben finden sich unter [Textziffer 26](#) „Immaterielle Vermögenswerte“.

Am 1. Juli 2008 hatte das Europäische Gericht erster Instanz in Luxemburg die Beihilfe-Entscheidung der EU-Kommission aus dem Jahr 2002 für nichtig erklärt. Damals war die Deutsche Post AG von der Kommission zur Rückzahlung angeblicher Beihilfen plus Zinsen in Höhe von 907 Mio € an die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet worden. Die Kommission hatte entschieden, dass die Deutsche Post AG in den Jahren 1994 bis 1998 eine Kostenunterdeckung im Wettbewerbsbereich Geschäftskundenpakete durch eine unzulässige Quersubventionierung aus staatlichen Beihilfen zur Finanzierung des Universaldienstes ausgeglichen habe. Dagegen hatte die Deutsche Post AG im selben Jahr Klage eingereicht. Auf Grundlage dieser Entscheidung hat die Deutsche Post AG 1.067 Mio € im August 2008 vom Bund zurückerhalten. Informationen zum weiteren Verlauf finden sich unter [Textziffer 54](#) „Rechtsverfahren“.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2008 erfolgte der wirtschaftliche Vollzug des Immobilienverkaufs der Deutsche Post AG an den amerikanischen Investor Lone Star. Hierbei handelte es sich um überwiegend in Deutschland gelegene Immobilien mit einem Restbuchwert in Höhe von 927 Mio €. Die erste Kaufpreiszahlung in Höhe von 250 Mio € erfolgte im Juni 2008, weitere 661 Mio € wurden im Dezember gezahlt. Der Konzern wird einen Großteil der Immobilien als Operate Lease zurückmieten. Unterjährig waren die Immobilien als „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ausgewiesen worden. Die aus der IFRS-5-Bewertung resultierenden außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 25 Mio € wurden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die wesentlichen Einmaleffekte auf das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) des Geschäftsjahres 2008 (auf Konzernebene):

Wesentliche Einmaleffekte

Mio €	1. Januar bis 31. Dezember 2008
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) vor Einmaleffekten	2.410
Rückzahlung Beihilfe	+572
Aufwendungen für Restrukturierung und Reorganisation Bereich US Express	-2.117
Wertminderung Firmenwerte im Bereich SUPPLY CHAIN/ CIS	-610
Aufwendungen für Restrukturierung und Reorganisation (übrige Konzernbereiche)	-440
Vollständige Abschreibung Markenname Exel	-382
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) nach Einmaleffekten	-567

4 Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind verpflichtend am bzw. nach dem 1. Januar 2008 anzuwenden:

Am 13. Oktober 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und zu IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“, um den aktuellen Entwicklungen an den Finanzmärkten Rechnung zu tragen. Durch die Änderungen wird es unter bestimmten Voraussetzungen möglich, eine Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten aus der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ in andere Kategorien vorzunehmen. Des Weiteren können künftig auch finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „als zur Veräußerung verfügbar“ unter bestimmten Voraussetzungen in die Kategorie „Kredite und Forderungen“ umgliedert werden. Die Änderung wurde von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften durch die Verordnung (EG) Nr. 1004/2008 vom 15. Oktober 2008 in europäisches Recht übernommen und trat am 17. Oktober 2008 in Kraft. Die Deutsche Postbank Gruppe hat von dieser Änderung Gebrauch gemacht. Nähere Angaben finden sich unter [Textziffer 38](#).

Neue Rechnungslegungsvorschriften, die durch die Europäische Union anerkannt wurden

IFRS 8 „Operating Segments“, der den bisherigen IAS 14 „Segment Reporting“ ersetzt, enthält neue Vorschriften für die Darstellung der Segmentberichterstattung. Nach IFRS 8 ist die Segmentberichterstattung nach dem sogenannten „Management Approach“ aufzustellen. Danach liegen der Abgrenzung der Segmente und den Angaben für die Segmente die Informationen zugrunde, die vom Management für Zwecke der Ressourcenallokation und Leistungsbeurteilung der Unternehmensbestandteile intern verwendet werden. IFRS 8 ist erstmals verpflichtend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die erstmalige Anwendung von IFRS 8 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Mit der überarbeiteten Fassung des IAS 23 (überarbeitet 2007) „Borrowing Costs“ sind Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, dem Bau oder der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte zugeordnet werden können, zu aktivieren. Die aktuell bestehende Möglichkeit zur sofortigen aufwandswirksamen Erfassung von Fremdkapitalkosten wird abgeschafft. IAS 23 (überarbeitet 2007) ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die Anwendung der neuen Regelung wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Im Januar 2008 hat der IASB eine überarbeitete Fassung des IFRS 2 „Share-based Payment“ veröffentlicht. Es wird klargestellt, dass Ausübungsbedingungen ausschließlich Dienstbedingungen und Leistungsbedingungen sind. Regelungen zur vorzeitigen Beendigung des Vergütungsplans (Annullierung) sollen unabhängig davon gelten, ob dieser vom Unternehmen oder von einer Partei beendet wird. Bislang galt IFRS 2.28 explizit nur für die vorzeitige Beendigung durch das Unternehmen. Die Neufassung ist verpflichtend ab 1. Januar 2009 anzuwenden. Die erstmalige Anwendung des geänderten Standards wird keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss haben.

IFRIC 11 „IFRS 2 Geschäfte mit eigenen Aktien und Aktien von Konzernunternehmen“ klärt die Frage, wie IFRS 2 auf aktienbasierte Zahlungsvereinbarungen anzuwenden ist, die unternehmenseigene Eigenkapitalinstrumente oder Eigenkapitalinstrumente eines anderen Unternehmens desselben Konzerns beinhalten. Die Interpreta-

tion ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. März 2007 beginnen. Im Rahmen der Anerkennung durch die Europäische Union ist die Interpretation nicht zu dem vom IASB vorgesehenen Erstanwendungszeitpunkt, sondern erst ab dem Geschäftsjahr 2009 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung von IFRIC 11 wird sich voraussichtlich keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss ergeben.

IFRIC 13 „Programme zur Kundenbindung“ regelt den Ausweis von Umsatzerlösen im Zusammenhang mit Kundenbonusprogrammen, die von den Herstellern bzw. Dienstleistungsanbietern selbst oder von Dritten betrieben werden. Im Rahmen der Anerkennung durch die Europäische Union ist die Interpretation nicht zu dem vom IASB vorgesehenen Erstanwendungszeitpunkt, sondern erst ab dem Geschäftsjahr 2009 anzuwenden. Die erstmalige Anwendung der Interpretation wird keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss haben.

IFRIC 14 „IAS 19 – Die Obergrenze von Vermögenswerten bei leistungsorientierten Plänen, Mindestfinanzierungsanforderungen und ihre Wechselwirkung“ wurde am 5. Juli 2007 veröffentlicht und ergänzt die bestehenden Regelungen des IAS 19 zum so genannten Asset Ceiling (IAS 19.58 ff.). Zusätzlich wird hiermit die Anwendung des Asset Ceiling bei gesetzlichen oder vertraglichen Mindestdotierungsanforderungen (so genannte Minimum Funding Requirements) geregelt. Im Rahmen der Anerkennung durch die Europäische Union im Dezember 2008 ist die Interpretation nicht zu dem vom IASB vorgesehenen Erstanwendungszeitpunkt, sondern erst für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 31. Dezember 2008 beginnen, anzuwenden. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 14 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Die überarbeitete Fassung des IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ soll den Anwendern die Analyse und den Vergleich von Abschlüssen erleichtern. Die Änderungen betreffen im Wesentlichen geänderte Bezeichnungen für die Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Kapitalflussrechnung, die Einführung eines Rechenwerks für bestimmte Veränderungen im Eigenkapital und die Verpflichtung zur Offenlegung einer Eröffnungsbilanz für die erste von einer rückwirkenden Bilanzierungsänderung betroffene dargestellte Periode. Der geänderte Standard ist verpflichtend anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Die erstmalige Anwendung wird keine wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung des Konzernabschlusses haben.

Im Februar 2008 hat der IASB Änderungen zum IAS 32 „Financial Instruments“ veröffentlicht. Die Neufassung erlaubt, kündbare Instrumente unter bestimmten Bedingungen als Eigenkapital zu klassifizieren. Die Neufassung soll deutschen Personengesellschaften eine Eigenkapitalklassifizierung ihres gesellschaftsrechtlichen Kapitals im Konzernabschluss nach IFRS erlauben. Die Neufassung ist verpflichtend ab 1. Januar 2009 anzuwenden. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf den Konzernabschluss.

Im Mai 2008 hatte der IASB Änderungen bezüglich IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der IFRS“ und IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS“ veröffentlicht. Die Änderung des IFRS 1 sieht vor, dass ein Unternehmen in der IFRS-Eröffnungsbilanz seines Einzelabschlusses den Beteiligungsbuchwert von Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten Unternehmen oder assoziierten Unternehmen als Ersatz für Anschaffungs- oder Herstellungskosten entweder mit dem beizulegenden Zeitwert oder dem sich nach den bisher angewendeten Rechnungslegungsgrundsätzen ergebenden Buchwert der Beteiligung im Zeitpunkt des Übergangs auf IFRS ansetzen darf. Mit dem geänderten IAS 27 wird die Defini-

tion der Anschaffungskostenmethode eliminiert. Damit entfällt die Vorschrift, Ausschüttungen von Gewinnen aus der Zeit vor Erwerb des Tochterunternehmens erfolgsneutral mit dem Buchwert zu verrechnen. Weiterhin hat im Falle einer Reorganisation der Konzernstruktur die neue Muttergesellschaft die Anschaffungskosten für die Beteiligung an dem bereits vorher bestehenden Mutterunternehmen anhand dessen im Einzelabschluss bilanzierten Buchwerts des Eigenkapitals im Zeitpunkt der Gründung der neuen Muttergesellschaft zu bestimmen. Die Änderungen sind prospektiv für die Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Januar 2009 anzuwenden. Da der Konzern die Vorschriften der IFRS nicht erstmals anwendet, finden die Änderungen keine Anwendung auf den Konzernabschluss.

Im Mai 2008 hatte der IASB den ersten Sammelstandard „Improvements to IFRS“ zur Vornahme kleinerer Änderungen an den bestehenden IFRS-Standards veröffentlicht. Dieser Standard enthält in zwei Teilabschnitten die Änderungen von 19 IFRS-Standards und beinhaltet im Wesentlichen die Klarstellung schon bestehender Regelungen. Der erste Teilabschnitt beinhaltet Änderungen, die Auswirkungen auf die Darstellung, den Ansatz oder die Bewertung haben können. Der zweite Teilabschnitt enthält Formulierungsänderungen bzw. redaktionelle Änderungen. Sofern im jeweiligen Einzelfall nicht anders geregelt, sind die Änderungen anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Ein wesentlicher Einfluss auf den Konzernabschluss ergibt sich voraussichtlich nicht.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, bei denen die Anerkennung durch die Europäische Union noch aussteht (Endorsement-Verfahren)

Der IASB und das IFRIC haben noch weitere Standards und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2008 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendung dieser IFRS setzt voraus, dass die noch ausstehende Anerkennung durch die Europäische Union erfolgt.

Die überarbeiteten Fassungen des IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“ und des IAS 27 „Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS“ beinhalten folgende Änderungen: Bei der Bilanzierung von Erwerben von weniger als 100 % der Anteile eines Unternehmens wird ein Wahlrecht eingeführt, bei der der Firmenwert aus einem Erwerb nach der „Full Goodwill Method“ voll aufzudecken ist, d. h. auch in Höhe des Anteils, der den Minderheiten zuzurechnen ist. Weiterhin sind Erwerbe bzw. teilweise Veräußerungen von Anteilen ohne Kontrollverlust als Transaktion zwischen Anteilseignern erfolgsneutral abzubilden. Anschaffungsnebenkosten des Erwerbs sind in voller Höhe als Aufwand zu erfassen. Die geänderten Standards sind verpflichtend anzuwenden auf Unternehmenszusammenschlüsse in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit geprüft.

Im Juli 2008 wurden Änderungen des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ bezüglich zulässiger Grundgeschäfte im Rahmen von Sicherungsbeziehungen veröffentlicht. Dabei sollen Leitlinien zur Anwendung für die Designation von Sicherungsinstrumenten zur Verfügung gestellt werden, da insbesondere bei der Behandlung eines einseitigen Risikos sowie bei der Berücksichtigung von Inflation innerhalb eines Sicherungsgeschäfts Uneinheitlichkeiten in der Praxis auftreten. Die Änderungen sind retrospektiv für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen, anzuwenden. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit geprüft.

Im November 2008 wurde eine Klarstellung zum Anwendungszeitpunkt der im Oktober veröffentlichten Änderungen zu

den Regelungen zur Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten veröffentlicht. Hiernach sind Umklassifizierungen, die am oder nach dem 1. November 2008 vorgenommen wurden, ab diesem Zeitpunkt gültig und dürfen nicht rückbezogen werden. Umklassifizierungen, die vor dem 1. November 2008 durchgeführt wurden, können bis zum 1. Juli 2008 oder einem späteren Datum zurückbezogen werden. Die Anwendung der Umklassifizierungsregel zu einem Datum, das vor dem 1. Juli 2008 liegt, ist nicht möglich. Die Klarstellung ist lediglich für die Deutsche Postbank Gruppe relevant, die von der Möglichkeit der Umklassifizierung Gebrauch gemacht hat, siehe [Textziffer 38](#).

IFRIC 12 „Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen“ regelt die Bilanzierung von Vereinbarungen, bei denen die öffentliche Hand mit privaten Unternehmen Verträge abschließt, die auf die Erfüllung öffentlicher Aufgaben gerichtet sind. Zur Erfüllung dieser Aufgaben nutzt das private Unternehmen Infrastruktur, die in der Verfügungsmacht der öffentlichen Hand bleibt. Das private Unternehmen ist für den Bau, den Betrieb und die Erhaltungsmaßnahmen in Bezug auf die Infrastruktur verantwortlich. Die Interpretation ist erstmals anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen. Die Anerkennung durch die Europäische Union steht noch aus, sodass die Interpretation im Geschäftsjahr 2008 noch nicht zur Anwendung kam. Die erstmalige Anwendung von IFRIC 12 wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Deutsche Post AG haben.

Die im Juli 2008 veröffentlichte Interpretation IFRIC 15 „Immobilienfertigungsaufträge“ beschäftigt sich mit der Fragestellung, unter welchen Bedingungen Unternehmen, die sich mit der Immobilienfertigung befassen, IAS 11 „Fertigungsaufträge“ und IAS 18 „Erträge“ anzuwenden haben. Weiterhin wird geklärt, zu welchem Zeitpunkt Erträge aus der Immobilienfertigung zu realisieren sind. IFRIC 15 ist verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen, rückwirkend anzuwenden. Diese Vorschrift wird keine Anwendung auf den Konzernabschluss finden.

IFRIC 16 „Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb“ stellt klar, dass das Fremdwährungsrisiko zwischen der funktionalen Währung des ausländischen Geschäftsbetriebs und der funktionalen Währung eines übergeordneten Unternehmens Gegenstand einer Sicherungsbeziehung sein kann. Die Sicherungsinstrumente können von jedem Unternehmen des Konzerns gehalten werden. Fremdwährungsdifferenzen aus der Bewertung des Sicherungsinstruments sind gemäß IAS 39 im Eigenkapital zu erfassen. Den Zeitpunkt der Umgliederung vom Eigenkapital in die Gewinn- und Verlust-Rechnung regelt IAS 21. Die Interpretation ist verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Oktober 2008 beginnen, anzuwenden. Die Anwendung der Interpretation erfolgt prospektiv. IFRIC 16 hat keine Auswirkung auf den Konzernabschluss, da die Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb bereits im Sinne dieser Interpretation erfolgt.

Am 27. November 2008 wurde IFRIC 17 „Sachdividenden an Eigentümer (Distributions of non-cash Assets to Owners)“ veröffentlicht. Die Interpretation regelt die Bilanzierung einer Verbindlichkeit zur Sachdividendenausschüttung, die zu dem Zeitpunkt anzusetzen ist, ab dem die Ausschüttung nicht mehr im Ermessen des Unternehmens steht (dies kann in Abhängigkeit von den jeweiligen nationalen Vorschriften der Dividendenbeschlüsse oder die Bekanntmachung einer solchen Dividende sein). Die Interpretation ist erstmals in der Berichtsperiode eines am 1. Juli 2009 oder danach beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden. Diese Vorschrift wird keine Anwendung auf den Konzernabschluss der Deutsche Post AG finden.

5 Anpassungen von Vorjahreszahlen

Die Effekte aus dem Fremdwährungs-Hedging werden gemäß IAS 1.35 im Finanzergebnis saldiert ausgewiesen, da hierdurch der wirtschaftliche Gehalt der Transaktionen besser widerspiegelt wird.

Die Kapitalflussrechnung wurde transparenter gestaltet, weitere Informationen finden sich unter [Textziffer 50](#). Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Weiterhin wurde der Ausweis der Ertragsteuerrückstellungen und Ertragsteuerverbindlichkeiten abgeändert. Sie werden nun zusammen als Ertragsteuerverpflichtungen gezeigt. Die Vorjahreszahlen wurden angepasst.

Die Deutsche Postbank Gruppe hat im Geschäftsjahr 2008 die Bewertungsmethodik von zum Zeitwert bewerteten Baufinanzierungen geändert, indem zusätzliche Bewertungsparameter berücksichtigt wurden. Dies führte zu einer Optimierung der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes. Die retrospektiv vorzunehmenden Ergebnisanpassungen führten zu einer Änderung der Forderungen an Kunden, latenten Steuern sowie Gewinnrücklagen.

Anpassung der Vorjahreszahlen

Mio €	2007	Anpassung	2007 angepasst
Restatement Deutsche Postbank Gruppe			
Aktive latente Steuern	1.020	+20	1.040
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen (Forderungen an Kunden)	193.986	-66	193.920
Gewinnrücklagen	8.976	-23	8.953
Minderheitsanteile	2.801	-23	2.778
Ergebnis aus nicht fortgeführten Geschäftsbereichen			
Konzernjahresergebnis	1.885	-12	1.873
davon auf Aktionäre der Deutsche Post AG	1.389	-6	1.383
davon auf Minderheiten	496	-6	490
Umgliederungen			
Ertragsteuerrückstellungen	334	-334	0
Ertragsteuerverbindlichkeiten	139	-139	0
Ertragsteuerverpflichtungen	-	+473	473

Mit der Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe als aufgebener Geschäftsbereich gemäß IFRS 5 wurden sämtliche auf die Deutsche Postbank Gruppe entfallenden Beträge in der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowohl für das Berichtsjahr als auch für das Vorjahr umgegliedert und in der Position „Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen“ ausgewiesen. Weitere Angaben sind der [Textziffer 21](#) zu entnehmen.

6 Währungsumrechnung

Die in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse der einbezogenen Gesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währungen in Euro umgerechnet. Die funktionale Währung ausländischer Gesellschaften wird durch das primäre Wirtschaftsumfeld bestimmt, in dem sie hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaften und verwenden. Innerhalb des Konzerns entspricht die funktionale Währung im Wesentlichen der lokalen Währung. Entsprechend werden im Konzernabschluss die Vermögenswerte und Schulden mit den Stich-

tagskursen, die Aufwendungen und Erträge grundsätzlich mit den monatlichen Stichtagskursen umgerechnet. Die hieraus entstehenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Geschäftsjahr 2008 wurden 500 Mio € (Vorjahr: 446 Mio €) im Eigenkapital ausgewiesen. Siehe hierzu die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Durch Unternehmenszusammenschlüsse nach dem 1. Januar 2005 entstandene Geschäfts- oder Firmenwerte werden als Vermögenswerte des erworbenen Unternehmens behandelt und entsprechend in der funktionalen Währung des erworbenen Unternehmens geführt.

Die Kurse der für den Konzern wesentlichen Währungen stellen sich wie folgt dar:

Währung	Land	Stichtagskurse		Durchschnittskurse	
		2007 1 EUR =	2008 1 EUR =	2007 1 EUR =	2008 1 EUR =
USD	USA	1,4708	1,40920	1,37145	1,474175
CHF	Schweiz	1,65708	1,48967	1,64364	1,579211
GBP	Großbritannien	0,73558	0,97230	0,68441	0,80463
SEK	Schweden	9,41621	10,92292	9,25393	9,687032

Bei konsolidierten Unternehmen, die ihre Geschäfte in hochinflationären Volkswirtschaften betreiben, werden die bilanziellen Wertansätze der nicht-monetären Vermögenswerte grundsätzlich gemäß IAS 29 indiziert und spiegeln damit die aktuelle Kaufkraft am Bilanzstichtag wider.

In den in lokaler Währung aufgestellten Einzelabschlüssen der konsolidierten Gesellschaften werden Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß IAS 21 zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen erfasst. Im Geschäftsjahr 2008 ergaben sich in Höhe von 269 Mio € Erträge (Vorjahr: 262 Mio €) und 269 Mio € Aufwendungen (Vorjahr: 266 Mio €) aus Währungsumrechnungsdifferenzen. Abweichend davon werden Währungsumrechnungsdifferenzen, die auf Nettoinvestitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb beruhen, im Eigenkapital erfasst.

7 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgt mit Ausnahme bestimmter Finanzinstrumente, die zu beizulegenden Zeitwerten ausgewiesen werden, auf Basis der historischen Kosten.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die Erfassung von Umsatzerlösen und Erträgen aus Bankgeschäften sowie sonstigen betrieblichen Erträgen erfolgt grundsätzlich dann, wenn die Leistung erbracht, die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist und der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern wahrscheinlich zufließen wird. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter den immateriellen Vermögenswerten werden originäre und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Firmenwerte ausgewiesen.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert, wenn durch die Herstellung der

Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Im Konzern betrifft dies selbst entwickelte Software. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr der Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Die Herstellungskosten der selbst entwickelten Software enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Gegebenenfalls anfallende Fremdkapitalkosten sind kein Bestandteil der Herstellungskosten. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung von immateriellen Vermögenswerten anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Aktivierte Software wird entsprechend ihrer Nutzungsdauer linear über zwei bis fünf Jahre abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögenswerte werden ihrer Nutzungsdauer entsprechend linear abgeschrieben. Lizenzen werden entsprechend ihrer Vertragslaufzeit abgeschrieben. Bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 18 Jahren abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen/Wertminderungen folgen den unter Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer (z. B. Markennamen) werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf Wertminderungsbedarf geprüft. Der Werthaltigkeitstest unterliegt den Grundsätzen, die unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschrieben werden.

Sachanlagen

Die Bilanzierung von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten finden keine Berücksichtigung in den Herstellungskosten. Sie werden unmittelbar als Aufwand erfasst. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Sachanlagegegenstände anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Die planmäßige Abschreibung erfolgt grundsätzlich nach der linearen Methode. Dabei werden folgende Nutzungsdauern im Konzern zugrunde gelegt. Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, siehe Punkt „Wertminderungen“.

Nutzungsdauern

Jahre	2007	2008
Gebäude	5 bis 50	5 bis 50
Technische Anlagen und Maschinen	3 bis 10	3 bis 10
Personenkraftwagen	4 bis 6	4 bis 6
Lastkraftwagen	5 bis 8	5 bis 8
Flugzeuge	15 bis 20	15 bis 20
Sonstige Fahrzeuge	3 bis 8	3 bis 8
EDV-technische Ausstattung	3 bis 8	3 bis 8
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 10	3 bis 10

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie als Finanzinvestition gehaltene Immobilien daraufhin geprüft, ob Anhaltspunkte für eine

Wertminderung vorliegen. Liegen solche Hinweise vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen. Hierbei wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswertes ermittelt und dem entsprechenden Buchwert gegenübergestellt.

Nach IAS 36 entspricht der erzielbare Betrag dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert. Maßgeblich ist der höhere Wert. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der erwarteten Free Cashflows vor Steuern. Als Diskontierungszinssatz wird ein den Marktbedingungen entsprechender Zinssatz vor Steuern verwendet. Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die CGU bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann und die unabhängige Cashflows generiert. Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswertes niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertminderung des Vermögenswertes. Ergibt sich nach einer vorgenommenen Wertminderung zu einem späteren Zeitpunkt ein höherer erzielbarer Betrag des Vermögenswertes oder der CGU, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe des erzielbaren Betrags. Die Wertaufholung ist begrenzt auf den fortgeführten Buchwert, der sich ohne die Wertminderung in der Vergangenheit ergeben hätte. Die vorzunehmende Zuschreibung erfolgt ergebniswirksam. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen auf Firmenwerte sind nicht zulässig.

Seit Januar 2005 werden Firmenwerte gemäß IFRS 3 nach dem so genannten „Impairment-only Approach“ bilanziert. Dieser legt fest, dass ein Firmenwert im Rahmen der Folgebewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten abzüglich ggf. kumulierter Korrekturen aus außerplanmäßigen Wertminderungen zu bewerten ist. Damit darf ein erworbener Firmenwert nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern muss, ebenso wie immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer, unabhängig vom Vorliegen von Indikatoren für eine mögliche Wertminderung, jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36 unterzogen werden. Daneben bleibt die Verpflichtung zu einer Werthaltigkeitsprüfung bei Vorliegen von Anzeichen für eine Wertminderung bestehen. Aus Unternehmenserwerben resultierende Firmenwerte werden den CGU bzw. Gruppen von CGU zugeordnet, die aus den Synergien des Erwerbs Nutzen ziehen sollen. Solche Gruppen stellen die niedrigste Berichtsebene dar, auf der das Management den Firmenwert für interne Steuerungszwecke kontrolliert. Der Buchwert einer CGU, die einen Firmenwert enthält, wird jährlich auf Werthaltigkeit überprüft und zusätzlich, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise für eine mögliche Wertminderung vorliegen. Im Falle von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit CGU, die einen Firmenwert enthalten, werden zunächst bestehende Firmenwerte reduziert. Übersteigt der Wertminderungsbedarf den Buchwert des Firmenwerts, wird die Differenz auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der CGU verteilt.

Finance Lease

Ein Leasingverhältnis ist eine Vereinbarung, in der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht an der Nutzung eines Vermögenswertes für einen bestimmten Zeitraum überträgt. Das wirtschaftliche Eigentum an Leasinggegenständen wird gemäß IAS 17 dann dem Leasingnehmer zugerechnet, wenn dieser die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand trägt. Sofern das wirtschaftliche Eigentum dem Konzern zuzurechnen ist, erfolgt die Aktivierung zum Zeitpunkt des Nutzungsbeginns entweder zum beizulegenden Zeitwert oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser den Zeitwert

unterschreitet. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit unter den langfristigen Verbindlichkeiten passiviert. Die Folgebewertung erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögenswerte.

Operating Lease

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist der Konzern das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt. Als Leasingnehmer werden die geleisteten Leasingraten als Mietaufwendungen im Materialaufwand ausgewiesen.

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen werden gemäß IAS 28 (Accounting for Investments in Associates) nach der Equity-Methode bewertet. Ausgehend von den Anschaffungskosten zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile wird der jeweilige Beteiligungsbuchwert jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschüttete Dividenden und sonstigen Veränderungen im Eigenkapital der assoziierten Gesellschaften erhöht bzw. vermindert, soweit diese auf die Anteile der Deutsche Post AG bzw. auf deren einbezogene Tochterunternehmen entfallen. Die Behandlung der in den Beteiligungsbuchwerten enthaltenen Firmenwerte erfolgt gemäß IFRS 3. Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Zu den finanziellen Vermögenswerten zählen insbesondere Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, ausgereichte Kredite und Forderungen und zu Handelszwecken gehaltene originäre und derivative finanzielle Vermögenswerte. Finanzielle Verbindlichkeiten umfassen eine vertragliche Verpflichtung, Zahlungsmittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Anleihen und Finanzierungsleasing sowie derivativen Finanzverbindlichkeiten.

Wahlrecht der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert

Der Konzern wendete die Fair Value Option erstmals für das Geschäftsjahr 2006 an. Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten beim erstmaligen Ansatz erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting Mismatch) führt. Von dem Wahlrecht macht der Konzern zur Vermeidung von Accounting Mismatches Gebrauch. Die Deutsche Postbank Gruppe wendet die Fair Value Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereiches an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang mit Zinsderivaten stehen. Durch den Ausweis der Forderungen zu fortgeführten Anschaffungs-

kosten und der erfolgswirksam erfassten Zeitwertänderungen der Sicherungsinstrumente entsteht ein Accounting Mismatch, das durch die Anwendung der Fair Value Option vermieden wird. In einem weiteren Sachverhalt findet die Fair Value Option Anwendung, um die Effekte aus einer Aktienpreis-indizierten Verbindlichkeit, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten steht, die ursächlich der Kategorie Available for Sale zu zurechnen wären, in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu neutralisieren. Die Cashflows aus dem Kontrakt ändern sich in Abhängigkeit vom Kursindex. Die Wertänderungen der damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Vermögenswerte wären gemäß IAS 39 im Eigenkapital zu erfassen. Durch Ausübung der Fair Value Option kompensieren sich die Effekte für beide Finanzinstrumente in der Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert, dabei werden vier Kategorien für Finanzinstrumente unterschieden.

Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte und werden, soweit verlässlich bestimmbar, mit ihrem Zeitwert angesetzt. Ist ein Zeitwert nicht ermittelbar, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten. Wertschwankungen zwischen den Bilanzstichtagen werden grundsätzlich erfolgsneutral in die Neubewertungsrücklage eingestellt. Die Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei nachhaltigem Absinken des Zeitwerts unter die Anschaffungskosten erfolgswirksam. Ergibt sich zu einem späteren Bilanzstichtag die Tatsache, dass der beizulegende Wert infolge von Ereignissen, die nach dem Zeitpunkt der Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, objektiv gestiegen ist, sind die Wertminderungen in entsprechender Höhe zurückzunehmen. Wertminderungen von nicht börsennotierten Eigenkapitalinstrumenten dürfen nicht rückgängig gemacht werden. Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale sind den langfristigen Vermögenswerten zuzuordnen, sofern nicht die Absicht besteht, sie innerhalb von zwölf Monaten nach Bilanzstichtag zu veräußern. In dieser Kategorie werden insbesondere Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen, Wertpapiere und sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

Finanzinvestitionen sind der Kategorie Held to Maturity zuzurechnen, wenn die Absicht besteht, das Instrument bis zur Endfälligkeit zu halten, und die wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf schließen lassen. Held-to-Maturity-Instrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Forderungen und Ausleihungen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen bzw. bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie werden, sofern sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden, am Bilanzstichtag zu Anschaffungskosten bzw. zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Buchwerte der Geldmarktforderungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd den Zeitwerten. Ausleihungen und Forderungen zählen zu den kurzfristigen Vermögenswerten, soweit deren Fälligkeit nicht zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag übersteigt, ansonsten werden sie als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen. Bestehen an der Einbringbarkeit von Forderungen Zweifel, werden diese zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen angesetzt. Eine Wertminderung bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird dann erfasst, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeträge nicht vollständig einbringlich sind. Die

Wertminderung wird über ein Wertberichtigungskonto und erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

Alle zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente sowie Derivate, die nicht im Hedge Accounting stehen, sind der Kategorie „At Fair Value Through Profit or Loss“ zuzuordnen. Sie werden grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Sämtliche Marktwertänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Die Bilanzierung aller Finanzinstrumente dieser Kategorie erfolgt zum Handelstag. Vermögenswerte dieser Kategorie werden als kurzfristige Vermögenswerte ausgewiesen, wenn sie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden.

Um Ergebnisschwankungen aus Marktwertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten zu vermeiden, wird – soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll – Hedge Accounting angewandt. Gewinne und Verluste aus Grundgeschäft und Derivat werden zeitgleich im Ergebnis erfasst. Nach Art des Grundgeschäfts und des zu sichernden Risikos werden im Konzern Fair Value und Cashflow Hedges designed.

Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung werden die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Wert zu bewerten sind, auf ihre Werthaltigkeit untersucht. Ein Wertminderungsaufwand ergibt sich im Vergleich zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, ist ein Wertminderungsaufwand erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand bzw. im Finanzergebnis zu erfassen. Wertminderungen sind zurückzunehmen, soweit sich nach dem Bilanzstichtag objektive Sachverhalte ergeben, die für eine Wertaufholung sprechen. Die Zuschreibung kann nur bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ergeben hätten, wenn die Wertminderung nicht erfasst worden wäre, vorgenommen werden.

Im Konzern werden Wertminderungen vorgenommen, wenn der Schuldner erhebliche finanzielle Schwierigkeiten hat, gegen ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, der aktive Markt für ein Finanzinstrument entfällt, wenn sich das technologische, ökonomische, rechtliche Umfeld sowie das Marktumfeld des Emittenten wesentlich verändert oder der Fair Value eines Finanzinstruments andauernd unter die fortgeführten Anschaffungskosten sinkt.

Ein Fair Value Hedge sichert den beizulegenden Zeitwert von bilanzierten Vermögenswerten und Schulden. Die Änderung des Zeitwerts der Derivate sowie die Marktwertänderung des Grundgeschäfts, die auf dem abgesicherten Risiko basiert, werden zeitgleich ergebniswirksam erfasst.

Ein Cashflow Hedge sichert die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme aus bilanzierten Vermögenswerten und Schulden (im Fall von Zinsrisiken), geplante und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Transaktionen und festkontrahierte, bilanzunwirksame Verpflichtungen, aus denen ein Währungsrisiko resultiert. Der effektive Teil eines Cashflow Hedges ist in der Hedge-Rücklage im Eigenkapital zu erfassen. Ineffektivitäten aus der Wertänderung des Sicherungsinstruments sind erfolgswirksam zu buchen. Die mit den Sicherungsmaßnahmen verbundenen Gewinne und Verluste bleiben zunächst im Eigenkapital stehen und sind später in der Periode erfolgswirksam zu erfassen, in der der finanzielle Vermögenswert oder die finanzielle Verbindlichkeit das Periodenergebnis beeinflusst. Resultiert eine Absicherung einer festkontrahierten Transaktion später im Ansatz eines nicht

finanziellen Vermögenswertes, sind die im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste dem Vermögenswert bei Zugang zuzurechnen (Basis-Adjustment).

Absicherungen von Nettoinvestitionen (Net Investment Hedges) in ausländische Gesellschaften werden wie Cashflow Hedges behandelt. Der Gewinn oder Verlust aus dem effektiven Teil des Sicherungsgeschäftes wird im Eigenkapital erfasst; der Gewinn oder Verlust des ineffektiven Teils ist unmittelbar in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen. Die erfolgsneutral erfassten Gewinne oder Verluste verbleiben bis zum Abgang oder Teilabgang der Nettoinvestition im Eigenkapital. Ausführliche Angaben zu den Sicherungsgeschäften finden sich unter [Textziffer 51.2](#).

Die Erfassung von finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von marktüblichen Käufen und Verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag. Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die Rechte auf den Erhalt der Cashflows aus dem Vermögenswert ausgelaufen sind. Bei Übertragung eines finanziellen Vermögenswertes wird nach den Abgangsregelungen nach IAS 39 überprüft, ob eine Ausbuchung erfolgt. Mit dem Abgang entsteht ein Veräußerungsgewinn/-verlust. Die in den Vorperioden erfolgsneutral erfassten Wertänderungen sind zum Veräußerungszeitpunkt zwingend aufzulösen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die Zahlungsverpflichtungen daraus ausgelaufen sind.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind gemäß IAS 40 solche Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zur Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden. Die Bewertung erfolgt nach dem Anschaffungskostenprinzip. Die abnutzbaren Investment Properties werden über eine Laufzeit von 5 bis 50 Jahren linear abgeschrieben. Der beizulegende Zeitwert wird anhand von Gutachten ermittelt. Die außerplanmäßigen Abschreibungen/Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Vorräte

Vorräte sind diejenigen Vermögenswerte, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden, die sich in der Herstellung befinden oder die im Zuge der Herstellung von Produkten bzw. der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden. Sie sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Wertberichtigungen werden für veraltete Vorräte sowie Bestände mit geringer Umschlagshäufigkeit vorgenommen.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden gemäß IAS 20 zu ihrem beizulegenden Zeitwert nur dann erfasst, wenn eine angemessene Sicherheit dafür besteht, dass die damit verbundenen Bedingungen erfüllt und die Zuwendungen gewährt werden. Die Zuwendungen werden erfolgswirksam behandelt und grundsätzlich in den Perioden verrechnet, in denen die Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, anfallen. Erfolgen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten, werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Bei den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten handelt es sich um Vermögenswerte, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Dabei kann es sich um einzelne langfristige Vermögenswerte, um Gruppen von Vermögenswerten (Veräußerungsgruppen) oder um Unternehmensbestandteile (aufgegebene Geschäftsbereiche) handeln. Verbindlichkeiten, die zusammen mit Vermögenswerten in einer Transaktion abgegeben werden sollen, sind Bestandteil einer Veräußerungsgruppe oder eines aufgegebenen Geschäftsbereiches und werden als „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ ebenfalls gesondert ausgewiesen. Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte werden nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser niedriger ist als der Buchwert. Ergebnisse aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung stehender Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden bis zur endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Bewertung von zur Veräußerung bestimmten Geschäftsbereichen mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten werden als Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen. Dies gilt auch für Ergebnisse aus der Geschäftstätigkeit bzw. aus der Veräußerung dieser Unternehmensbereiche.

Forderungen und Wertpapiere sowie Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen (Deutsche Postbank Gruppe)

Für das Berichtsjahr 2008 werden die Forderungen und Wertpapiere sowie Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen unter den Bilanzposten „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ bzw. „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ ausgewiesen. Der Ausweis des operativen Geschäfts der Deutschen Postbank Gruppe wird nur noch für das Jahr 2007 unter den Bilanzposten „Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen“ bzw. „Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen“ gezeigt.

Für die Beurteilung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze von Finanzinstrumenten ist es von Relevanz, ob für diese ein aktiver Markt besteht oder nicht. Gemäß IAS 39.AG71 gilt ein Finanzinstrument als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Liegen die genannten Bedingungen nicht vor, so liegt ein inaktiver Markt vor.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie Loans and Receivables). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen. Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierte Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanziel-

ler Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Ausfallquoten und Wahrscheinlichkeit) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Unter Handelsaktiva werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair Value Option bilanziert. Die Bilanzierung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG 71 ff. vorliegen, werden diese grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt.

Die Finanzanlagen umfassen nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere. Die Bilanzierung der Finanzanlagen erfolgt zum Erfüllungszeitpunkt. Bei der erstmaligen Erfassung der Finanzanlagen werden diese mit den Anschaffungskosten bewertet. Schuldverschreibungen Held to Maturity sowie Wertpapiere, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind, werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektiv zinskonstant verteilt.

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47). Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind. Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektiv zinskonstant über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst.

Unter Handelspassiva werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zweck der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die Bilanzierung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag.

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Bargeld, Sichteinlagen, andere kurzfristige liquide finanzielle Vermögenswerte mit einer ursprünglichen Laufzeit von maximal drei Monaten und sind zum Nennwert angesetzt. Ausgenutzte Kontokorrentkredite werden in der Bilanz als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gezeigt.

Aktienbasierte Vergütung

Die Bewertung des Aktienoptionsplans für Führungskräfte erfolgt gemäß IFRS 2 anhand finanzmathematischer Methoden auf der Grundlage von Optionspreismodellen. Ziel ist dabei die Ermittlung eines Fair Value für Optionen. Hierzu wird ein stochastisches

Simulationsmodell eingesetzt, das von einer logarithmischen Normalverteilung der Renditen von Deutsche Post Aktien und Dow Jones Euro STOXX Total Return Index und damit von der gleichen Grundannahme wie das Modell von Black-Scholes ausgeht. Die Optionen werden am Tag der Gewährung zum Zeitwert bewertet. Der ermittelte Fair Value der voraussichtlichen Optionen wird als Personalaufwand erfolgswirksam über die Laufzeit der Optionen verteilt.

Die Bewertung der ausgegebenen Stock Appreciation Rights (SAR) für Vorstand und Führungskräfte erfolgt gemäß IFRS 2 auf Basis eines analogen finanzmathematischen Optionspreismodells. Die SAR werden zu jedem Berichtsstichtag und am Erfüllungstag bewertet. Der ermittelte Wert der voraussichtlich unverfallbar werdenden SAR wird als Personalaufwand entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung erfolgswirksam erfasst. In gleichem Umfang werden Rückstellungen gebildet.

Pensionsverpflichtungen

In vielen Ländern unterhält der Konzern leistungsorientierte Altersversorgungssysteme (Defined Benefit Pension Plans) auf der Grundlage der ruhegehaltstfähigen Vergütung der Mitarbeiter und ihrer Dienstzeiten. Die meisten dieser Versorgungssysteme werden über externe Pensionsfonds finanziert. Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach dem in IAS 19 vorgeschriebenen versicherungsmathematischen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) für leistungsorientierte Altersversorgungspläne. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die erwartete Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Der in den Pensionsaufwendungen enthaltene Zinsanteil wird im Finanzergebnis gezeigt.

Der Konzern unterhält außerdem eine Reihe von beitragsorientierten Altersversorgungssystemen (Defined Contribution Plans). Die Beiträge zu diesen Pensionsplänen werden bei Fälligkeit im Personalaufwand erfasst. Im Jahre 2008 wurden hierfür Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 154 Mio € (Vorjahr: 175 Mio €) entrichtet.

Altersversorgungssysteme für Beamte in Deutschland

Neben den staatlichen Versorgungssystemen der gesetzlichen Rentenversicherungsträger, deren Beiträge für die Arbeiter und Angestellten in Form von Lohnnebenkosten abgeführt werden, leisten die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Beiträge an beitragsorientierte Altersversorgungssysteme.

Für ihre aktiven und früheren beamteten Mitarbeiter unterhielten die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG bis zum Jahr 2000 jeweils eine unternehmenseigene Unterstützungskasse. Diese wurden mit der Unterstützungskasse der Deutsche Telekom AG zu der gemeinsamen Versorgungskasse Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (BPS-PT) verschmolzen.

Nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG) erbringen die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG über eine Unterstützungskasse Versorgungs- und Beihilfeleistungen an im Ruhestand befindliche Mitarbeiter und deren Hinterbliebene, denen aus einem Beamtenverhältnis Versorgungsleistungen zustehen. Die Höhe der Zahlungsverpflichtungen der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG ist in § 16 Postpersonalrechtsgesetz geregelt. Die beiden Unternehmen sind gesetzlich verpflichtet, seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Beitrag in Höhe von 33 % der ruhegehaltst-

fähigen Bruttobezüge der aktiven und der fiktiven ruhegehaltstfähigen Bruttobezüge der beurlaubten Beamten an die Unterstützungskassen zu zahlen. Im Geschäftsjahr zahlte die Deutsche Post AG Beiträge in Höhe von 560 Mio € (Vorjahr: 560 Mio €) und die Deutsche Postbank AG 114 Mio € (Vorjahr: 111 Mio €) an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.

Nach dem PTNeuOG gleicht der Bund Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen der Unterstützungskasse einerseits und laufenden Zuwendungen der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG oder den Vermögenserträgen andererseits auf geeignete Weise aus und gewährleistet, dass die Unterstützungskasse jederzeit in der Lage ist, die gegenüber ihren Trägerunternehmen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Soweit der Bund danach Zahlungen an die Unterstützungskasse erbringt, kann er von der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG keine Erstattung verlangen.

Altersversorgungssysteme für Arbeiter und Angestellte

Die Versorgungsverpflichtungen für Arbeiter und Angestellte des Konzerns entfallen überwiegend auf Rentenverpflichtungen in Deutschland sowie signifikante kapitalgedeckte Verpflichtungen in Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz und den USA. Es bestehen verschiedene Zusagen für einzelne Mitarbeitergruppen. Die Zusagen sind in der Regel anhängig von der Dienstzeit sowie endgehaltsabhängig (z. B. UK), beitragsorientiert (z. B. Schweiz) oder in Form eines Festbetragssystems (z. B. Deutschland). Die Verpflichtungen für die leistungsorientierten Altersversorgungssysteme sind unter Anwendung des IAS 19 nach der Projected-Unit-Credit-Methode berechnet worden. Dabei werden die zukünftigen Verpflichtungen nach versicherungsmathematischen Methoden und unter Verwendung versicherungsmathematischer bzw. ökonomischer Annahmen ermittelt. Die zu erwartenden Versorgungsleistungen werden unter Berücksichtigung der dynamischen Einflussfaktoren über die gesamte Beschäftigungszeit der Mitarbeiter aufgebaut.

Die Mehrzahl der leistungsorientierten Altersversorgungssysteme in Deutschland bezieht sich auf die Deutsche Post AG. Die leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen der Deutschen Postbank Gruppe beziehen sich fast vollständig auf Altersversorgungssysteme in Deutschland.

Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen werden für sämtliche am Bilanzstichtag gegenüber Dritten bestehenden rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gebildet, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, die zukünftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann. Sie stellen ungewisse Verpflichtungen dar, die mit dem nach bestmöglicher Schätzung (Best Estimate) ermittelten Betrag angesetzt werden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden mit Marktzinssätzen, die dem Risiko, der Region und dem Zeitraum bis zur Erfüllung entsprechen, abgezinst. Einen Auszug der verschiedenen Zinssätze zeigt die folgende Tabelle:

Region	Zeitraum 1 bis 6 Jahre	Zeitraum über 6 Jahre
Euro-Zone	5,25 %	5,50 %
Großbritannien	5,50 %	5,75 %
Schweiz	4,00 %	4,25 %
Japan	2,00 %	2,50 %
Lateinamerika und Afrika	18,75 %	19,50 %

Für das Bauspargeschäft (Deutsche Postbank Gruppe) werden, differenziert nach Tarifen und Bedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten für Rückerstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen. Bei den Rückstellungen für bekannte Schäden handelt es sich um geschätzte Beträge für künftige Verpflichtungen aus bekannten Schadensfällen bzw. bekannten Vorfällen, die voraussichtlich zu Schadensfällen werden. Diese bekannten oder voraussichtlichen Schadensfälle sind dem Unternehmen mitgeteilt, jedoch noch nicht vollständig abgewickelt und zur Zahlung vorgelegt worden. Die Rückstellungen für bekannte Schäden basieren auf individuellen Bewertungen von Schadensfällen, die vom Unternehmen oder von dessen Erstversicherern durchgeführt werden. Die Spätschadenrückstellungen basieren auf geschätzten Beträgen für künftige Verpflichtungen aus Vorfällen, die am oder vor dem Bilanzstichtag eintreten, dem Unternehmen bisher nicht mitgeteilt wurden, jedoch zu Schadensfällen führen werden. Diese Rückstellungen beinhalten auch Rückstellungen für mögliche Fehler bei der Erfüllung von Verpflichtungen aus bekannten Schäden. Das Unternehmen führt die Beurteilung künftig zahlbarer Verluste anhand versicherungsmathematischer Methoden selbst durch und gibt darüber hinaus jedes Jahr eine unabhängige versicherungsmathematische Prüfung dieser Beurteilung in Auftrag, um die Angemessenheit seiner Schätzungen zu verifizieren.

Finanzschulden

Finanzschulden werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert, nach Abzug von Transaktionskosten, angesetzt. Als Zeitwert wird der auf einem preiseffizienten und liquiden Markt festgestellte Preis oder ein mittels des im Konzern eingesetzten Treasury-Risk-Management-Systems ermittelter Zeitwert eingesetzt. In den Folgeperioden werden sie zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Jede Differenz zwischen Auszahlungsbetrag und Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Ausleihung unter Anwendung der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die übrigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der beizulegende Zeitwert der Verbindlichkeiten entspricht näherungsweise dem Buchwert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 für temporäre Bewertungsunterschiede zwischen der IFRS-Bilanz und den Steuerbilanzen der Einzelgesellschaften gebildet. Die aktiven latenten Steuern umfassen auch Steuererminderungsansprüche, die sich aus der erwarteten künftigen Nutzung bestehender steuerlicher Verlustvorträge ergeben und deren Realisierung wahrscheinlich ist. Auf die temporären Differenzen zwischen Wertansätzen in der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG wurden unter Beachtung des IAS 12.24 (b) bzw. IAS 12.15 (b) nur insoweit aktive bzw. passive latente Steuern gebildet, wie die Differenzen

nach dem 1. Januar 1995 entstanden sind. Auf Wertdifferenzen, die aus der Erstverbuchung in der steuerlichen Eröffnungsbilanz der Deutsche Post AG und der Deutsche Postbank AG zum 1. Januar 1995 resultieren, werden keine latenten Steuern gebildet. Weitere Angaben zu den latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge finden sich unter [Textziffer 19](#).

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den einzelnen Ländern zum Bilanzstichtag gelten oder für den Zeitpunkt angekündigt sind, in dem die latenten Steueransprüche und -schulden realisiert werden. Der für deutsche Konzernunternehmen angewandte Steuersatz in Höhe von 29,8 % setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz zuzüglich des Solidaritätszuschlags sowie einem Gewerbesteuersatz, der als Durchschnitt aus den unterschiedlichen Gewerbesteuersätzen ermittelt wurde, zusammen. Die ausländischen Konzerngesellschaften verwenden bei der Berechnung der latenten Steuerposten ihren individuellen Ertragsteuersatz. Die angewandten Ertragsteuersätze für ausländische Gesellschaften variieren von 15 % bis 48 %.

Ertragsteuern

Die Bewertung der Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt mit dem Betrag, in dessen Höhe eine Erstattung von der bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten stellen zum einen mögliche Verpflichtungen dar, deren tatsächliche Existenz aber erst noch durch das Eintreten eines oder mehrerer ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht vollständig beeinflusst werden können, bestätigt werden muss. Zum anderen sind darunter bestehende Verpflichtungen zu verstehen, die aber wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss führen oder deren Vermögensabfluss sich nicht zuverlässig quantifizieren lässt. Die Eventualverbindlichkeiten sind gemäß IAS 37 nicht in der Bilanz zu erfassen, [Textziffer 52](#).

8

Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung eines im Einklang mit den IFRS stehenden Konzernabschlusses erfordert Ermessensentscheidungen. Sämtliche Ermessensentscheidungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Dies gilt insbesondere für folgende Sachverhalte:

Bei bestimmten Verträgen ist zu entscheiden, ob sie als Derivate zu behandeln oder als schwebende Geschäfte zu bilanzieren sind. Finanzielle Vermögenswerte sind in die Kategorien „Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, Kredite und Forderungen“, „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ und „Finanzielle Vermögenswerte“, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, einzuordnen. Bei der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen unterschiedliche Möglichkeiten der Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste. Der Konzern wendet hierbei das sogenannte Korridorverfahren gemäß IAS 19.92 an (10%-Korridor). Bei Vermögenswerten, die veräußert werden sollen, ist zu bestimmen, ob sie in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und ihre Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Ist das der Fall, sind die Vermögenswerte und die zugehörigen Schulden als „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerten“ bzw. „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ auszuweisen und zu bewerten.

Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert, dass Annahmen getroffen und Schätzungen gemacht werden, die sich auf den Wertansatz der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie die Angaben der Eventualverbindlichkeiten auswirken.


Diese Annahmen beziehen sich unter anderem auf die Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen. Bei der Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ist der Abzinsungsfaktor eine wichtige Schätzgröße. Dieser ermittelt sich aus der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen. Bedingt durch die Finanzmarktkrise sind die Risikoaufschläge der Unternehmensanleihen gegenüber Staatsanleihen deutlich angestiegen, so dass sich auch die Marktrenditen, aus denen der Rechnungszins hergeleitet wird, erhöht haben. Eine Erhöhung oder Verminderung des Abzinsungsfaktors um einen Prozentpunkt würde die Pensionsverpflichtung der Pläne im Inland um rund 850 Mio € reduzieren bzw. erhöhen. Bei den Konzerngesellschaften in Großbritannien hätte eine solche Veränderung des Abzinsungsfaktors eine Verminderung bzw. Erhöhung der Pensionsverpflichtung um rund 350 Mio € zur Folge. Da versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nur dann erfasst werden, wenn sie 10 % des höheren Betrags aus dem Verpflichtungsumfang und dem Zeitwert des Planvermögens übersteigen, haben Änderungen des Abzinsungsfaktors bei den im Konzern vorhandenen Versorgungssystemen in der Regel keine oder nur geringe Auswirkungen auf den Aufwand bzw. den Buchwert der Rückstellungen im nächsten Geschäftsjahr.

Der Konzern ist weltweit tätig und unterliegt den örtlichen Steuergesetzen. Das Management hat zur Berechnung tatsächlicher und latenter Steuern in den jeweiligen Ländern einen Beurteilungsspielraum. Obwohl das Management davon ausgeht, eine vernünftige Einschätzung steuerlicher Unwägbarkeiten getroffen zu haben, kann nicht zugesichert werden, dass sich der tatsächliche Ausgang solcher steuerlicher Unwägbarkeiten mit der ursprünglichen Einschätzung deckt. Eine Abweichung der tatsächlichen Ergebnisse von dieser Einschätzung könnte in der jeweiligen Periode, in der die Angelegenheit endgültig entschieden wird, Auswirkungen auf die Steuerverbindlichkeiten und die latenten Steuern haben. Die angesetzten aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Einschätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen oder der durch Steuerstrategien zur Verfügung stehenden erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden, oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

Als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen entstehen regelmäßig Firmenwerte in der Bilanz des Konzerns. Bei der Erstkonsolidierung eines Erwerbs sind alle identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten zu beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbsstichtag anzusetzen. Eine der wesentlichsten Schätzungen bezieht sich dabei auf die Bestimmung der zum Erwerbsstichtag beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung werden in der Regel durch unabhängige Gutachter bewertet, während marktgängige Wertpapiere zum Börsenpreis angesetzt werden. Falls immaterielle Vermögenswerte identifiziert werden, wird in Abhängigkeit von der Art des immateriellen Vermögenswerts und der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts auf das Gutachten eines unabhängigen externen Bewertungsgutachters zurückgegriffen, der den beizulegenden Zeitwert unter Verwendung einer angemessenen Bewertungsmethodik ermittelt, deren Basis üblicherweise die künftig erwarteten

Cashflows sind. Diese Bewertungen sind neben den Annahmen über die Entwicklung künftiger Cashflows auch wesentlich beeinflusst von den verwendeten Diskontierungszinssätzen.

Der Werthaltigkeitstest für Firmenwerte basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen. Der Konzern führt diese Tests jährlich durch und zusätzlich bei Anlässen, sofern ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass eine Wertminderung der Firmenwerte eingetreten sein könnte. Dann ist der erzielbare Betrag der CGU zu ermitteln. Dieser entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert. Die Bestimmung des Nutzungswerts beinhaltet die Vornahme von Anpassungen und Schätzungen bezüglich der Prognose und Diskontierung der künftigen Cashflows. Obwohl das Management davon ausgeht, dass die zur Berechnung des erzielbaren Betrags verwendeten Annahmen angemessen sind, könnten etwaige unvorhersehbare Veränderungen dieser Annahmen – z. B. Verringerung der EBIT-Marge, Anstieg der Kapitalkosten oder Rückgang der langfristigen Wachstumsrate – zu einem Wertminderungsaufwand führen, der die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachteilig beeinflussen könnte.

Unter  Textziffer 54 werden die anhängigen Rechtsverfahren des Konzerns ausgewiesen. Der Ausgang dieser Fälle könnte einen wesentlichen Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben. Das Management analysiert regelmäßig die aktuellen Informationen zu diesen Fällen und bildet Rückstellungen für wahrscheinliche Verpflichtungen einschließlich der geschätzten Rechtskosten. Für die Beurteilung werden interne und externe Rechtsanwälte hinzugezogen. Im Rahmen der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Rückstellung berücksichtigt das Management die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Ausgangs und die Möglichkeit, die Höhe der Verpflichtung ausreichend verlässlich zu schätzen. Die Erhebung einer Klage oder die formale Geltendmachung eines Anspruchs gegen den Konzern oder die Angabe eines Rechtsstreits im Anhang bedeuten nicht automatisch, dass eine Rückstellung für das betreffende Risiko angemessen ist.

Sämtliche Annahmen und Schätzungen basieren auf den Verhältnissen und Beurteilungen am Bilanzstichtag. Bei der Einschätzung der künftigen Geschäftsentwicklung wurde außerdem das zu diesem Zeitpunkt als realistisch unterstellte künftige wirtschaftliche Umfeld in den Branchen und Regionen, in denen der Konzern tätig ist, berücksichtigt. Durch die Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen, die von den Annahmen abweichen, können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. In solchen Fällen werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses ist nicht von einer wesentlichen Änderung der zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen auszugehen, sodass aus gegenwärtiger Sicht keine wesentliche Anpassung der angesetzten Vermögenswerte und Schulden im Geschäftsjahr 2009 zu erwarten ist.

9 Konsolidierungsmethoden

Grundlage für den Konzernabschluss sind die nach einheitlichen Regeln zum 31. Dezember 2008 erstellten und von unabhängigen Abschlussprüfern geprüften IFRS-Abschlüsse der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen.

Für in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen wird die Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode durchgeführt. Die Anschaffungskosten des Erwerbs entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen Vermögenswerte,

der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und der entstandenen bzw. übernommenen Schulden zum Transaktionszeitpunkt zuzüglich der dem Erwerb direkt zurechenbaren Kosten.

Gemeinschaftsunternehmen werden gemäß IAS 31 auf quotaler Basis einbezogen. Die Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen der gemeinschaftlich geführten Unternehmen gehen entsprechend der Anteilsquote an diesen Unternehmen in den Konzernabschluss ein. Die quotale Kapitalkonsolidierung und die Behandlung von Firmenwerten erfolgen analog der Vorgehensweise bei der Einbeziehung von Tochterunternehmen.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode in Form der Buchwertmethode bewertet. Vorhandene Firmenwerte werden unter den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die Umsätze, die sonstigen betrieblichen Erträge und die Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen zwischen den konsolidierten Unternehmen werden eliminiert. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen, die nicht durch Veräußerung an Dritte realisiert sind, werden herausgerechnet.

10 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung wurde nach IAS 14 (Segment Reporting) aufgestellt. Gemäß der internen Berichts- und Organisationsstruktur des Konzerns werden einzelne Konzernabschlussdaten differenziert nach Unternehmensbereichen und Regionen dargestellt. Durch die Segmentierung sollen die Ertragskraft sowie die Vermögens- und Finanzlage für die einzelnen Aktivitäten bzw. die verschiedenen Regionen des Konzerns transparent gemacht werden. Informationen zu den einzelnen Umstrukturierungen und Anpassungen von Vorjahreszahlen finden sich unter [Textziffer 10.1](#).

Der dominierenden Organisationsstruktur des Konzerns entsprechend, orientiert sich die primäre Berichterstattung an den Unternehmensbereichen. Folgende Unternehmensbereiche werden im Konzern unterschieden:

10.1 Segmente nach Unternehmensbereichen

BRIEF

Neben dem Transport und der Zustellung schriftlicher Kommunikation versteht sich der Unternehmensbereich BRIEF als umfassender Dienstleister für das Management schriftlicher Mitteilungen. Er ist in folgende Geschäftsfelder aufgeteilt: Brief Kommunikation, Dialog Marketing, Presse Services, Paket Deutschland, Global Mail sowie die Filialen. Der Renten-Service wurde aus dem Unternehmensbereich FINANZ DIENSTLEISTUNGEN herausgelöst und dem Briefgeschäft zugeordnet. Corporate Information Solutions wurde von BRIEF dem Bereich SUPPLY CHAIN/CIS zugeordnet. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

EXPRESS

Der Unternehmensbereich EXPRESS bietet Geschäfts- und Privatkunden internationale und nationale Kurier- und Expressdienstleistungen an. Er ist in die Geschäftsfelder Express Europe, Express Americas, Express Asia Pacific und Express EEMEA eingeteilt.

GLOBAL FORWARDING / FREIGHT

Der Unternehmensbereich LOGISTIK wurde im März 2008 aufgelöst und durch die neuen Unternehmensbereiche GLOBAL FORWARDING/FREIGHT und SUPPLY CHAIN/CIS ersetzt. Der Unternehmensbereich GLOBAL FORWARDING/FREIGHT beinhaltet den Schienen-, Straßen-, Luft- und Seetransport von Gütern. Die Geschäftsfelder heißen Global Forwarding und Freight. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

SUPPLY CHAIN / CIS

Der Unternehmensbereich LOGISTIK wurde im März 2008 aufgelöst und durch die neuen Unternehmensbereiche GLOBAL FORWARDING/FREIGHT und SUPPLY CHAIN/CIS ersetzt. Über das Geschäftsfeld Corporate Information Solutions wurde zuvor im Unternehmensbereich BRIEF berichtet. Der Unternehmensbereich ist spezialisiert auf Kontraktlogistik und bietet Lager- und Transportdienstleistungen sowie Mehrwertleistungen entlang der gesamten Lieferkette verschiedener Sektoren. Weiterhin werden Gesamtlösungen für das Informations- und Kommunikationsmanagement in Unternehmen angeboten. Die Geschäftsfelder umfassen Supply Chain sowie Corporate Information Solutions. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Corporate Center/Anderes

Seit Anfang 2008 werden die Kosten des Bereiches Global Business Services vollständig auf die operativen Einheiten verteilt. Die Filialen der Deutsche Post AG wurden dem Segment BRIEF zugeordnet. Da im Bereich SERVICES keine wesentlichen Chancen und Risiken verblieben sind, lag kein Segment im Sinne von IAS 14 mehr vor. Das Segment SERVICES wurde somit aufgelöst. Die verbliebenen Posten dieses Bereichs werden zusammen mit dem gesamten Corporate Center nun in der Spalte Corporate Center/Anderes ausgewiesen. In dieser Spalte Corporate Center/Anderes ist zudem die Konsolidierung der Beziehungen zwischen den Segmenten enthalten. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Aufgegebener Geschäftsbereich:

FINANZ DIENSTLEISTUNGEN

Der Unternehmensbereich FINANZ DIENSTLEISTUNGEN umfasst die Aktivitäten der Deutschen Postbank Gruppe. Mit dem angekündigten Verkauf der Deutschen Postbank Gruppe wird das Segment als aufgegebener Geschäftsbereich dargestellt. Der bisher dem Segment FINANZ DIENSTLEISTUNGEN zugeordnete Renten-Service wurde aus dem Segment herausgelöst und dem Briefgeschäft zugeordnet. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Überleitung der Segment- auf Konzernzahlen

In der Überleitungsspalte sind die aus Konsolidierungsvorgängen resultierenden Effekte ebenso enthalten wie die Beträge, die sich aus der unterschiedlichen Definition von Inhalten der Segmentposten im Vergleich zu den dazugehörigen Konzernposten ergeben.

Überleitung

Mio €	Summe der fortgeführten Geschäftsbereiche		Überleitung		Konzernwert	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Außenumsätze	54.043	54.474	0	0	54.043	54.474
Konzerninnenumsätze	3.288	3.232	-3.288	-3.232	0	0
Umsatzerlöse	57.331	57.706	-3.288	-3.232	54.043	54.474
Sonstige betriebliche Erträge	3.582	3.907	-1.239	-1.171	2.343	2.736
Materialaufwand	-33.845	-34.801	3.142	2.822	-30.703	-31.979
Personalaufwand	-17.180	-18.001	11	11	-17.169	-17.990
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-5.559	-6.716	1.374	1.570	-4.185	-5.146
Abschreibungen	-2.196	-2.662	0	0	-2.196	-2.662
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	2.133	-567	0	0	2.133	-567
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	2	0	0	3	2
Sonstiges Finanzergebnis					-948	-501
Ertragsteuern					-173	-200
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen					858	-713
Konzernjahresergebnis					1.873	-1.979
davon entfielen auf						
Aktionäre der Deutsche Post AG					1.383	-1.688
Minderheiten					490	-291

Der Außenumsatz repräsentiert den Umsatz der Unternehmensbereiche mit Konzernexternen. Der Innenumsatz zeigt die Umsätze mit anderen Unternehmensbereichen. Existieren für intern angebotene Dienstleistungen oder Produkte vergleichbare externe Marktpreise, werden diese Marktpreise oder marktorientierte Preise als interner Verrechnungspreis herangezogen (At-Arm's-Length-Prinzip). Den Verrechnungspreisen für nicht marktfähige Leistungen liegen grundsätzlich inkrementelle Kosten zugrunde.

Die Aufwendungen der in den IT-Service-Centern erbrachten IT-Dienstleistungen werden verursachungsgemäß den Unternehmensbereichen belastet. Zusätzliche Aufwendungen, die aus der Universaldienstleistungsverpflichtung für Postdienstleistungen der Deutsche Post AG (flächendeckendes Filialnetz, werktägliche Zustellung) und der Übernahme der Vergütungsstruktur als Rechtsnachfolgerin der Deutschen Bundespost resultieren, werden im Unternehmensbereich BRIEF berücksichtigt.

Das Segmentvermögen setzt sich aus dem langfristigen Vermögen (ohne Finanzanlagen) und dem kurzfristigen Vermögen (ohne Forderungen aus Ertragsteuern, Flüssige Mittel und Wertpapiere) zusammen. Derivative Firmenwerte sind den Unternehmensbereichen zugerechnet.

Überleitung Segmentvermögen

Mio €	2007	2008
Bilanzsumme	235.420	262.964
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-187	-32
Finanzanlagen	-1.060	-635
Sonstige langfristige Vermögenswerte	-413	-449
Aktive latente Steuern	-1.040	-1.033
Ertragsteueransprüche	-312	-191
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	-142	-548
Finanzinstrumente	-72	-50
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	-4.683	-1.350
Gesamt	227.511	258.676
Vermögen FINANZ DIENSTLEISTUNGEN	-197.244	-231.824
Summe Segmentvermögen (Fortgeführte Geschäftsbereiche)	30.267	26.852

Die Segmentverbindlichkeiten betreffen die unverzinslichen Rückstellungen und Verbindlichkeiten (ohne Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern).

Überleitung Segmentverbindlichkeiten

Mio €	2007	2008
Bilanzsumme	235.420	262.964
Eigenkapital	-13.813	-9.852
Langfristige Rückstellungen	-10.573	-8.029
Langfristige Verbindlichkeiten	-8.986	-3.685
Kurzfristige Rückstellungen	-359	-303
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-2.238	-1.733
Gesamt	199.451	239.362
Verbindlichkeiten		
FINANZ DIENSTLEISTUNGEN	-188.553	-227.723
Summe Segmentverbindlichkeiten (Fortgeführte Geschäftsbereiche)	10.898	11.639

Die Segmentinvestitionen beziehen sich auf die immateriellen Vermögenswerte (inklusive der erworbenen Firmenwerte) und Sachanlagen. Die Abschreibungen betreffen das den einzelnen Unternehmensbereichen zugeordnete Segmentvermögen. Zu den sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen zählen im Wesentlichen die Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen.

10.2 Segmente nach Regionen

Die Zuordnung der Außenumsätze erfolgt nach dem Sitz des Kunden. Ausgewiesen werden nur Umsätze mit Konzernexternen. Das Segmentvermögen wird nach dem Standort der Vermögenswerte zugeordnet. Es setzt sich aus dem langfristigen Vermögen (ohne Finanzanlagen) und dem kurzfristigen Vermögen (ohne Forderungen aus Ertragsteuern, flüssige Mittel und Wertpapiere) der einzelnen Regionen zusammen. Enthalten sind entgeltlich erworbene Firmenwerte, die grundsätzlich nach dem Sitzlandprinzip den Konzernunternehmen zugeordnet werden. Die Segmentinvestitionen werden ebenfalls nach dem Standort der Vermögenswerte zugeordnet. Sie umfassen Investitionen in immaterielle Vermögenswerte (inklusive der erworbenen Firmenwerte) und Sachanlagen.

Erläuterungen zur Gewinn- und-Verlust-Rechnung

11 Umsatzerlöse

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Umsatzerlöse	54.043	54.474

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, Textziffern 3 und 5

Im Geschäftsjahr 2008, wie auch im Vorjahr, entstanden keine Umsatzerlöse, denen ein Tauschgeschäft zugrunde lag. Dem Umsatzanstieg in Höhe von 1.296 Mio € im Unternehmensbereich GLOBAL FORWARDING/FREIGHT stand eine Reduzierung in Höhe von 586 Mio € im Unternehmensbereich SUPPLY CHAIN/CIS gegenüber.

Die weitere Aufteilung der Umsatzerlöse nach Unternehmensbereichen sowie die Zuordnung der Umsatzerlöse zu geografischen Regionen ist der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

12 Sonstige betriebliche Erträge

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Erträge aus periodenfremden Abrechnungen	80	626
Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen	262	269
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	192	253
Erlöse aus Leasing, Verpachtung und Vermietung	155	178
Versicherungserträge	176	173
Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	163	168
Abgangserträge aus dem Anlagevermögen	275	147
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	54	128
Erträge aus Vergütungen und Erstattungen	153	103
Erträge aus Derivaten	7	86
Werterhöhungen Forderungen und sonstige Vermögenswerte	85	66
Provisionserträge	78	66
Erträge aus Schadenersatz	27	23
Erträge aus Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen	17	9
Zuschüsse	11	8
Erträge aus dem Verkauf von Vfw AG, Deutschland	59	0
Übrige Erträge	549	433
Sonstige betriebliche Erträge	2.343	2.736

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

Der Anstieg der Erträge aus periodenfremden Abrechnungen betrifft mit 572 Mio € den operativen Teil der Beihilfe-Rückzahlung. Im Juni 2008 wurde die Rückstellung für Risikoausgleichsbeträge an die Postbeamtenkrankenkasse in Höhe von 61 Mio € aufgelöst.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten enthalten.

13 Materialaufwand

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Heiz- und Kraftstoffe	928	968
Treibstoff Flugzeuge	601	781
Packmaterial	397	390
Bezogene Handelswaren	1.292	1.352
Büromaterialien	96	79
Ersatzteile und Reparaturmaterialien	90	92
Sonstige Aufwendungen	112	100
	3.516	3.762
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Transportkosten	18.450	19.483
Leistungen für Fremdarbeitskräfte	2.469	2.321
Aufwendungen aus unkündbaren Mietverträgen	1.685	1.735
Aufwendungen aus kündbaren Mietverträgen	471	469
Andere Aufwendungen aus Mietverträgen (Nebenkosten)	166	185
Aufwendungen für Instandhaltungen	1.023	994
IT-Leistungen	772	764
Aufwendungen für Provisionen	313	343
Aufwendungen aus Nutzung der Postbank-Filialen	511	484
Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.327	1.439
	27.187	28.217
Materialaufwand	30.703	31.979

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

Im Materialaufwand sind mit 305 Mio € Aufwendungen enthalten, die im Zusammenhang mit Restrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen im Konzern stehen.

Der Anstieg des Materialaufwands resultiert im Wesentlichen aus den erhöhten Transportkosten im Geschäftsfeld DHL Global Forwarding. Die Aufwendungen aus Nutzung der Postbank-Filialen betreffen Provisionszahlungen an die Deutsche Postbank Filialvertrieb AG im Wesentlichen für die Erbringung von Vertriebsdienstleistungen für den Bereich Brief. In den sonstigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

14 Personalaufwand/Mitarbeiter

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Entgelte	14.138	14.104
davon Aufwendungen aus den Aktienoptionsplänen für Optionen	14	4
davon Aufwendungen aus den Aktienoptionsplänen für SAR	2	0
davon Aufwendungen aus SAR-Plan 2006/LTIP	21	0
Soziale Abgaben	2.150	2.382
Aufwendungen für Altersversorgung	881	1.504
Personalaufwand	17.169	17.990

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

Im Personalaufwand sind mit 959 Mio € Aufwendungen enthalten, die im Zusammenhang mit Restrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen im Konzern stehen.

In dem Posten „Aufwendungen für Altersversorgung“ sind 557 Mio € (Vorjahr: 560 Mio €) an Beiträgen der Deutsche Post AG zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. enthalten. Nähere Angaben finden sich unter [Textziffer 7](#).

Den überwiegenden Teil der Aufwendungen für Personal stellen die Entgelte dar, die die Löhne, Gehälter, Bezüge und alle sonstigen Vergütungen für im Geschäftsjahr geleistete Arbeiten der Mitarbeiter des Konzerns umfassen. Unter den sozialen Abgaben werden die vom Unternehmen zu tragenden gesetzlichen Pflichtabgaben, insbesondere die Beiträge zur Sozialversicherung, ausgewiesen.

Aufwendungen für Altersversorgung beziehen sich auf tätige und nicht mehr tätige Betriebsangehörige oder deren Hinterbliebene. Diese Aufwendungen umfassen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen, Arbeitgeberanteile zur betrieblichen Zusatzversorgung und vom Unternehmen übernommene Leistungen für die Altersversorgung von Mitarbeitern. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen in den USA übernommenen Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen.

Im Berichtsjahr waren im Konzern nach Personengruppen differenziert durchschnittlich beschäftigt:

	2007	2008
Arbeitnehmer		
Deutsche Postbank Gruppe: 15.459 (Vorjahr: 15.578)	443.584	456.149
Beamte		
Deutsche Postbank Gruppe: 8.028 (Vorjahr: 8.363)	52.809	51.304
Auszubildende		
Deutsche Postbank Gruppe: 673 (Vorjahr: 610)	3.859	3.839
Mitarbeiter	500.252	511.292

Auf Vollzeitkräfte umgerechnet betrug die Zahl der Beschäftigten zum 31. Dezember 2008 451.515 Personen, zusätzlich entfielen auf die Deutsche Postbank Gruppe 21.127 Personen (31. Dezember 2007: 453.626 Personen, zusätzlich Deutsche Postbank Gruppe: 21.474 Personen). Für Gesellschaften, die während des Geschäftsjahres hinzugekommen oder abgegangen sind, wurde das Personal zeitanteilig einbezogen. Die Mitarbeiterzahl der einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen betrug quotiert 1.709 (Vorjahr: 2.152).

15 Abschreibungen

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte ohne Abschreibungen Firmenwerte	509	826
Abschreibungen auf Sachanlagen		
Grundstücke und Bauten	487	203
Technische Anlagen und Maschinen	498	338
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fuhrpark	568	480
Flugzeuge	126	202
Geleistete Anzahlungen	6	3
	1.685	1.226
Abschreibungen auf sonstiges langfristiges Anlagevermögen	2	0
	2.196	2.052
Wertminderungen Firmenwerte	0	610
Abschreibungen	2.196	2.662

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

In den Abschreibungen sind mit 144 Mio € Aufwendungen enthalten, die im Zusammenhang mit Restrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen im Konzern stehen.

In den Abschreibungen sind mit 213 Mio € (Vorjahr: 612 Mio €) Wertminderungen enthalten. Sie betreffen mit 79 Mio € (Vorjahr: 97 Mio €) Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, mit 9 Mio € Abschreibungen auf Grundstücke und Bauten (Vorjahr: 253 Mio €) sowie mit 125 Mio € das restliche Sachanlagevermögen (Vorjahr: 262 Mio €).

Darüber hinaus wurde der Markenname Exel im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von 382 Mio € vollständig abgeschrieben, da die Nutzung der Marke eingestellt wurde.

Die Wertminderungen der Firmenwerte betreffen mit 436 Mio € den Firmenwert von Supply Chain sowie mit 174 Mio € CIS, weitere Angaben finden sich unter [Textziffer 3](#).

Auf Segmentebene stellen sich die Wertminderungen des Anlagevermögens (ohne Abschreibungen Firmenwerte) wie folgt dar:

Mio €	2007	2008
BRIEF	3	4
EXPRESS	596	125
GLOBAL FORWARDING/FREIGHT	0	0
SUPPLY CHAIN/CIS	13	19
Corporate Center/Anderes	0	65
Wertminderungen	612	213

Im Vorjahr wurden im Unternehmensbereich EXPRESS in der Region Americas die immateriellen Vermögenswerte (ohne Firmenwert) vollständig in Höhe von 90 Mio € wertgemindert sowie das Sachanlagevermögen in Höhe von 504 Mio € auf den beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten abgeschrieben.

Zum 1. Juli 2008 wurden einhergehend mit der Aufteilung der CGU Express Americas in CGU International Americas und CGU us Express die Wertberichtigungen auf die gesamte CGU Express Americas eingestellt und nur die Wertberichtigungen auf die CGU

us Express weitergeführt. Ursächlich hierfür war die Managemententscheidung, bei der Konkretisierung der Restrukturierungsüberlegung die Region us Express anders zu behandeln als die Region International Americas. Lediglich in den USA sollte, basierend auf einer Produktdifferenzierung zwischen Domestic Business und International Business eine Änderung der Geschäftstätigkeiten vorgenommen werden. Aufgrund dessen wurden die Wertberichtigungen auf die CGU International Americas eingestellt. Für die CGU us Express wurden im Geschäftsjahr 81 Mio € Wertminderungen auf das Anlagevermögen gebucht.

16 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Reise- und Bildungskosten	483	450
Stilllegungsaufwendungen	53	411
Sonstige betriebliche Steuern	371	378
Garantie-, Ersatzleistungen und Entschädigungen	365	326
Wertberichtigungen kurzfristiges Vermögen	227	321
Fremdleistungen für Reinigung, Transport, Überwachung	297	302
Beratungskosten	292	272
Aufwendungen für Telekommunikation	298	269
Aufwendungen aus Währungsumrechnungsdifferenzen	266	269
Aufwendungen aus Derivaten	4	221
Büromaterial	221	207
Rechtskosten	86	167
Aufwendungen für sonstige Öffentlichkeitsarbeit	151	163
Repräsentations- und Bewirtungskosten	165	163
Aufwendungen für Werbung	189	142
Aufwendungen aus Versicherungen	135	118
Zuführung zur Rückstellung	5	112
Aufwendungen aus Anlagenabgängen	109	92
Periodenfremde sonstige betriebliche Aufwendungen	41	85
Abrechnung mit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	71	70
Aufwendungen für Public Relations und Kundenbetreuung	98	70
Aufwendungen für Provisionsleistungen	61	64
Beiträge und Gebühren	30	37
Prüfungskosten	36	36
Kosten des Geldverkehrs	34	35
Spenden	17	18
Übrige Aufwendungen	80	348
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.185	5.146

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

Im sonstigen betrieblichen Aufwand sind mit 1.140 Mio € Aufwendungen enthalten, die im Zusammenhang mit Restrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen im Konzern stehen.

In den übrigen Aufwendungen sind verschiedene Einzel-sachverhalte enthalten.

Andere Steuern als die vom Einkommen und Ertrag werden entweder unter den zugehörigen Aufwandsposten oder, soweit eine individuelle Zuordnung nicht möglich ist, unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

17 Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Aus den Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann und die nach der Equity-Methode zu konsolidieren sind, resultiert ein Beitrag zum Finanzergebnis in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

18 Sonstiges Finanzergebnis

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Finanzerträge		
Zinserträge	69	576
Erträge aus sonstigen Beteiligungen und Finanzinstrumenten	14	15
Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen	13	23
Sonstige Finanzerträge	7	7
	103	621
Finanzaufwendungen		
Zinsaufwendungen	-986	-1.064
davon aus der Aufzinsung von Pensions- und sonstigen Rückstellungen	-652	-690
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-1	0
Abschreibungen auf Finanzinstrumente	-2	-30
Aufwendungen aus Währungsumrechnungsdifferenzen	-57	-8
Sonstige Finanzaufwendungen	-5	-20
	-1.051	-1.122
Sonstiges Finanzergebnis	-948	-501

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

Der Anstieg der Finanzerträge entfällt auf den Zinsanteil der Beihilfe-Rückzahlung in Höhe von 495 Mio €.

19 Ertragsteuern

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Laufende Ertragsteueraufwendungen	-384	-352
Laufende Ertragsteuererstattungen	5	25
	-379	-327
Latenter Steuerertrag aus temporären Wertdifferenzen	201	140
Latenter Steueraufwand (Vorjahr: Steuerertrag) aus dem Abbau aktiver latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge	5	-13
	206	127
Ertragsteuern	-173	-200

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

Trotz des gesunkenen Ergebnisses aus fortgeführten Geschäftsbereichen, das im Wesentlichen aus den Restrukturierungsaufwendungen in den USA resultiert, haben sich keine Auswirkungen auf den Steueraufwand ergeben, da aufgrund der Verlustsituation keine bzw. nur geringe Ertragsteuern gezahlt und auf die entstehenden steuerlichen Verlustvorträge keine latenten Steuern gebildet wurden.

Ausgehend vom Konzernjahresergebnis vor Ertragsteuern und der rechnerischen Ertragsteuer gestaltet sich die Überleitung auf den tatsächlichen Ertragsteueraufwand wie folgt:

Überleitungsrechnung

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen vor Ertragsteuern	1.188	-1.066
Rechnerische Ertragsteuer	474	-318
Auf Initial Differences nicht gebildete aktive latente Steuern	-735	-420
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern inländischer Konzerngesellschaften	346	469
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern ausländischer Konzerngesellschaften	98	424
Steuersatzänderung inländischer Konzerngesellschaften	18	0
Effekt für laufende Steuern aus Vorjahren	-9	-45
Steuerfreie Erträge und nicht abziehbare Ausgaben	67	118
Steuersatzdifferenzen ausländischer Unternehmen	-86	-30
Sonstiges	0	2
Tatsächliche Ertragsteuer aus fortgeführten Geschäftsbereichen	173	200

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

Der Unterschied zwischen dem rechnerischen Steueraufwand und dem tatsächlichen Steueraufwand gründet insbesondere auf temporären Differenzen zwischen der IFRS- und Steuerbilanz der Deutsche Post AG, die aus abweichenden Wertansätzen in der steuerlichen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1995 resultieren (Initial Differences). Gemäß IAS 12.15 (b) und IAS 12.24 (b) hat der Konzern keine aktiven latenten Steuern auf diese temporären Differenzen, die im Wesentlichen das Sachanlagevermögen, die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen betreffen, gebildet. Die verbleibenden temporären Differenzen zwischen den IFRS-Bilanzansätzen und den Wertansätzen basierend auf der steuerlichen Eröffnungsbilanz belaufen sich zum 31. Dezember 2008 noch auf 2,0 Mrd € (Vorjahr: 3,4 Mrd €).

Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern inländischer Konzerngesellschaften betreffen im Wesentlichen die Deutsche Post AG und deren Organgesellschaften. Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern ausländischer Gesellschaften resultieren überwiegend aus der Region Americas.

Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern entfallen in Höhe von 585 Mio € (Vorjahr: 122 Mio €) auf eine Aufhebung einer früheren Abwertung eines latenten Steueranspruchs. In Höhe von 17 Mio € (Vorjahr: 51 Mio €) minderte sich der Ertragsteueraufwand aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste.

Für inländische Gesellschaften wurde ein latenter Steueranspruch in Höhe von 332 Mio € aktiviert, da die Realisierung des Steueranspruchs aufgrund der steuerlichen Ergebnisplanung insoweit wahrscheinlich ist und Verluste der laufenden Periode im Wesentlichen aus Einmaleffekten resultieren.

Im Geschäftsjahr 2008 ergab sich bei inländischen Konzerngesellschaften kein Effekt aus einer Steuersatzänderung. Im Vorjahr betraf dies die Effekte aus der Unternehmensteuerreform 2008. Die Steuersatzänderung in einigen ausländischen Steuerjurisdiktionen führte nicht zu wesentlichen Effekten.

Im tatsächlichen Steueraufwand sind periodenfremde Steueraufwendungen von in- und ausländischen Unternehmen in Höhe von 45 Mio € (Vorjahr: 9 Mio €) enthalten.

20 Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen

Das Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen betrug im Geschäftsjahr 2008 –1.266 Mio € (Vorjahr: 1.015 Mio €). Es ist im Wesentlichen beeinflusst durch die Restrukturierungsmaßnahmen im US-Geschäft und durch die Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten in den Bereichen Supply Chain und CIS.

21 Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

Gemäß IFRS 5 werden die Erträge und Aufwendungen der Deutschen Postbank Gruppe als aufgebener Geschäftsbereich gesondert dargestellt:

Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Erträge aus Bankgeschäften (Umsatzerlöse)	10.335	11.226
Sonstige betriebliche Erträge	477	–998
Gesamte betriebliche Erträge	10.812	10.228
Aufwendungen aus Bankgeschäften (Materialaufwand)	–7.061	–8.270
Personalaufwand	–1.311	–1.337
Abschreibungen	–161	–179
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–1.219	–1.313
Gesamte betriebliche Aufwendungen	–9.752	–11.099
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	1.060	–871
Finanzergebnis	–65	–73
Ergebnis vor Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	995	–944
Zurechenbarer Steueraufwand	–137	150
Ergebnis nach Steuern aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	858	–794
Auflösung des negativen Firmenwerts (entstanden aus der Anteilsaufstockung)	0	+81
Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	858	–713

1) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe

Die Krise an den internationalen Finanzmärkten führte im Geschäftsjahr 2008 zu Belastungen im Handels- und Finanzanlageergebnis sowie in der Risikovorsorge. Unter anderem musste die Deutsche Postbank Gruppe Belastungen aus ihrem Engagement bei der unter Gläubigerschutz gestellten US-Investmentbank Lehman Brothers und isländischen Banken in Höhe von insgesamt 423 Mio € ausweisen. Daneben belasteten Wertkorrekturen auf Aktien- und Publikumsfonds in Höhe von 97 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) sowie strukturierte Kreditprodukte mit 156 Mio € (Vorjahr: 112 Mio €) das Ergebnis. Zudem wurden Belastungen aus der Neubewertung eingebetteter Derivate aus dem strukturierten Kreditersatzgeschäft in Höhe von 786 Mio € ermittelt.

22 Konzernjahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2008 erwirtschaftete der Konzern ein Konzernjahresergebnis in Höhe von –1.979 Mio € (Vorjahr: 1.873 Mio €, angepasst). Davon entfielen auf die Aktionäre der Deutsche Post AG –1.688 Mio € (Vorjahr: 1.383 Mio €, angepasst). Das Ergebnis ist im Wesentlichen bedingt durch die Restrukturierungsaufwendungen im US-Geschäft sowie durch das Jahresergebnis der Deutschen Postbank Gruppe.

23 Minderheiten

Das den Minderheiten zustehende Ergebnis in Höhe von –291 Mio € verringerte sich im Geschäftsjahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um –781 Mio €.

24 Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie (Basic Earnings per Share) wird nach IAS 33 (Earnings per Share) mittels Division des Konzerngewinns durch die durchschnittliche Anzahl der Aktien ermittelt. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie liegt für das Geschäftsjahr 2008 bei –1,40 € (Vorjahr: 1,15 €).

Unverwässertes Ergebnis je Aktie

		2007 angepasst ¹⁾	2008
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	Mio €	1.383	–1.688
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von ausgegebenen Aktien	Stück	1.205.101.455	1.208.617.943
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	€	1,15	–1,40
davon aus fortgeführten Geschäftsbereichen	€	0,79	–1,10
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	€	0,36	–0,30

1) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe

Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird die durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien um die Anzahl aller potenziell verwässernden Aktien berichtigt. Zum Stichtag bestanden Optionsrechte für Führungskräfte in Höhe von 2.726.658 Stück (Vorjahr: 13.184.482), davon waren keine Optionsrechte (Vorjahr: 2.489.720) verwässernd.

Verwässertes Ergebnis je Aktie

		2007 angepasst ¹⁾	2008
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	Mio €	1.383	–1.688
Durchschnittlich gewichtete Anzahl von ausgegebenen Aktien	Stück	1.205.101.455	1.208.617.943
Potenziell verwässernde Aktien	Stück	2.489.720	0
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von Aktien für das verwässerte Ergebnis	Stück	1.207.591.175	1.208.617.943
Verwässertes Ergebnis je Aktie	€	1,15	–1,40
davon aus fortgeführten Geschäftsbereichen	€	0,79	–1,10
davon aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	€	0,36	–0,30

1) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe

25 Dividende je Aktie

Für das Geschäftsjahr 2008 wird eine Dividende je Aktie von 0,60 € vorgeschlagen. Dies entspricht bei einer im Handelsregister eingetragenen Aktienzahl von 1.209.015.874 (Stand 31. Dezember 2008) einer Ausschüttung von 725 Mio €. Weitere Erläuterungen zur Ausschüttung finden sich unter [Textziffer 42](#).

Erläuterungen zur Bilanz

26 Immaterielle Vermögenswerte**26.1** Übersicht

Mio €	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte	Erworbene Markennamen	Erworbene Kunden- stämme	Sonstige erworbene immaterielle Vermögens- werte	Firmenwerte	Geleistete Anzahlungen und immate- rielle Ver- mögenswerte in Entwicklung	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2007	1.185	898	1.040	1.828	11.743	130	16.824
Zugänge Konsolidierungskreis	0	11	78	5	296	0	390
Zugänge	136	0	0	114	121	101	472
Umbuchungen	16	0	0	13	0	-39	-10
Abgänge	-27	0	-70	-147	-1	-36	-281
Währungsumrechnungsdifferenzen	-12	-51	-62	-40	-389	-3	-557
Stand 31. Dezember 2007/Stand 1. Januar 2008	1.298	858	986	1.773	11.770	153	16.838
Zugänge Konsolidierungskreis	0	3	54	4	180	0	241
Zugänge	129	0	0	142	118	74	463
Umbuchungen	38	0	0	103	0	-120	21
Abgänge	-455	-318	-176	-604	-649	8	-2.194
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	-133	-73	-16	-230	-7	-459
Stand 31. Dezember 2008	1.010	410	791	1.402	11.189	108	14.910
Abschreibungen/Auflösungen							
Stand 1. Januar 2007	582	0	88	1.044	440	18	2.172
Zugänge Konsolidierungskreis	0	0	0	2	0	0	2
Abschreibungen	146	0	83	261	0	0	490
Wertminderungen	54	0	0	30	0	13	97
Umbuchungen	-8	0	0	8	0	0	0
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	-10	0	0	-105	0	0	-115
Währungsumrechnungsdifferenzen	-5	0	7	-35	0	-1	-34
Stand 31. Dezember 2007/Stand 1. Januar 2008	759	0	178	1.205	440	30	2.612
Zugänge Konsolidierungskreis	0	0	0	1	0	0	1
Abschreibungen	113	382	90	213	0	0	798
Wertminderungen	64	0	0	11	610	4	689
Umbuchungen	-1	0	0	-1	0	0	-2
Zuschreibungen	-2	0	0	-6	0	0	-8
Abgänge	-258	0	-28	-496	-9	0	-791
Währungsumrechnungsdifferenzen	6	0	-22	-1	0	1	-16
Stand 31. Dezember 2008	681	382	218	926	1.041	35	3.283
Bilanzwert 31. Dezember 2008	329	28	573	476	10.148	73	11.627
Bilanzwert 31. Dezember 2007	539	858	808	568	11.330	123	14.226

Unter den erworbenen immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte ausgewiesen. Die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte betreffen Entwicklungskosten für selbst erstellte Software.

Die Netto-Abgänge betreffen im Wesentlichen die Umgliederung der Bilanzposten der Deutsche Postbank Gruppe nach IFRS 5 in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“.

Der Zugang bei den erworbenen Kundenstämmen betrifft im Wesentlichen DHL Logistics China mit 56 Mio € (Wert zum Zeitpunkt der Kaufpreisallokation). Der in den Vorjahren ausgewiesene

Kundenstamm der BHW (Vorjahr: 156 Mio €) wurde gemäß IFRS 5 in Höhe von 145 Mio € umgliedert.

Die Veränderungen der Markennamen betreffen die vollständige Abschreibung des Markennamens Exel in Höhe von 382 Mio € sowie die Umgliederung des Markennamens BHW mit 319 Mio € gemäß IFRS 5.

Die Firmenwert-Zugänge bzw. Zugänge aus Änderungen des Konsolidierungskreises betreffen im Wesentlichen mit 31 Mio € DHL Logistics China sowie mit 100 Mio € den vorläufigen Firmenwert von Polar Air Cargo.

26.2 Firmenwert-Allokation auf CGU

Mio €				
Gesamt-Firmenwert: 10.148 ¹⁾ (Vorjahr: 11.330)				
Segment-Ebene/Gruppe von CGU				
BRIEF	EXPRESS	GLOBAL FORWARDING/FREIGHT	SUPPLY CHAIN/CIS	Aufgegebener Geschäftsbereich FINANZ DIENSTLEISTUNGEN
	4.103 (Vorjahr: 3.912)			
CGU-Ebene				
BRIEF National		Global Forwarding	Supply Chain	FINANZ DIENSTLEISTUNGEN
37 (Vorjahr: 30)		3.443 (Vorjahr: 3.326)	1.550 (Vorjahr: 2.147)	0 (Vorjahr: 639)
BRIEF International		Freight Europe	Corporate Information Solutions	
543 (Vorjahr: 540)		253 (Vorjahr: 253)	333 (Vorjahr: 597)	

1) Firmenwert aus Überleitung beträgt –114 Mio € (Vorjahr: –114 Mio €)

Die Struktur der CGU wurde gegenüber dem Vorjahr angepasst, da der Unternehmensbereich LOGISTIK im März 2008 neu strukturiert und auf zwei Vorstandsbereiche aufgeteilt wurde. In diesem Zusammenhang wurde der Unternehmensbereich LOGISTIK aufgelöst und durch die zwei neuen Unternehmensbereiche GLOBAL FORWARDING/FREIGHT und SUPPLY CHAIN/CIS ersetzt. Einhergehend mit dieser neuen Berichtsstruktur wurde der auf das ehemalige Segment LOGISTIK entfallende Firmenwert auf die betroffenen CGU der beiden neuen Logistik-Segmente aufgeteilt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurde der Vorjahreswert pro forma angepasst.

Corporate Information Solutions (CIS) wurde dabei dem neu gegründeten Unternehmensbereich SUPPLY CHAIN/CIS zugeordnet, da CIS, ebenso wie Supply Chain, kundenspezifische Logistiklösungen anbietet. Im Vorjahr wurde über CIS im Unternehmensbereich BRIEF in der CGU BRIEF International berichtet.

Für Zwecke des jährlich durchzuführenden Werthaltigkeitstests nach IAS 36 ermittelt der Konzern den erzielbaren Betrag einer CGU auf Basis eines Nutzungswerts. Diese Berechnungen beruhen auf Prognosen von Free Cashflows, die zunächst mit einem Kapitalkostensatz nach Steuern diskontiert werden. Im Anschluss werden Diskontierungssätze vor Steuern auf Basis eines iterativen Prozesses ermittelt.

Die Cashflow-Prognosen basieren auf vom Management verabschiedeten Detailplanungen für das EBIT und Investitionen, die einen Dreijahreszeitraum (2009 bis 2011) umfassen. Die Ewige Rente (Wertbeitrag ab 2012) wird über eine langfristige Wachstumsrate ermittelt, die für jede CGU einzeln festgelegt wird und deren Höhe der unten stehenden Abbildung entnommen werden kann. Die angewandte Wachstumsrate spiegelt die Erwartungen hinsichtlich des Branchenwachstums der CGU wider, übersteigt jedoch nicht die geschätzte langfristige Wachstumsrate derjenigen Länder, die den höchsten Ergebnisbeitrag zu den jeweiligen CGU liefern. Den Cashflow-Prognosen liegen sowohl Vergangenheitswerte als auch die zukünftig erwartete generelle Marktentwicklung zugrunde. Außerdem werden für die Prognosen das Wachstum der jeweiligen nationalen Geschäftstätigkeiten und des internationalen Handels sowie die zunehmende Auslagerung der Logistikaktivitäten berücksichtigt. Die Kosteneinschätzungen für das Transportnetzwerk und Dienstleistungen haben ebenfalls einen Einfluss auf den Nutzungswert.

Der Kapitalkostensatz vor Steuern basiert auf dem Konzept der durchschnittlichen gewichteten Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital). Den Diskontierungssatz (vor Steuern) für die einzelnen CGU sowie die für die Ewige Rente unterstellten jeweiligen Wachstumsraten zeigt folgende Tabelle:

%	Diskontierungssatz		Wachstumsrate	
	2007	2008	2007	2008
SUPPLY CHAIN/CIS				
Supply Chain	10,4	11,1	3,0	2,5
Corporate Information Solutions	n. a.	11,3	n. a.	2,0
GLOBAL FORWARDING/FREIGHT				
Freight Europe	11,1	11,1	1,5	2,0
Global Forwarding	10,8	11,2	2,5	2,5
BRIEF				
National	11,5	n. a.	0,0	n. a.
International	10,9	11,4	1,0	1,0
EXPRESS	9,9	10,6	2,7	2,5

Auf Basis dieser Annahmen und durchgeführten Werthaltigkeitstests für die einzelnen CGU, denen ein Firmenwert zugeordnet wurde, wurde festgestellt, dass die erzielbaren Beträge mit Ausnahme der CGU im Unternehmensbereich SUPPLY CHAIN/CIS über den entsprechenden Buchwerten der CGU lagen.

Für die CGU Supply Chain ergab die Werthaltigkeitsprüfung für den Firmenwert zum 31. Dezember 2008 einen Wertminderungsbedarf von 436 Mio €. Für die CGU Corporate Information Solutions (CIS) wurde ebenfalls ein Wertminderungsbedarf zum 31. Dezember 2008 festgestellt, und zwar in Höhe von 174 Mio €. Für das Segment SUPPLY CHAIN/CIS wurde für den Firmenwert somit insgesamt ein Wertminderungsbedarf von 610 Mio € ermittelt, der im Wesent-

lichen auf die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2008 zurückzuführen ist. Ungünstigere Annahmen der wesentlichen Bewertungsparameter – z. B. geringere EBIT-Marge, höhere Kapitalkosten oder niedrigere langfristige Wachstumsraten – hätten zu einem höheren Wertminderungsbedarf geführt.

Für die CGU BRIEF National waren zum 31. Dezember 2008 sämtliche Voraussetzungen des IAS 36.99 erfüllt, so dass auf eine detaillierte Neuberechnung des erzielbaren Betrags verzichtet werden konnte. Ein Wertminderungsrisiko besteht hier zum 31. Dezember 2008 nicht.

27 Sachanlagen

27.1 Übersicht

Mio €	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	Flugzeuge	Fuhrpark, Transport- ausstattung	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2007	7.579	3.901	3.306	1.282	2.006	182	18.256
Zugänge Konsolidierungskreis	42	31	38	56	9	2	178
Zugänge	358	346	412	117	277	349	1.859
Umbuchungen	-75	60	34	-7	14	-137	-111
Abgänge	-521	-170	-291	-55	-219	-84	-1.340
Währungsumrechnungsdifferenzen	-115	-92	-68	-26	-41	-7	-349
Stand 31. Dezember 2007/Stand 1. Januar 2008	7.268	4.076	3.431	1.367	2.046	305	18.493
Zugänge Konsolidierungskreis	46	15	21	0	25	2	109
Zugänge	141	231	285	94	255	447	1.453
Umbuchungen	80	169	42	44	31	-390	-24
Abgänge	-2.597	-219	-1.328	-73	-873	-55	-5.145
Währungsumrechnungsdifferenzen	-89	-91	-53	4	-88	-13	-330
Stand 31. Dezember 2008	4.849	4.181	2.398	1.436	1.396	296	14.556
Abschreibungen							
Stand 1. Januar 2007	2.356	2.592	2.478	384	1.066	-8	8.868
Zugänge Konsolidierungskreis	19	22	26	15	4	0	86
Abschreibungen	255	309	362	126	201	0	1.253
Wertminderungen	253	190	47	0	19	6	515
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Umbuchungen	-57	33	-5	-7	-2	-1	-39
Abgänge	-206	-126	-254	-25	-167	0	-778
Währungsumrechnungsdifferenzen	-37	-47	-50	-10	-22	0	-166
Stand 31. Dezember 2007/Stand 1. Januar 2008	2.583	2.973	2.604	483	1.099	-3	9.739
Zugänge Konsolidierungskreis	24	12	15	0	11	0	62
Abschreibungen	208	278	293	164	198	0	1.141
Wertminderungen	9	60	21	38	3	3	134
Zuschreibungen	-1	0	0	0	0	0	-1
Umbuchungen	10	1	-4	2	-3	-5	1
Abgänge	-881	-127	-1.152	-65	-827	-1	-3.053
Währungsumrechnungsdifferenzen	-19	-40	-38	1	-45	-2	-143
Stand 31. Dezember 2008	1.933	3.157	1.739	623	436	-8	7.880
Bilanzwert 31. Dezember 2008	2.916	1.024	659	813	960	304	6.676
Bilanzwert 31. Dezember 2007	4.685	1.103	827	884	947	308	8.754

Unter den geleisteten Anzahlungen werden nur Anzahlungen für Sachanlagen ausgewiesen, soweit im Rahmen eines schwebenden Geschäfts Vorleistungen seitens des Konzerns erbracht wurden. Als Anlagen im Bau sind Sachanlagen aktiviert, für deren Herstellung bereits Kosten aus Eigen- oder Fremdleistung angefallen sind, die bis zum Bilanzstichtag aber noch nicht fertig gestellt wurden. Die als Sicherheiten verpfändeten Sachanlagen liegen wie im Vorjahr unter einer Million €.

Die Netto-Abgänge betreffen im Wesentlichen die Umgliederung der Bilanzposten der Deutsche Postbank Gruppe nach IFRS 5 in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“.

27.2 Finance Lease

Folgende Vermögenswerte sind im Rahmen eines Finance Lease im Anlagevermögen bilanziert:

Mio €	2007	2008
Immaterielle Vermögenswerte	2	3
Grundstücke und Bauten	62	76
Technische Anlagen und Maschinen	35	27
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	35	31
Flugzeuge	491	444
Fuhrpark, Transportausstattung	7	11
Finance Lease	632	592

Die korrespondierenden Verbindlichkeiten aus dem Finance Lease werden unter den Finanzschulden, [Textziffer 46](#), dargestellt.

28 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Mio €	2007	2008
Anschaffungs- oder Herstellungskosten		
Stand 1. Januar	157	260
Zugänge Konsolidierungskreis	0	0
Zugänge	20	1
Umbuchungen	122	2
Abgänge	-37	-219
Währungsumrechnungsdifferenzen	-2	1
Stand 31. Dezember	260	45
Abschreibungen		
Stand 1. Januar	35	73
Zugänge Konsolidierungskreis	0	0
Abschreibungen/Wertberichtigungen	2	1
Marktwertänderungen	0	0
Umbuchungen	39	1
Abgänge	-3	-62
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0
Stand 31. Dezember	73	13
Bilanzwert 31. Dezember	187	32

Die Veränderung der Bilanzposition beruht im Wesentlichen auf dem Abgang der Immobilien der Deutsche Post AG im Rahmen des Portfolioverkaufs an den Investor Lone Star sowie auf der Umgliederung der Werte, die auf die Deutsche Postbank Gruppe (Vorjahr: 73 Mio €) entfallen. Diese werden gemäß IFRS 5 unter „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2008 entfielen 18 Mio € auf Exel Inc., USA, sowie 14 Mio € auf die Deutsche Post AG (Vorjahr: 99 Mio €). Die auf diese Immobilien entfallenden Mieteinnahmen und Aufwendungen betragen jeweils 1 Mio € (Vorjahr: jeweils 9 Mio €). Der beizulegende Zeitwert beträgt 78 Mio € (Vorjahr: 187 Mio €).

29 Finanzanlagen

Mio €	2007	2008
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	203	61
Andere Finanzanlagen		
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	733	427
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte	10	10
Ausleihungen	114	137
Finanzanlagen	1.060	635

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sind 30 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) Abschreibungen auf sonstige Beteiligungen enthalten, da sie nicht mehr in voller Höhe werthaltig waren.

Die Ausleihungen für Wohnungsbauförderungen sind gegenüber dem am 31. Dezember 2008 geltenden Marktzins für vergleichbare Finanzanlagen mehrheitlich unterverzinst oder unverzinst. In der Bilanz werden sie mit einem Barwert von 19 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) erfasst. Der Nominalwert dieser Ausleihungen beträgt 24 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €). Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und sonstigen Beteiligungen waren wie im Vorjahr in ihrer Veräußerbarkeit nicht eingeschränkt.

30 Sonstige langfristige Vermögenswerte

Mio €	2007	2008
Pensionsvermögen	247	262
Derivate	27	51
Kauttionen	33	55
Sonstiges	190	146
Sonstige langfristige Vermögenswerte	497	514

Die Derivate – Zins-Swaps/Fair Value Hedges – stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den Anleihen der Deutsche Post Finance, Niederlande, und wurden mit externen Banken abgeschlossen. Weitere Informationen zum Pensionsvermögen finden sich unter [Textziffer 44](#).

31 Latente Steuern

Mio €	2007 ¹⁾	2008
Aktive latente Steuern auf inländische Verlustvorträge		
davon Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	80	1
davon Gewerbesteuer	70	1
Aktive latente Steuern auf ausländische Verlustvorträge	77	40
	227	42
Aktive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	813	991
Aktive latente Steuern gesamt	1.040	1.033
Passive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	1.569	833

1) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffer 5

Fälligkeitsstruktur

Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	2 bis 3 Jahre	3 bis 4 Jahre	4 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Gesamt
2008							
Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge	2	3	0	0	0	37	42
Aktive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	282	95	69	36	36	473	991
Passive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	488	86	41	24	29	165	833
2007							
Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge	10	9	86	84	4	34	227
Aktive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	220	67	38	20	285	183	813
Passive latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen	12	18	7	417	542	573	1.569

Die aktiven und passiven latenten Steuern auf temporäre Wertdifferenzen resultieren mit folgenden Beträgen aus unterschiedlichen Wertansätzen der einzelnen Bilanzposten:

Latente Steuern auf temporäre Wertdifferenzen

Mio €	2007		2008	
	aktivisch	passivisch	aktivisch	passivisch
Immaterielle Vermögenswerte	72	701	98	294
Sachanlagen	17	75	61	38
Finanzanlagen	26	0	47	2
Sonstiges langfristiges Vermögen	14	37	9	29
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	414	2.205	0	0
Übriges kurzfristiges Vermögen	143	10	29	41
Rückstellungen	434	131	338	245
Finanzschulden	4	0	293	1
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	1.653	97	0	0
Übrige Verbindlichkeiten	31	313	167	250
	2.808	3.569	1.042	900
Saldierung aktive und passive latente Steuern				
davon auf Verlustvorträge	0	-5	0	-16
davon auf temporäre Wertdifferenzen	-1.995	-1.995	-51	-51
Bilanzansatz	813	1.569	991	833

Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von rund 16,3 Mrd € (Vorjahr: 11,7 Mrd €) und auf temporäre Wertdifferenzen von rund 696 Mio € (Vorjahr: 1,2 Mrd €) wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da davon auszugehen ist, dass die steuerlichen Verlustvorträge und temporäre Differenzen im Rahmen der steuerlichen Ergebnisplanung wahrscheinlich nicht genutzt werden können. Der überwiegende Teil der Verlustvorträge entfällt auf die Deutsche Post AG. Diese Verlustvorträge sind zeitlich unbefristet nutzbar. Bei ausländischen Gesellschaften verfallen die wesentlichen Verlustvorträge nicht vor dem Jahr 2020.

Für aufgelaufene Ergebnisse in- und ausländischer Tochtergesellschaften wurden in Höhe von 386 Mio € (Vorjahr: 468 Mio €) keine latenten Steuern gebildet, da es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

32 Vorräte

Festwerte für Postwertzeichen und Ersatzteile in Frachtzentren bestanden in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €). Wesentliche Wertberichtigungen auf die Vorratsbestände waren nicht erforderlich.

Mio €	2007	2008
Fertige Erzeugnisse und Waren	59	57
Ersatzteile Flugzeuge	6	6
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	164	187
Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	18	17
Geleistete Anzahlungen	1	2
Vorräte	248	269

33 Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerpflichtungen

Sämtliche Ertragsteueransprüche sind kurzfristig und haben Fälligkeiten von unter einem Jahr.

Mio €	2007	2008
Ertragsteueransprüche	312	191
Ertragsteuerpflichtungen	473	351

Die Ertragsteuerverbindlichkeiten und -rückstellungen werden rückwirkend für das Vorjahr gemeinsam als Ertragsteuerpflichtungen ausgewiesen. Die Ertragsteueransprüche entfallen im Wesentlichen mit 35 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €) sowie die Ertragsteuerpflichtungen mit 92 Mio € (Vorjahr: 55 Mio €) auf die Deutsche Post AG.

34 Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Mio €	2007	2008
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.377	5.591
Rechnungsabgrenzungsposten	1.038	676
Kurzfristige Derivate	52	475
Abgegrenzte Umsätze	558	462
Steuerforderungen	461	450
Erträge aus Kostenübernahmen	83	71
Forderungen aus Anlagenverkäufen	196	56
Debitorische Kreditoren	63	51
Forderungen aus Versicherungsgeschäften	32	37
Forderungen gegenüber Konzernunternehmen	53	34
Forderungen an Mitarbeiter	30	29
Mietforderungen	17	25
Forderungen aus Schadenersatz (Regressansprüche)	19	17
Forderungen aus Nachnahmen	18	15
Forderungen aus Wohnbaupools	14	13
Forderungen gegenüber privaten Postagenturen	7	13
Grundstücksgleiche Rechte	22	10
Andere Vermögenswerte	766	690
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	9.806	8.715

Der Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögenswerte resultiert im Wesentlichen aus der nach IFRS 5 geforderten Umgliederung der Werte der Deutschen Postbank Gruppe in „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“.

Die Steuerforderungen betreffen mit 341 Mio € (Vorjahr: 317 Mio €) Umsatzsteuer, mit 43 Mio € (Vorjahr: 60 Mio €) Zölle und Abgaben sowie mit 66 Mio € (Vorjahr: 84 Mio €) sonstige Steuerforderungen. In den anderen Vermögenswerten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten. Weitere Informationen zu den Derivaten sind in [Textziffer 51.2.ff.](#) enthalten.

35 Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen

Die Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen, die ausschließlich die Deutsche Postbank Gruppe betreffen, werden im Geschäftsjahr 2008 unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten ausgewiesen,

[Textziffer 38.](#)

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)		
davon Fair Value Hedge: 1.516	24.581	
Forderungen an Kunden		
davon grundpfandrechtlich gesichert: 50.372		
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)		
davon Fair Value Hedge: 1.356	84.133	
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	456	
Forderungen an Kunden (Fair Value Option)	7.044	
	91.633	
Risikovorsorge (aktivisch ausgewiesen)		
Forderungen an Kreditinstitute	0	
Forderungen an Kunden	-1.154	
	-1.154	
Handelsaktiva		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.139	
Zur Veräußerung bestimmte Baudarlehen (Held for Trading)	209	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	161	
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	5.155	
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuches	131	
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair Value Option	141	
	9.936	
Hedging-Derivate (positive Marktwerte)		
Auf Aktivposten	265	
Auf Passivposten	156	
	421	
Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen (Loans and Receivables)		
davon Fair Value Hedge: 5.447	26.600	
Held to Maturity	730	
Available for Sale		
davon Fair Value Hedge: 14.633	38.755	
	66.085	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	2.418	
	68.503	
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	193.920	0

¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffer 5

Im Geschäftsjahr 2007 waren Finanzanlagen in Höhe von 65.649 Mio € börsennotiert. Bewertungsänderungen von Wertpapieren (Available for Sale), die nicht abgesichert waren, wurden in Höhe von –515 Mio € in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Wertminderungen (Impairment) wurden im Geschäftsjahr 2007 24 Mio € aus der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam entnommen und im

Periodenergebnis erfasst. Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2007 Wertberichtigungen (Impairment) in Höhe von 130 Mio € gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen. Hiervon entfielen 112 Mio € auf Structured Credit Products und 18 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen des Geschäftsjahres 2007 gliederten sich wie folgt:

Mio €									Summe
	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	
2007	4.534	27.630	17.123	17.979	13.640	12.792	16.349	85.027	195.074

36 Finanzinstrumente

Die kurzfristigen Finanzinstrumente haben sich gegenüber dem Vorjahr um 22 Mio € auf 50 Mio € verringert.

37 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Mio €	2007	2008
Kassenbestand	508	20
Unterwegs befindliche Gelder	920	346
Bankguthaben	3.061	658
Zahlungsmitteläquivalente	46	56
Sonstige flüssige Mittel	148	270
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.683	1.350

Die Veränderung der Bilanzposition beruht im Wesentlichen auf der Umgliederung der Werte der Deutschen Postbank Gruppe gemäß IFRS 5.

38 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Die unter diesen Positionen ausgewiesenen Beträge betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

Mio €	Vermögenswerte		Verbindlichkeiten	
	2007	2008	2007	2008
Deutsche Postbank Gruppe	0	231.824	0	227.736
Deutsche Postbank Gruppe – Kreditkarten- und Absatzfinanzierungsgeschäft der BHW Bank AG	565	0	44	0
DHL Express Frankreich SAS – Grundstück/Gebäude	26	0	0	0
Deutsche Post AG – Immobilien	18	31	0	0
DHL Supply Chain, Spanien – Gebäude	0	15	0	0
Sonstiges	6	2	0	0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	615	231.872	44	227.736

Der Verkauf des Kreditkarten- und Finanzierungsgeschäfts der BHW Bank AG durch die Deutsche Postbank Gruppe wurde im ersten Quartal 2008 vollzogen. Käufer war die Landesbank Berlin. Die unterjährig als „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ ausgewiesene IT-Ausstattung wurde im dritten Quartal ins Sach-

anlagevermögen zurückgegliedert. Ende Juli war bekanntgegeben worden, dass die Bemühungen um ein Outsourcing der IT-Infrastruktur an Hewlett-Packard-Services eingestellt wurden.

Die Vermögenswerte und Schulden der Deutschen Postbank Gruppe werden gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Deutsche Postbank Gruppe

Mio €	31. Dezember 2008
AKTIVA	
Immaterielle Vermögenswerte	1.400
Sachanlagen	900
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	73
Finanzanlagen	111
Aktive latente Steuern	557
Ertragsteueransprüche	162
Kurzfristige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	810
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	224.394
Flüssige Mittel	3.417
Summe AKTIVA	231.824
PASSIVA	
Langfristige Rückstellungen	2.111
Langfristige Finanzschulden	5.431
Passive latente Steuern	831
Kurzfristige Rückstellungen	30
Ertragsteuerrückstellungen	186
Kurzfristige Finanzschulden	310
Kurzfristige Verbindlichkeiten	960
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	217.877
Summe PASSIVA	227.736

Weitere Angaben zu den Finanzinstrumenten und der Darstellung der Risikolage der Deutschen Postbank Gruppe finden sich unter [Textziffer 51.1.](#)

Im Eigenkapital erfasste kumulative Erträge und Aufwendungen

Mio €	Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	Anteile der Minderheit	Eigenkapital gesamt
IAS-39-Neubewertungsrücklage	-259	-263	-522
Währungsumrechnungsrücklage	-76	-55	-131
	-335	-318	-653

Die Deutsche Postbank Gruppe hatte im dritten Quartal für einen Teil der von ihr gehaltenen Schuldverschreibungen die Halteabsicht geändert und beabsichtigt nun, diese auf absehbare Zeit zu halten. Daher hat sie gemäß IAS 39.50E Fremdwährungsschuldverschreibungen von nom. 1,6 Mrd € zum 1. Juli 2008 zum Fair Value von 1,5 Mrd € von der Bewertungskategorie „Available for Sale“ in die Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ umgegliedert. Weiterhin hat die Deutsche Postbank Gruppe zum 1. Oktober 2008 ein Portfolio, das im Wesentlichen aus Anleihen ausländischer Staaten, Banken und Corporates besteht, in Höhe von nom. 33,2 Mrd € zum Fair Value von 32,9 Mrd € von der Bewertungskategorie „Available for Sale“ in die Bewertungskategorie „Loans and Receivables“ umgegliedert.

Zum 31. Dezember 2008 haben sämtliche umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 35,8 Mrd € und einen Buchwert von 35,8 Mrd € (Vorjahr: keine Umwidmungen zugelassen). Bis zu den beiden Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertveränderungen der umgegliederten Papiere auf -405 Mio € (Vorjahr: -358 Mio €). Sofern die Deutsche Postbank Gruppe ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2008 um weitere 97 Mio € belastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmung auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgewidmeten Wertpapiere 4,30 %, die geschätzten Zahlungsströme, die die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederung erwartet, belaufen sich auf 44,9 Mrd €. Zum 31. Dezember 2008 ergab sich für die umgegliederten Wertpapiere kein Impairment, Veräußerungen wurden nicht getätigt.

Unwiderrufliche Kreditzusagen seitens der Deutschen Postbank Gruppe bestanden in Höhe von 23.205 Mio € (Vorjahr: 23.480 Mio €) sowie Bürgschaftsverpflichtungen in Höhe von 1.296 Mio € (Vorjahr: 1.428 Mio €).

39 Gezeichnetes Kapital**39.1 Anteilsverhältnisse**

Die KfW Bankengruppe (KfW), zuvor Kreditanstalt für Wiederaufbau, hält ca. 30,5 % am Grundkapital der Deutsche Post AG. Der Anteil der im Streubesitz befindlichen Aktien beträgt 69,5 %.

Stück	2007	2008
KfW	368.277.358	368.277.358
Streubesitz	839.193.240	840.738.516
Anteilsverhältnisse zum 31. Dezember	1.207.470.598	1.209.015.874

39.2 Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital erhöhte sich im Geschäftsjahr 2008 von zuvor 1.207 Mio € um 2 Mio € auf 1.209 Mio €. Es besteht nun aus 1.209.015.874 auf den Namen lautende Stückaktien (Stammaktien) mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1 €. Die Erhöhung des gezeichneten Kapitals beruht auf der Bedienung der Aktienoptionen des Aktienoptionsplans 2003.

Entwicklung Gezeichnetes Kapital

€	2007	2008
Stand 1. Januar	1.202.319.860	1.207.470.598
Ausübung AOP Tranche 2002, 2003, 2004 – bedingtes Kapital	5.150.738	1.545.276
Stand 31. Dezember	1.207.470.598	1.209.015.874

Kapital zum 31. Dezember 2008

	Betrag (T€)	Zweck
Genehmigtes Kapital 2005	174.796	Erhöhung Grundkapital gegen Sacheinlage
Bedingtes Kapital II	2.727	Führungskräfte-Aktienoptionsprogramm 2003
Bedingtes Kapital III	56.000	Ausübung von Options-/Wandlungsrechten

39.3 Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 6. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2009 eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung sieht vor, dass der Vorstand sie zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck ausüben kann, insbesondere zur Verfolgung der im Beschluss der

Hauptversammlung genannten Ziele. Am 31. Dezember 2008 hielt die Deutsche Post AG keine eigenen Aktien.

39.4 Angaben zum unternehmerischen Kapital (Postbank at Equity)

Im Geschäftsjahr 2008 lag die Eigenkapitalquote bei 23,8 % (Vorjahr: 31,4 %). Die Kontrolle des unternehmerischen Kapitals erfolgt über die Net Gearing Ratio, das definiert ist als Nettofinanzverschuldung dividiert durch das Gesamtkapital, wobei dies der Summe aus Eigenkapital und Nettofinanzverschuldung entspricht. Für 2008 betrug die Ratio 23,3 % (Vorjahr: 20,4 %). Alle Kennzahlen basieren auf der Sichtweise Postbank at Equity.

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Gesamte Finanzschulden	4.978	4.097
Abzüglich Finanzinstrumente	-74	-50
Abzüglich Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	-1.339	-1.350
Abzüglich Long-term Deposits	-456	-256
Abzüglich Finanzschulden gegenüber Minderheitsaktionären von Williams Lea	-251	-29
Nettofinanzverschuldung	2.858	2.412
Zuzüglich gesamtes Eigenkapital	11.181	7.937
Gesamtkapital	14.039	10.349
Net Gearing Ratio (%)	20,4	23,3

1) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe

40 Andere Rücklagen

Mio €	2007	2008
Kapitalrücklage	2.119	2.142
Neubewertungsrücklage gemäß IAS 39	-251	-254
Hedge-Rücklage gemäß IAS 39	-96	-60
Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3	0	8
Währungsumrechnungsrücklage	-897	-1.397
Andere Rücklagen	875	439

40.1 Kapitalrücklage

Mio €	2007	2008
Kapitalrücklage zum 1. Januar	2.037	2.119
Zuführung	82	23
davon Ausübung Aktienoptionspläne	68	19
davon Ausgabe Aktienoptionspläne	14	4
Kapitalrücklage zum 31. Dezember	2.119	2.142

Die Bewertung des AOP 2003 ergab im Geschäftsjahr 2008 einen Personalaufwand für die Aktienoptionen in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €), der gegen die Kapitalrücklage gebucht wurde. Weitere Angaben zu den Aktienoptionsplänen finden sich unter [Textziffer 55](#).

40.2 Neubewertungsrücklage gemäß IAS 39

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutral berücksichtigten Auf- und Abwertungen aus Zeitwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie „Available for Sale“. Die erfolgswirksame Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei dauerhaftem Absinken des Marktwertes unter die Anschaffungskosten.

Mio €	2007	2008
Stand 1. Januar	36	-251
Währungsumrechnungsdifferenzen	-1	2
Zugang (+)/Abgang (-)	-438	-495
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern	88	29
Veränderung Konsolidierungskreis	3	11
Ergebniswirksame Umbuchung	61	450
Neubewertungsrücklage gemäß IAS 39 zum 31. Dezember	-251	-254

Im Geschäftsjahr 2008 sind einerseits Finanzinstrumente „Available for Sale“ in Höhe von 450 Mio € ergebniswirksam (Vorjahr: 61 Mio €) abgegangen, zum anderen verringerte sich die Rücklage um 495 Mio € (Vorjahr: 438 Mio €), aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten der Kategorie „Available for Sale“. Die Neubewertungsrücklage entfällt nahezu vollständig auf die Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Deutschen Postbank Gruppe.

40.3 Hedge-Rücklage gemäß IAS 39

Die Hedge-Rücklage wird um den effektiven Teil des Sicherungsgeschäftes eines Cashflow Hedges angepasst. Bei Abwicklung des Grundgeschäftes wird die Hedge-Rücklage erfolgswirksam aufgelöst.

Mio €	2007	2008
Stand 1. Januar	-94	-96
Zugänge	-42	-126
Abgänge	40	162
Hedge-Rücklage gemäß IAS 39 zum 31. Dezember	-96	-60

Die Veränderung der Hedge-Rücklage ergibt sich im Wesentlichen aus der Zunahme unrealisierter Gewinne aus der Absicherung künftiger operativer Fremdwährungstransaktionen. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 148 Mio € unrealisierte und realisierte Verluste aus der Hedge-Rücklage ergebniswirksam im operativen Ergebnis sowie 5 Mio € unrealisierte und realisierte Gewinne im Finanzergebnis erfasst. Die latenten Steuern wirkten sich ebenfalls auf die Hedge-Rücklage aus.

40.4 Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3

Mio €	2007	2008
Stand 1. Januar	0	0
Erfolgsneutrale Veränderungen	0	8
Neubewertungsrücklage gemäß IFRS 3 zum 31. Dezember	0	8

In die Neubewertungsrücklage wurden die auf bereits in Vorjahren erworbenen Anteile entfallenden stillen Reserven aus der Kaufpreisallokation der Sinotrans in Höhe von 8 Mio € eingestellt. Sie beziehen sich auf die in dem zuvor gehaltenen 50%-Anteil enthaltenen Kundenbeziehungen in Höhe von 12 Mio € sowie Anpassungen in Höhe von 4 Mio € auf latente Steuern.

40.5 Währungsumrechnungsrücklage

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

Mio €	2007	2008
Stand 1. Januar	-451	-897
Erfolgsneutrale Veränderungen	-446	-500
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-897	-1.397

Die Veränderung resultiert aus den für maßgebliche Fremdwährungen rückläufigen Währungskursen.

41 Gewinnrücklage

Die Gewinnrücklage enthält die in der Vergangenheit erzielten Konzernergebnisse, soweit sie nicht ausgeschüttet wurden. Zur Entwicklung der Rücklagen im Geschäftsjahr siehe auch die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Stand 1. Januar	8.473	8.953
Dividendenzahlung	-903	-1.087
Konzernjahresergebnis	1.383	-1.688
Gewinnrücklage zum 31. Dezember	8.953	6.178

1) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe

42 Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital

Das den Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnende Eigenkapital im Geschäftsjahr 2008 beträgt 7.826 Mio € (Vorjahr: 11.035 Mio €).

Ausschüttungen

Für Ausschüttungen an die Aktionäre der Deutsche Post AG ist der Bilanzgewinn der Deutsche Post AG in Höhe von 1.093 Mio € nach deutschem Handelsrecht maßgeblich. Der nach Abzug der geplanten Dividendensumme von 725 Mio € verbleibende Betrag von 368 Mio € soll vorgetragen werden.

Für das Geschäftsjahr 2007 war eine Dividende von 1.087 Mio € ausgeschüttet sowie 251 Mio € in die Gewinnrücklagen eingestellt worden. Die Dividende unterliegt bei den in Deutschland ansässigen Aktionären nicht der Besteuerung. Von der Ausschüttung wird keine Kapitalertragsteuer einbehalten.

43 Minderheitsanteile

Die Minderheitsanteile beinhalten Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter am konsolidierungspflichtigen Kapital aus der Kapitalkonsolidierung sowie die ihnen zustehenden Gewinne und Verluste. Die Anteile entfallen im Wesentlichen auf folgende Unternehmen:

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Deutsche Postbank Gruppe	2.633	1.914
DHL Sinotrans International Air Courier Ltd., China	60	67
Andere Unternehmen	85	45
Anteile anderer Gesellschafter	2.778	2.026

1) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund des Restatements der Deutschen Postbank Gruppe

44 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die nachstehenden Angaben über die Pensionsverpflichtungen gliedern sich nach den Bereichen Deutschland (ohne Postbank), Großbritannien (ohne Postbank), Sonstige (ohne Postbank) sowie Deutsche Postbank Gruppe. Die Angaben für die Deutsche Postbank Gruppe werden vollständig zum 31. Dezember 2008 gezeigt und danach die betreffenden Beträge in einer Zeile gemäß IFRS 5 umgegliedert.

44.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen nach Bereichen

Mio €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Deutsche Postbank Gruppe	Gesamt
31. Dezember 2008					
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.299	183	203	1.149	5.834
Pensionsvermögen	0	-120	-142	0	-262
Nettopensionsrückstellungen	4.299	63	61	1.149	5.572
Umgliederung gemäß IFRS 5	0	0	0	-1.149	-1.149
Nettopensionsrückstellungen	4.299	63	61	0	4.423
31. Dezember 2007					
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.383	267	196	1.143	5.989
Pensionsvermögen	0	-127	-120	0	-247
Nettopensionsrückstellungen	4.383	140	76	1.143	5.742

44.2 Versicherungsmathematische Parameter

Die Mehrzahl der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen des Konzerns bezieht sich auf Versorgungssysteme in Deutschland und Großbritannien. Darüber hinaus werden signi-

fikante Versorgungssysteme in Ländern des restlichen Euroraums, der Schweiz und den USA angeboten. Die versicherungsmathematische Bewertung wesentlicher Pensionspläne erfolgte auf Basis der folgenden Parameter:

%	Deutschland	Groß- britannien	Restlicher Euroraum	Schweiz	USA
31. Dezember 2008					
Rechnungszinsfuß	5,75	6,50	5,75	2,75	6,00
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklung	2,50	3,00 – 4,75	2,00 – 4,00	3,00	4,00
Erwartete Inflationsrate	2,00	3,25	2,00	1,50	2,50
31. Dezember 2007					
Rechnungszinsfuß	5,50	5,75	5,50	3,25	6,00
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklung	2,50	3,00 – 4,75	2,00 – 4,00	3,00	3,75
Erwartete Inflationsrate	2,00	3,25	2,00	1,50	2,50

Die Berechnung der Lebenserwartung bei den deutschen Konzernunternehmen basiert auf den Richttafeln 2005 G, herausgegeben von Klaus Heubeck. Für die englischen Pensionspläne wurden die Sterblichkeitsraten angesetzt, die für die letzte so genannte Funding Valuation verwendet wurden. Diese beruhen

auf planspezifischen Analysen der Sterblichkeit und beinhalten einen Zuschlag für eine erwartete Zunahme der Lebenserwartung in der Zukunft. In den anderen Ländern wurden landesspezifische Sterbetafeln verwendet.

44.3 Ermittlung des Periodenaufwands

Zur Ermittlung des Periodenaufwands wurde folgender durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag verwendet:

%	Deutschland	Groß- britannien	Restlicher Euroraum	Schweiz	USA
2008					
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	3,75 – 4,25	4,50 – 7,25	5,00 – 7,00	4,25	7,50
2007					
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	3,25 – 4,25	4,50 – 7,25	5,00 – 7,00	4,25	7,50

Der erwartete Vermögensertrag wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis

historischer Kapitalmarkttrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarkt-erwartungen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

44.4 Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Pensionsrückstellung

Mio €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Deutsche Postbank Gruppe	Gesamt
2008					
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	3.558	2.677	1.301	660	8.196
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	3.123	7	187	733	4.050
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	6.681	2.684	1.488	1.393	12.246
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-1.992	-2.594	-1.257	-392	-6.235
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	-388	-28	-171	148	-439
Nicht realisierter, nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-2	0	0	0	-2
Vermögensanpassung aufgrund Vermögensobergrenze	0	1	1	0	2
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.299	63	61	1.149	5.572
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	120	142	0	262
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.299	183	203	1.149	5.834
Umgliederung gemäß IFRS 5	0	0	0	-1.149	-1.149
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.299	183	203	0	4.685
2007					
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	3.686	3.743	1.250	698	9.377
Barwert der Verpflichtung am 31. Dezember der nicht kapitalgedeckten Leistungen	3.237	9	177	729	4.152
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	6.923	3.752	1.427	1.427	13.529
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-1.914	-4.048	-1.418	-392	-7.772
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (-)	-622	435	26	108	-53
Nicht realisierter, nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-4	0	0	0	-4
Vermögensanpassung aufgrund Vermögensobergrenze	0	1	41	0	42
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.383	140	76	1.143	5.742
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	127	120	0	247
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.383	267	196	1.143	5.989

44.5 Entwicklung des Barwerts der Gesamtverpflichtung

Mio €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Deutsche Postbank Gruppe	Gesamt
2008					
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	6.923	3.752	1.427	1.427	13.529
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	77	65	52	25	219
Arbeitnehmerbeiträge	14	21	13	3	51
Zinsaufwand	366	197	70	78	711
Rentenzahlungen	-504	-163	-74	-84	-825
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	29	-12	1	-2	16
Plankürzungen	0	0	-14	0	-14
Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Transfers/Vermögensüberträge	19	38	-4	-1	52
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	-5	0	-5
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-243	-335	-15	-53	-646
Währungseffekte	0	-879	37	0	-842
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	6.681	2.684	1.488	1.393	12.246
Umgliederung gemäß IFRS 5	0	0	0	-1.393	-1.393
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	6.681	2.684	1.488	0	10.853
2007					
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	7.899	4.198	1.511	1.597	15.205
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	105	102	58	34	299
Arbeitnehmerbeiträge	0	22	13	0	35
Zinsaufwand	339	206	59	72	676
Rentenzahlungen	-490	-194	-69	-71	-824
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-40	1	4	-14	-49
Plankürzungen	-26	0	-43	0	-69
Planabgeltungen	0	0	-19	0	-19
Transfers/Vermögensüberträge	5	0	23	4	32
Akquisitionen	2	37	6	16	61
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-871	-257	-76	-210	-1.414
Währungseffekte	0	-363	-40	-1	-404
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	6.923	3.752	1.427	1.427	13.529

44.6 Entwicklung des Planvermögens

Mio €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Deutsche Postbank Gruppe	Gesamt
2008					
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	1.914	4.048	1.418	392	7.772
Arbeitgeberbeiträge	215	56	44	7	322
Arbeitnehmerbeiträge	0	21	13	0	34
Erwartete Erträge aus Planvermögen	74	243	82	16	415
Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-8	-760	-273	-6	-1.047
Rentenzahlungen	-203	-162	-62	-17	-444
Transfers	0	36	0	0	36
Akquisitionen	0	0	0	0	0
Planabgeltungen	0	0	-11	0	-11
Währungseffekte	0	-888	46	0	-842
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	1.992	2.594	1.257	392	6.235
Umgliederung gemäß IFRS 5	0	0	0	-392	-392
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	1.992	2.594	1.257	0	5.843
2007					
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	1.852	4.177	1.374	381	7.784
Arbeitgeberbeiträge	200	67	45	16	328
Arbeitnehmerbeiträge	0	22	13	0	35
Erwartete Erträge aus Planvermögen	71	272	79	17	439
Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen	-10	62	-11	-7	34
Rentenzahlungen	-199	-193	-53	-26	-471
Transfers	0	0	17	1	18
Akquisitionen	0	26	0	11	37
Planabgeltungen	0	0	-12	0	-12
Währungseffekte	0	-385	-34	-1	-420
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	1.914	4.048	1.418	392	7.772

Aufgrund der Finanzmarktkrise haben – im Wesentlichen mit Ausnahme der deutschen Pensionspläne – alle anderen Pläne eine negative Rendite in 2008 erzielt, die Gesamtrendite (vor Währungsverlusten) lag bei ca. -8 % (ca. 630 Mio €). Durch Währungsverluste, insbesondere in den englischen Pensionsplänen, hat sich das Planvermögen in Euro zusätzlich um ca. 11 % (ca. 840 Mio €) reduziert. Diesem Währungsverlust steht allerdings ein gleich großer Gewinn auf der Verpflichtungsseite gegenüber.

Das Planvermögen besteht aus festverzinslichen Wertpapieren (33 %; Vorjahr: 32 %), Aktien und Investmentfonds (28 %; Vorjahr: 36 %), Immobilien (20 %; Vorjahr: 16 %), liquiden Mitteln (11 %; Vorjahr 9 %), Versicherungsverträgen (6 %; Vorjahr: 5 %) und anderen Vermögenswerten (2 %; Vorjahr: 2 %). Von den Immobilien werden 84 % (Vorjahr: 81 %) mit einem Zeitwert von 1.041 Mio € (Vorjahr: 1.040 Mio €) durch die Deutsche Post AG selbst genutzt.

44.7 Finanzierungsstand

Der Finanzierungsstand wird inklusive der Werte der Deutschen Postbank Gruppe ausgewiesen.

Mio €	2005 Gesamt	2006 Gesamt	2007 Gesamt	2008 Gesamt
Barwert der Verpflichtungen am 31. Dezember	14.501	15.205	13.529	12.246
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-7.049	-7.784	-7.772	-6.235
Finanzierungsstand	7.452	7.421	5.757	6.011

Ohne Berücksichtigung der Werte für die Deutsche Postbank Gruppe ergäbe sich zum 31. Dezember 2008 ein Barwert der Verpflichtungen in Höhe von 10.853 Mio €, ein Zeitwert des Planvermögens in Höhe von 5.843 Mio € sowie ein gesamter Finanzierungsstand in Höhe von 5.010 Mio €.

44.8 Gewinne und Verluste

Die Gewinne und Verluste werden inklusive der Werte der Deutschen Postbank Gruppe ausgewiesen.

Mio €	2005 Gesamt	2006 Gesamt	2007 Gesamt	2008 Gesamt
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	187	448	473	-632
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	129	391	439	415
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Planvermögen	58	57	34	-1.047

Ohne Berücksichtigung der Werte für die Deutsche Postbank Gruppe ergäbe sich für das Geschäftsjahr 2008 ein tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen in Höhe von -642 Mio € (Vorjahr: 463 Mio €), ein erwarteter Ertrag aus Planvermögen in Höhe von 399 Mio € (Vorjahr: 422 Mio €) sowie erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (-) aus Planvermögen in Höhe von -1.041 Mio € (Vorjahr: 41 Mio €).

Die gesamten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen werden inklusive der Werte der Deutschen Postbank Gruppe ausgewiesen.

Mio €	2005 Gesamt	2006 Gesamt	2007 Gesamt	2008 Gesamt
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Verpflichtungen	12	-226	116	11
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (-) aus Verpflichtungen	-1.080	488	1.298	635
Gesamte versicherungsmathe- matische Gewinne (+)/Verluste (-) aus Verpflichtungen	-1.068	262	1.414	646

Ohne Berücksichtigung der Werte für die Deutsche Postbank Gruppe ergäben sich für das Geschäftsjahr 2008 erfahrungsbedingte Gewinne aus Verpflichtungen in Höhe von 11 Mio € (Vorjahr: 83 Mio €), annahmenänderungsbedingte Gewinne aus Verpflichtungen in Höhe von 582 Mio € (Vorjahr: 1.121 Mio €) sowie gesamte versicherungsmathematische Gewinne aus Verpflichtungen in Höhe von 593 Mio € (Vorjahr: 1.204 Mio €).

44.9 Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen

Mio €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Deutsche Postbank Gruppe	Gesamt
2008					
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.383	140	76	1.143	5.742
Pensionsaufwand	399	3	57	78	537
Rentenzahlungen	-301	-1	-12	-67	-381
Arbeitgeberbeiträge	-215	-56	-44	-7	-322
Arbeitnehmerbeiträge	14	0	0	3	17
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	-5	0	-5
Transfers	19	2	-4	-1	16
Währungseffekte	0	-25	-7	0	-32
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.299	63	61	1.149	5.572
Umgliederung gemäß IFRS 5	0	0	0	-1.149	-1.149
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.299	63	61	0	4.423
2007					
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.524	174	125	1.115	5.938
Pensionsaufwand	343	39	-1	81	462
Rentenzahlungen	-291	-1	-16	-45	-353
Arbeitgeberbeiträge	-200	-67	-45	-16	-328
Arbeitnehmerbeiträge	9	0	0	3	12
Akquisitionen	2	11	6	5	24
Transfers	-4	0	6	0	2
Währungseffekte	0	-16	1	0	-15
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.383	140	76	1.143	5.742

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2009 Zahlungen in Höhe von 583 Mio € erwartet (hiervon entfallen 275 Mio € auf direkte erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens und 308 Mio € auf erwartete Arbeitgeberbeiträge an Pensionsfonds, Werte ohne Deutsche Postbank Gruppe).

44.10 Pensionsaufwand

Mio €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Deutsche Postbank Gruppe	Gesamt
2008					
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	77	65	52	25	219
Zinsaufwand	366	197	70	78	711
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-74	-243	-82	-16	-415
Realisierter nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	31	-12	1	-2	18
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	-1	-4	42	-7	30
Auswirkungen von Plankürzungen	0	0	16	0	16
Auswirkungen von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Auswirkungen der Vermögensobergrenze	0	0	-42	0	-42
Pensionsaufwand	399	3	57	78	537
Pensionsaufwand aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	-78	-78
Pensionsaufwand aus fortgeführten Geschäftsbereichen	399	3	57	0	459
2007					
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	105	102	58	34	299
Zinsaufwand	339	206	59	72	676
Erwartete Erträge aus Planvermögen	-71	-272	-79	-17	-439
Realisierter nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-39	1	4	-14	-48
Amortisation noch nicht realisierter Gewinne (-)/Verluste (+)	42	2	-2	5	47
Auswirkungen von Plankürzungen	-33	0	-39	0	-72
Auswirkungen von Planabgeltungen	0	0	-8	1	-7
Auswirkungen der Vermögensobergrenze	0	0	6	0	6
Pensionsaufwand	343	39	-1	81	462
Pensionsaufwand aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0	0	-81	-81
Pensionsaufwand aus fortgeführten Geschäftsbereichen	343	39	-1	0	381

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die erwartete Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

45 Andere Rückstellungen

Mio €	2007	2008
Andere Rückstellungen, davon langfristig: 2.511 (Vorjahr: 3.015)	4.718	5.318

45.1 Entwicklung andere Rückstellungen

Mio €	Versicherungs-					Gesamt
	Sonstige Personalleistungen	Restrukturierungs-Rückstellungen	technische Rückstellungen	Postwertzeichen	Übrige Rückstellungen	
Stand 1. Januar 2008	1.469	360	489	500	1.900	4.718
Änderung Konsolidierungskreis	0	-5	0	0	7	2
Verbrauch	-610	-205	-68	-500	-1.155	-2.538
Währungsumrechnungsdifferenz	-3	-19	-30	0	-68	-120
Auflösung	-28	-59	0	0	-211	-298
Aufzinsung	42	5	2	0	8	57
Umgliederung	-40	-54	0	0	-917	-1.011
Zuführung	452	1.924	104	500	1.528	4.508
Stand 31. Dezember 2008	1.282	1.947	497	500	1.092	5.318

In der Rückstellung „Sonstige Personalleistungen“ sind im Wesentlichen Aufwendungen für die Personalreduzierung (Abfindungen, Überbrückungsgelder, Altersteilzeit etc.) passiviert.

Die Restrukturierungsrückstellungen umfassen sämtliche Aufwendungen, die aus den Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb des us-Expressbereichs sowie auch aus dem übrigen Konzern resultieren. Diese betreffen Maßnahmen, die im Wesentlichen auf Leistungsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Altersteilzeitprogramme, Überbrückungsgelder) sowie Aufwendungen für die Schließung von z. B. Terminals beruhen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten überwiegend Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen, nähere Angaben hierzu finden sich unter [Textziffer 7](#).

Die Rückstellung für Postwertzeichen beinhaltet offene Leistungsverpflichtungen gegenüber den Kunden für Brief- und Paketzustellungen aus verkauften, aber vom Kunden noch vorgehaltenen Postwertzeichen und basiert auf Untersuchungen von Marktforschungsunternehmen. Sie werden zum Nominalwert der ausgegebenen Wertzeichen bewertet.

45.2 Übrige Rückstellungen

Mio €	2007	2008
Steuerrückstellungen	256	328
Prozesskosten	84	117
Risiken aus der Geschäftstätigkeit	141	95
Postbeamtenkrankenkasse	97	31
Beihilfeleistungen für Beamte	29	25
Personalarückstellungen	25	22
Bauspargeschäft (Deutsche Postbank Gruppe)	710	0
Sonstige Rückstellungen	558	474
Übrige Rückstellungen	1.900	1.092

Der Rückgang der übrigen Rückstellungen beruht im Wesentlichen auf der Umgliederung der Werte der Deutschen Postbank Gruppe gemäß IFRS 5.

Die Steuerrückstellungen enthalten mit 227 Mio € (Vorjahr: 133 Mio €) Umsatzsteuer, mit 15 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €) Zölle und Abgaben sowie mit 86 Mio € (Vorjahr: 96 Mio €) sonstige Steuerrückstellungen.

Die Risiken aus der Geschäftstätigkeit umfassen Verpflichtungen wie Drohverlust- und Gewährleistungsverpflichtungen. In den sonstigen Rückstellungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten, die den Betrag von jeweils 30 Mio € nicht überschreiten.

45.3 Fälligkeitsstruktur

Mio €							Gesamt
	Bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	
2008							
Sonstige Personalleistungen	276	219	166	112	126	383	1.282
Restrukturierungsrückstellungen	1.045	71	44	27	510	250	1.947
Versicherungstechnische Rückstellungen	186	73	17	15	15	191	497
Postwertzeichen	500	0	0	0	0	0	500
Übrige Rückstellungen	800	61	52	21	14	144	1.092
	2.807	424	279	175	665	968	5.318
2007							
Sonstige Personalleistungen	299	242	191	187	135	415	1.469
Restrukturierungsrückstellungen	161	121	31	24	14	9	360
Versicherungstechnische Rückstellungen	144	81	19	17	16	212	489
Postwertzeichen	500	0	0	0	0	0	500
Übrige Rückstellungen	599	540	190	125	101	345	1.900
	1.703	984	431	353	266	981	4.718

46 Finanzschulden

Unter den Finanzschulden werden alle verzinslichen Verpflichtungen des Konzerns ausgewiesen, soweit sie nicht zu den Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen zählen.

Die Verringerung der Finanzschulden resultiert im Wesentlichen aus der Umgliederung des Nachrangkapitals der Deutschen Postbank Gruppe in die „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ gemäß IFRS 5.

Mio €	2007	2008
Anleihen, davon langfristig: 2.019 (Vorjahr: 1.950)	1.952	2.019
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, davon langfristig: 450 (Vorjahr: 616)	978	1.080
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing, davon langfristig: 499 (Vorjahr: 551)	625	531
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen, davon langfristig: 121 (Vorjahr: 42)	65	184
Sonstige Finanzschulden, davon langfristig: 229 (Vorjahr: 5.466)	6.561	283
Finanzschulden, davon langfristig: 3.318 (Vorjahr: 8.625)	10.181	4.097

46.1 Anleihen

Weitere Angaben zu den wesentlichen Anleihen enthält die folgende Tabelle.

Anleihen

	Nominalzins	Nominalvolumen	Emittent	2007		2008	
				Buchwert Mio €	Zeitwert Mio €	Buchwert Mio €	Zeitwert Mio €
Anleihe 2002/2012	5,125 %	679 Mio €	Deutsche Post Finance B.V.	677	686	712	710
Anleihe 2003/2014	4,875 %	926 Mio €	Deutsche Post Finance B.V.	952	916	958	933

Die Anleihen der Deutsche Post Finance B. V. sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

46.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die folgende Tabelle enthält die Laufzeiten und Konditionen einzelner wesentlicher Kontrakte, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen werden:

Laufzeiten und Konditionen

	Kreditinstitut	Zinssatz	Laufzeitende	Buchwert 2007 Mio €	Buchwert 2008 Mio €
Deutsche Post International B.V., Niederlande	Europäische Investitionsbank Luxemburg	4,923	12.2011	112	117
Deutsche Post International B.V., Niederlande	Europäische Investitionsbank Luxemburg	3-Mon-Floater	06.2011	57	40
Deutsche Post International B.V., Niederlande	Europäische Investitionsbank Luxemburg	5,81	02.2011	34	19
Deutsche Post AG, Deutschland	DZ Bank	4,565	12.2010	200	200
Deutsche Post AG, Deutschland	SEB AG	3,100	01.2009	0	249
				403	625

Die oben genannten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

46.3 Verbindlichkeiten aus Finance Lease

Die Verbindlichkeiten aus Finance Lease betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

Mio €	Leasingpartner	Zinssatz	Laufzeitende	Objekt	2007	2008
DHL Aviation (Netherlands B.V.) (ehemals: DHL Operations B.V., Niederlande)	Barclays Mercantile Business Financing Limited, London	3,745 %	2027 / 2028	16 Flugzeuge	382	289
Deutsche Post AG, Deutschland	T-Systems Enterprise Services GmbH, Deutschland	–	2011	IT-Ausstattung	33	13

Die Leasinggegenstände sind mit Buchwerten in Höhe von 592 Mio € (Vorjahr: 632 Mio €) in den Sachanlagen ausgewiesen. Die Abweichung zwischen den Buchwerten der Vermögenswerte

und Verbindlichkeiten resultiert aus der längeren wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Vermögenswerte gegenüber dem kürzeren Rückzahlungszeitraum der Leasingraten. Der Nominalwert der Mindestleasingzahlungen beträgt 869 Mio € (Vorjahr: 1.084 Mio €).

Fälligkeitsstruktur

Mio €	Barwert (Verbindlichkeiten aus Finance Lease)		Mindestleasingzahlungen Nominalwert	
	2007	2008	2007	2008
Bis 1 Jahr	74	32	78	34
1 Jahr bis 5 Jahre	137	137	182	168
Über 5 Jahre	414	362	824	667
Gesamt	625	531	1.084	869

46.4 Sonstige Finanzschulden

Mio €		2007	2008
Schuldscheindarlehen (Loan Notes) gegenüber Exel-Altaktionären	Deutsche Post AG	126	77
Darlehen vom Deutsche-Post-Betriebsrenten-Service e.V.	Deutsche Post AG	347	0
Darlehen vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	Deutsche Post AG	42	0
Nachrangkapital	Deutsche Postbank Gruppe	5.603	0
Übrige Finanzschulden	Sonstige Konzerngesellschaften	443	206
Sonstige Finanzschulden		6.561	283

47 Andere Verbindlichkeiten

Mio €	2007	2008
Andere Verbindlichkeiten, davon langfristig: 367 (Vorjahr: 361)	5.462	5.112

47.1 Gliederung der anderen Verbindlichkeiten

Mio €	2007	2008
Steuerverbindlichkeiten	841	672
Derivate, davon langfristig: 103 (Vorjahr: 97)	157	652
Urlaubsansprüche	420	440
Leistungszulagen	391	430
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern und Organmitgliedern	486	345
Rechnungsabgrenzungsposten, davon langfristig: 48 (Vorjahr: 41)	453	313
Löhne, Gehälter, Abfindungen	312	244
Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungs- baudarlehen, davon langfristig: 113 (Vorjahr: 106)	234	222
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	223	195
Kreditorische Debitoren	71	95
Überzeitarbeitsansprüche	98	93
Abgegrenzte Zinsen	59	58
Sonstige Freizeitansprüche	65	57
Verbindlichkeiten aus Nachnahme	78	51
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	69	37
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen	41	29
Verbindlichkeiten Ausgangsschecks	8	20
Abgegrenzte Mietzahlungen	25	20
Abgegrenzte Versicherungsbeiträge für Schadenersatz und Ähnliches	17	18
Verbindlichkeiten aus Schadenersatz, davon langfristig: 3 (Vorjahr: 2)	20	17
Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5	2
Verbindlichkeiten aus beitragsorientierten Pensionsplänen	5	0
Abfindungsangebot an BHW Minderheitsaktionäre	39	0
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	43	0
Verbindlichkeiten gegenüber Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.	4	0
Sonstige Verbindlichkeiten, davon langfristig: 100 (Vorjahr: 115)	1.298	1.102
Andere Verbindlichkeiten	5.462	5.112

Der Anstieg der Marktwerte der Derivate resultiert im Wesentlichen aus Währungskursschwankungen und einer Volumenerhöhung im Portfolio. Weitere Angaben zu den Derivaten finden sich unter [Textziffer 51.2](#).

Die Steuerverbindlichkeiten betreffen mit 349 Mio € (Vorjahr: 341 Mio €) Umsatzsteuer, mit 199 Mio € (Vorjahr: 181 Mio €) Zölle und Abgaben sowie mit 124 Mio € (Vorjahr: 319 Mio €) sonstige Steuerverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbauarlehen betreffen Verpflichtungen der Deutsche Post AG zur Zahlung von Zinssubventionen an Darlehensnehmer zum Ausgleich von Konditionsnachteilen im Zusammenhang mit den in Vorjahren erfolgten Forderungsabtretungen sowie Verpflichtungen aus weiterzuleitenden Tilgungen und Zinsen für verkaufte Wohnungsbauarlehen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

47.2 Fälligkeitsstruktur

Mio €	2007	2008
Bis 1 Jahr	5.101	4.745
1 Jahr bis 2 Jahre	128	44
2 bis 3 Jahre	20	52
3 bis 4 Jahre	30	54
4 bis 5 Jahre	36	85
über 5 Jahre	147	132
Fälligkeitsstruktur Andere Verbindlichkeiten	5.462	5.112

Für die originären Finanzinstrumente ergeben sich aufgrund kurzer Laufzeiten bzw. einer marktnahen Verzinsung keine signifikanten Unterschiede zwischen den bilanziellen Buch- und Zeitwerten. Es besteht kein signifikantes Zinsrisiko, da sie größtenteils marktnah variabel verzinslich sind.

48 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4.980 Mio € (Vorjahr: 5.384 Mio €) entfallen mit 954 Mio € (Vorjahr: 930 Mio €) auf die Deutsche Post AG. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben im Wesentlichen eine Fälligkeit von unter einem Jahr. Der ausgewiesene Buchwert entspricht dem Marktwert.

49 Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen

Die Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen, die ausschließlich die Deutsche Postbank Gruppe betreffen, werden im Geschäftsjahr 2008 unter den „Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ sowie „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ ausgewiesen, siehe [Textziffer 38](#).

Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen

Mio €	2007	2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61.146	
davon täglich fällig: 3.292		
davon Fair Value Hedge: 783		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	110.616	
davon täglich fällig: 26.589		
davon Fair Value Hedge: 4.542		
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.558	
davon Fair Value Hedge: 5.797		
Handelspassiva		
Negative Marktwerte der Handelsderivate	4.955	
Negative Marktwerte Hedging-Derivate des Bankbuchs	330	
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair Value Option	308	
Lieferverpflichtungen aus Wertpapier-Leerverkäufen	1	
	5.594	
Hedging-Derivate (negative Marktwerte)	873	
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	187.787	0

Die Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen für das Geschäftsjahr 2007 zeigt sich wie folgt:

Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Gesamt
2007	29.802	88.244	13.067	8.547	4.115	4.829	7.391	31.792	187.787

Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

50 Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung der fortgeführten Geschäftsbereiche wird gemäß IAS 7 (Cashflow-Statement) erstellt. Sie legt die Zahlungsströme offen, um Herkunft und Verwendung der flüssigen Mittel aufzuzeigen. Sie unterscheidet dabei zwischen Mittelveränderungen aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die flüssigen Mittel beinhalten Kassenbestand, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als drei Monaten und entsprechen den flüssigen Mitteln laut Bilanz. Effekte der Währungsumrechnung sowie Änderungen des Konsolidierungskreises werden bei der Berechnung bereinigt. Da die Deutsche Postbank Gruppe nicht mehr Bestandteil der fortgeführten Geschäftsbereiche ist, wurden deren Mittelveränderungen in den einzelnen Tätigkeitsbereichen jeweils separat ausgewiesen.

Um die Transparenz innerhalb der Kapitalflussrechnung zu verbessern, wurde die Struktur geändert. Die Ein- und Auszahlungen aus der Veränderung von Anteilen an Unternehmen beinhalten nur noch voll- bzw. quotenkonsolidierte Unternehmen und wurden dementsprechend umbenannt in Ein- bzw. Auszahlungen für Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten. Die Position „Ein- bzw. Auszahlungen für andere langfristige Vermögenswerte“ wurde in zwei neue Positionen aufgeteilt. Die

Ein- und Auszahlungen werden nun für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte und für sonstige Finanzanlagen gesondert ausgewiesen. Letztere enthalten auch die Mittelveränderungen für nach der Equity-Methode einbezogene Gesellschaften. Im Mittelzu- bzw. -abfluss aus Investitionstätigkeit wird die erhaltene Dividende der Deutsche Postbank AG gesondert ausgewiesen. Die Ein- und Auszahlungen aus Fremdwährungsderivaten wurden aus den Positionen „Erhaltene Zinsen bzw. Zinszahlungen“ extrahiert und in die Position „Sonstige Finanzierungstätigkeit“ umgegliedert. Weiterhin wurde die Veränderung der Finanzschulden in kurz- und langfristig getrennt; letztere zusätzlich in Aufnahme und Tilgung unterteilt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

50.1 Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird ermittelt, indem das Ergebnis vor Steuern um das Finanzergebnis sowie nicht zahlungswirksame Größen bereinigt wird, ergänzt um die Steuerzahlungen, die Veränderungen der Rückstellungen sowie die Veränderungen der sonstigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Ergebnis vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens). Nach Berücksichtigung der Veränderungen der kurzfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (ohne Finanzschulden) ergibt sich ein Mittelzufluss/-abfluss aus operativer Geschäftstätigkeit. Der Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit lässt sich in den Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens (Working Capital) sowie nach Mittelzuflüssen aus der Änderung des Nettovermögens trennen.

Der Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit der fortgeführten Geschäftsbereiche vor Änderung des kurzfristigen Vermögens liegt mit 2.729 Mio € annähernd auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 2.849 Mio €). Das EBIT wurde vor allem durch höhere, nicht zahlungswirksame Zuführungen zu den Rückstellungen belastet. Darüber hinaus ist das EBIT unter anderem durch zahlungsunwirksame Wertberichtigungen auf den Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte geschmälert worden, die in der Position „Abschreibungen auf langfristige Vermögenswerte“ wieder korrigiert wurden. Gegenläufig wirkte sich die zahlungswirksame Rückzahlung aus dem Beihilfeverfahren in Höhe von 572 Mio € aus. Vor allem die Reduzierung des Working Capital (kurzfristiges Nettovermögen) hat maßgeblich zu einem höheren Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit geführt. Insbesondere der Abbau der Forderungen und sonstigen Vermögenswerte hat deutlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Insgesamt ist der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit der fortgeführten Geschäftsbereiche gegenüber dem Vorjahr um 554 Mio € auf 3.362 Mio € gestiegen. Die aufgegebenen Geschäftsbereiche verzeichneten einen Mittelabfluss aus operativer Geschäftstätigkeit von 1.423 Mio € (Vorjahr: Mittelzufluss von 2.343 Mio €).

Zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge

Mio €	31. Dezember 2007 angepasst ¹⁾	31. Dezember 2008
Aufwendungen aus Neubewertung Vermögenswerte	54	153
Erträge aus Neubewertung Verbindlichkeiten	-26	-4
Personalaufwand Aktienoptionsprogramm	14	4
Sonstiges	5	64
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	47	217

1) Geänderte Darstellung der Deutschen Postbank Gruppe, siehe Textziffern 3 und 5

50.2 Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ergibt sich im Wesentlichen aus dem Mittelzufluss aus Abgängen langfristiger Vermögenswerte und dem Mittelabfluss für Investitionen in langfristige Vermögenswerte. Im Berichtsjahr betrug der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit 914 Mio € und lag um 396 Mio € unter dem Wert des Vorjahres (Vorjahr: 1.310 Mio €).

Die Einzahlungen aus Abgängen von langfristigen Vermögenswerten erhöhten sich insbesondere durch den Verkauf des Immobilienpakets an den Investor Lone Star (942 Mio €). Ebenfalls stiegen die Auszahlungen für Investitionen in langfristige Vermögenswerte von 2.343 Mio € im Vorjahreszeitraum auf 3.169 Mio € im Berichtsjahr. Grund dafür ist die Beteiligung an der Kapitalerhöhung der Deutsche Postbank AG, die sich in den gestiegenen Auszahlungen für Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten widerspiegelt. Daneben wurden unter anderem Auszahlungen für den Erwerb von Flying Cargo (65 Mio €) sowie für die Erhöhung der Anteile an den Gesellschaften Williams Lea (220 Mio €) und DHL Logistics China (61 Mio €) getätigt. Der Anstieg der erhaltenen Zinsen ist auf die erhaltene Rückzahlung aus dem Beihilfeverfahren in Höhe von 495 Mio € zurückzuführen.

Bei den Akquisitionen von Unternehmen wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen, siehe auch [Textziffer 2:](#)

Mio €	2007	2008 ¹⁾
Langfristige Vermögenswerte	98	23
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen	26	0
Kurzfristige Vermögenswerte (ohne Flüssige Mittel)	212	174
Rückstellungen	-70	-1
Sonstige Verbindlichkeiten	-214	-305

1) Fortgeführte Geschäftsbereiche

Die Investitionstätigkeit führte bei den aufgegebenen Geschäftsbereichen per Saldo zu einem Mittelzufluss in Höhe von 473 Mio € gegenüber 257 Mio € im Vorjahr.

Die Zusammenfassung des Mittelzuflusses aus operativer Tätigkeit und des Mittelabflusses aus Investitionstätigkeit bildet den Free Cashflow. Der Free Cashflow wird als Indikator dafür angesehen, wie viele Zahlungsmittel dem Unternehmen für Dividendenzahlungen oder für die Rückführung der Verschuldung zur Verfügung stehen. Da der Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit gestiegen und der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit gesunken ist, konnte der Free Cashflow der fortgeführten Geschäftsbereiche deutlich verbessert werden: er stieg von 1.498 Mio € im Vorjahr auf 2.448 Mio € im Geschäftsjahr 2008.

50.3 Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit der fortgeführten Geschäftsbereiche liegt mit 2.386 Mio € um 485 Mio € über dem Wert des Vorjahres (1.901 Mio €). Die Tilgung langfristiger Finanzschulden liegt mit 497 Mio € nahezu auf Vorjahresniveau (452 Mio €), während vor allem die Aufnahme langfristiger Finanzschulden gegenüber dem Vorjahr reduziert wurde: Sie führte zu einem Mittelzufluss von 176 Mio €, 376 Mio € weniger als im Vergleichszeitraum. Die Veränderung der kurzfristigen Finanzschulden hat dagegen zu einem um 520 Mio € geringeren Mittelabfluss geführt (337 Mio € im Berichtsjahr gegenüber 857 Mio € im Vorjahr). Die Ein- und Auszahlungen aus Fremdwährungsderivaten werden in der sonstigen Finanzierungstätigkeit abgebildet: Während im Vorjahr per Saldo ein Mittelzufluss von 153 Mio € zu verzeichnen war, sind im Geschäftsjahr 2008 148 Mio € abgeflossen. Den größten Anteil an den Auszahlungen im Rahmen der Finanzierungstätigkeit hat die erneut gestiegene Dividendenzahlung an die Aktionäre in Höhe von 1.087 Mio €. Die Zinszahlungen liegen mit 434 Mio € leicht über dem Wert des Vorjahres (411 Mio €).

Der Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit der aufgegebenen Geschäftsbereiche belief sich auf 918 Mio €, 804 Mio € mehr als im Vorjahr.

50.4 Flüssige Mittel

Die dargestellten Mittelzu- und -abflüsse der einzelnen Tätigkeitsbereiche haben zu einem Bestand an flüssigen Mitteln und Zahlungsmitteläquivalenten der fortgeführten Geschäftsbereiche von 1.350 Mio € geführt, siehe [Textziffer 37](#). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bestand geringfügig um 11 Mio € erhöht. Währungsumrechnungsdifferenzen haben den Zahlungsmittelbestand um 53 Mio € geschmälert, Veränderungen des Konsolidierungskreises haben dagegen einen Anstieg um 2 Mio € bewirkt.

Sonstige Erläuterungen

51 Finanzinstrumente

Finanzinstrumente sind vertragliche Vereinbarungen, die Ansprüche auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten. Gemäß IAS 32 und 39 gehören hierzu originäre wie derivative Finanzinstrumente. Zu den originären Finanzinstrumenten zählen insbesondere das Guthaben bei Kreditinstituten, sämtliche Forderungen, Verbindlichkeiten, Wertpapiere, Kredite, Darlehen und Zinsabgrenzungen. Die derivativen Finanzinstrumente umfassen beispielsweise Optionen, Swaps und Futures.

Innerhalb des Konzerns entfällt der weitaus überwiegende Teil der Finanzinstrumente auf die Deutsche Postbank Gruppe. Die Risiken und derivativen Finanzinstrumente der Deutschen Postbank Gruppe werden daher im Folgenden gesondert dargestellt.

51.1 Risiken und Finanzinstrumente der Deutschen Postbank Gruppe

Die Risikonahme zur Ergebniserzielung stellt für die Deutsche Postbank Gruppe die Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Eine Kernkompetenz der Deutschen Postbank Gruppe ist, bankübliche Risiken in einem eng definierten Rahmen einzugehen und gleichzeitig die sich ergebenden Renditechancen zu nutzen. Dabei findet jeweils eine sorgfältige Identifikation, laufende Messung und Überwachung sowie ein regelmäßiges Reporting der relevanten Risiken statt. In diesem Sinne hat die Deutsche Postbank Gruppe eine Risikomanagement-Organisation geschaffen, die die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. Neben einer übergreifenden, konzernweit geltenden Risikostrategie hat der Vorstand der Deutsche Postbank AG spezifische Risikostrategien für die Risikoarten Marktpreis-, Kredit-, Liquiditätsrisiko und operationelle Risiken verabschiedet.

Die operative Verantwortung für die Risikosteuerung ist in der Deutschen Postbank Gruppe auf mehrere Einheiten verteilt; dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, das Kreditmanagement Inland/Ausland, die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts, dezentral die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, BHW Bank AG, Deutsche Postbank International S.A. und PB Capital Corp. sowie die Niederlassung in London.

Der dem Finanzressort zugeordnete Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige, konzernweite Risikoüberwachungseinheit. Im Risikocontrolling liegt die Entscheidungskompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Risikoidentifikation, -messung und -limitierung. Zusammen mit den Risikocontrollingeinheiten der Töchter BHW Bausparkasse AG, BHW Bank AG, Deutsche Postbank International S.A., PB Capital Corp. und der Niederlassung in London übernimmt dieser Bereich das operative Risikocontrolling und hat die Verantwortung für das Reporting auf Gruppenebene.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Deutschen Postbank Gruppe. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand. Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Risikostrategie, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. In Zusammenarbeit mit den Risikokomitees hat

der Gesamtvorstand die grundlegenden Strategien für die Aktivitäten an den Finanzmärkten und die sonstigen Geschäftsfelder des Konzerns festgelegt.

Definition der Risikoarten

In der Deutschen Postbank Gruppe wird nach folgenden Risikoarten unterschieden:

- **Marktpreisrisiken:** mögliche Wertverluste bei Finanztransaktionen, die durch Veränderungen von Zinsen, Spreads, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen eintreten können.
- **Kreditrisiken:** mögliche Wertverluste, die durch Veränderungen in der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (zum Beispiel durch Insolvenz) verursacht werden können. Es werden vier Arten von Kreditrisiken unterschieden:
 - **Bonitäts- und Ausfallrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste, die durch eine Verschlechterung der Bonität oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners entstehen.
 - **Abwicklungsrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen.
 - **Kontrahentenrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste durch den möglichen Ausfall eines Vertragspartners und somit für unrealisierte Gewinne aus schwebenden Geschäften (Wiederdeckungsrisiko).
- **Länderrisiken:** Risiken möglicher Wertverluste aufgrund von politischen oder sozialen Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Abwertung oder Entwertung der Landeswährung (Transferrisiko).
- **Liquiditätsrisiken:** Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Risiko, gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Risiko, dass aufgrund einer Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve (Spread-Risiko) aus einem Ungleichgewicht der liquiditätsbezogenen Laufzeitenstruktur innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums auf einem bestimmten Konfidenzniveau ein Verlust entstehen kann.
- **Operationelle Risiken:** die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Die Definition umfasst auch rechtliche Risiken.
- **Beteiligungsrisiken:** Beteiligungsrisiken umfassen die potenziellen Verluste aus Marktwertschwankungen des Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.
- **Immobilienrisiken:** Die Immobilienrisiken beziehen sich auf den Immobilienbesitz der Deutschen Postbank Gruppe und umfassen Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken.
- **Kollektivrisiken:** spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG. Sie umfassen die negativen Auswirkungen aufgrund von (nicht zinsinduzierten) Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen der Bausparer von den prognostizierten Verhaltensannahmen.
- **Geschäftsrisiken:** die Gefahr eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst auch die Modellrisiken, die sich aus der Abbildung der Kundenprodukte mit unbekannter Kapital- und Zinsbindung (vor allem Spar- und Giroprodukte) ergeben, sowie das strategische Risiko und das Reputationsrisiko.

Darstellung der Risikolage

Die im Folgenden dargestellten Risiken werden als die derzeit wesentlichen negativen Einflussfaktoren auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank Gruppe gewertet. Dies sind jedoch nicht notwendigerweise die einzigen Risiken, denen die Deutsche Postbank Gruppe ausgesetzt ist. Risiken, die derzeit noch nicht bekannt sind oder die zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht als wesentlich einzuschätzen sind, könnten die Geschäftstätigkeiten ebenfalls beeinträchtigen.

Angesichts der andauernden Finanzmarktkrise mit extremer Volatilität der Geld- und Kapitalmärkte und einer deutlichen Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in weiten Teilen der Welt hat sich die Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Entwicklung stark erhöht und stellt eine extreme Herausforderung für das Risikomanagement von Banken dar. Die ökonomische Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten werden im gesamten Sektor weiter unter Druck bleiben. Vor dem Hintergrund der historischen Dynamik des Abschwungs und der noch nicht klar absehbaren Wirksamkeit der weltweit aufgesetzten Konjunkturprogramme und des konzertierten Vorgehens der Notenbanken ist die weitere Risikoentwicklung nur schwer abzuschätzen. Die Deutsche Postbank Gruppe geht bankübliche Risiken unter strikter Beachtung der Risikotragfähigkeit ein. Die relevanten Risiken werden laufend gemessen, überwacht und regelmäßig dem Management der Deutschen Postbank Gruppe berichtet.

Die Verwerfungen haben die Kapitalmarktbestände und damit die Ergebnissituation der Deutschen Postbank Gruppe im Geschäftsjahr 2008 deutlich beeinträchtigt. Das im relativen Vergleich konservative Risikoprofil der Deutschen Postbank Gruppe mit dem Schwerpunkt auf einem gut diversifizierten Retailportfolio hat 2008 nicht verhindern können, dass sowohl auf der Kreditseite als auch auf der Marktpreisrisikoseite erhebliche Belastungen zu verzeichnen waren. Trotz der bereits ergriffenen Maßnahmen zur Reduzierung von Kapitalmarktbeständen und -risiken bleiben angesichts des angespannten Marktumfelds erhebliche Risikopotenziale bestehen. Die von dem Postbank-Portfolio an strukturierten Kreditprodukten ausgehenden Risiken werden systematisch und intensiv im Hinblick auf potenzielle Ausfälle analysiert und im Rahmen einer eigenständigen Projektstruktur laufend überwacht und gesteuert. Das gesamte Portfolio wird regelmäßigen Impairmenttests unterzogen. Aufgrund der anhaltenden Verwerfungen an den Kapitalmärkten und der deutlichen Eintrübung der konjunkturellen Entwicklung geht die Deutsche Postbank Gruppe im Jahresverlauf von weiteren Belastungen aus.

Im Kundenkreditgeschäft können die rezessiven Tendenzen und der damit verbundene Abschwung an den Immobilienmärkten zu steigenden Ausfallraten führen. Dies gilt in besonderem Maße für

die gewerblichen Immobilienfinanzierungen in einigen Auslandsmärkten, bei denen von einem weiterhin herausfordernden Marktumfeld auszugehen ist. Bislang sind in dem Portfolio jedoch nur sehr vereinzelt Signale für mögliche Zahlungsstörungen erkennbar. Die entsprechenden Bestände werden eng überwacht, so dass im Bedarfsfall frühzeitig Maßnahmen zur Risikobegrenzung ergriffen werden können.

Die Kreditbestände im Privatkundengeschäft weisen überwiegend eine gute Besicherung auf und haben zudem eine hohe Granularität. Derzeit sind aus Kreditrisikosicht, trotz der deutlichen Eintrübung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, insgesamt noch keine Auffälligkeiten erkennbar. Mit zunehmender Intensität und Dauer der rezessiven Entwicklung sind potenzielle Rückwirkungen auf die Kreditnehmer nicht auszuschließen.

Die Liquiditätssituation der Deutschen Postbank Gruppe ist aufgrund der vergleichsweise stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen solide. Angesichts der massiven Vertrauenskrise und der immer noch sehr begrenzten Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarkts greift auch die Deutsche Postbank Gruppe auf die umfangreichen Refinanzierungsmöglichkeiten der Zentralbank zurück. Bestandsgefährdende Risiken aus den dargestellten relevanten Risikoarten waren und sind bei der Deutschen Postbank Gruppe nicht erkennbar.

Derivative Finanzinstrumente

Die Deutsche Postbank Gruppe setzt derivative Finanzgeschäfte zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt. Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisen-Swaps, Zins-/Währungs-Swaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zins-Swaps, Forward Rate Agreements sowie Zins-Futures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexfutures abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) wurden in geringem Umfang abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDO. Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten. Die Zeitwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen ermittelt. Nach dem wirtschaftlichen Zweck setzt sich der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten wie folgt zusammen:

Derivative Finanzinstrumente

Mio €	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Derivate des Handelsbestandes	518.853	665.517	5.427	15.853	5.593	16.987
Hedging-Derivate	34.052	46.557	421	474	873	2.693
Gesamt	552.905	712.074	5.848	16.327	6.466	19.680

Im Folgenden sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen Termin- und Optionsgeschäfte der Deutschen Postbank Gruppe dargestellt.

Termin- und Optionsgeschäfte der Deutschen Postbank Gruppe

Mio €	2007 Fair Value			2008 Fair Value		
	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
Derivate des Handelsbestandes						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermingeschäfte (Forwards)	2.273	35	50	4.858	168	106
Devisen-Swaps	22.518	202	270	32.129	907	859
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	24.791	237	320	36.987	1.075	965
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zins-Swaps	469.220	5.142	5.046	601.810	14.405	15.034
Cross-Currency Swaps	146	4	5	384	59	10
FRA	5.723	–	2	12.028	18	11
OTC-Zinsoptionen	673	1	1	866	3	3
Sonstige zinsgebundene Verträge	871	3	2	117	1	1
Börsengehandelte Produkte						
Zins-Futures	9.893	–	–	4.938	–	–
Zins-Options	490	1	–	–	–	–
Gesamtbestand Zins-Derivate	487.016	5.151	5.056	620.143	14.486	15.059
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktienoptionen (long/short)	453	10	66	337	20	11
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexfutures	117	–	–	5	–	–
Aktien-/Indexoptionen	259	2	1	25	1	–
Gesamtbestand aktien-/indexbezogene Derivate	829	12	67	367	21	11
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	6.217	27	150	8.020	271	952
Gesamtbestand Kreditderivate	6.217	27	150	8.020	271	952
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestandes	518.853	5.427	5.593	665.517	15.853	16.987
davon Derivate des Bankbuches	15.416	131	330	29.051	459	1.576
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair Value Option	12.767	141	308	24.994	185	772
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zins-Swaps	32.560	410	621	41.967	346	2.641
Cross-Currency Swaps	1.338	10	252	1.068	117	51
Credit Default Swaps	154	1	–	169	11	1
Sonstige zinsgebundene Verträge	–	–	–	3.353	–	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	34.052	421	873	46.557	474	2.693
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	552.905	5.848	6.466	712.074	16.327	19.680

Die Restlaufzeiten der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zeigen sich wie folgt:

Restlaufzeiten

Mio €	Hedging-Derivate				Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs			
	2007		2008		2007		2008	
	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
Bis 3 Monate	45	138	113	391	316	508	4.736	5.251
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5	39	60	32	144	211	356	401
Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	18	131	54	58	147	233	404	467
Mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	15	67	8	139	205	201	456	537
Mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	7	29	9	162	197	193	659	788
Mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	23	69	12	178	270	336	958	1.310
Mehr als 5 Jahre	308	400	218	1.733	4.148	3.911	8.284	8.233
	421	873	474	2.693	5.427	5.593	15.853	16.987

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

Kontrahentengliederung

Mio €	2007		2008	
	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
Banken in der OECD	5.720	6.132	15.994	18.769
Öffentliche Stellen in der OECD	–	–	–	–
Sonstige Kontrahenten in der OECD	117	250	305	564
Nicht OECD	11	84	28	347
	5.848	6.466	16.327	19.680

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bilanziert werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

Buchwert – Zeitwert

Mio €	2007		2008	
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
Aktiva				
Barreserve	3.352	3.352	3.417	3.417
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	24.581	24.510	20.368	20.176
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	85.159	85.414	96.281	99.667
Forderungen an Kunden (Held to Maturity)	456	456	340	340
Risikovorsorge	–1.184	–1.184	–1.232	–1.232
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	26.600	25.922	66.859	67.754
Finanzanlagen (Held to Maturity)	730	731	186	186
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61.146	60.935	64.523	64.209
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	110.740	110.335	117.336	117.873
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	15.161	14.753	22.078	20.496

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr. Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis des Bilanzstichtages ermittelt. Liegt kein liquider Markt vor, wird der Fair Value durch anerkannte Bewertungsverfahren bestimmt. Die eingesetzten Bewertungsmodelle berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwenden Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag resultieren. Die im Rahmen der Barwertmethode verwendeten Zahlungsströme basieren auf den Vertragsdaten der Finanzinstrumente.

51.2 Risiken und Finanzinstrumente des übrigen Konzerns

Risikomanagementsystem

Aufgrund seiner operativen Geschäftstätigkeit sieht sich der Konzern mit Finanzrisiken konfrontiert, die aus der Änderung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Zinssätzen entstehen können. Zur Steuerung dieser Finanzrisiken werden neben originären Finanzinstrumenten auch Derivate eingesetzt. Die Nutzung von Derivaten erfolgt ausschließlich zur Begrenzung originärer Finanzrisiken, der Einsatz von Derivaten zu spekulativen Zwecken wird durch die internen Konzern-Richtlinien ausdrücklich verboten.

Änderungen von Wechselkursen, Zinssätzen oder Rohstoffpreisen können zu signifikanten Schwankungen der Marktwerte der eingesetzten Derivate führen. Diese Marktwertschwankungen sollten nicht isoliert von den gesicherten Grundgeschäften betrachtet werden, da Derivate und Grundgeschäfte hinsichtlich ihrer gegenläufigen Wertentwicklung eine Einheit bilden.

Die für den Einsatz von Derivaten erforderlichen Handlungsrahmen, Verantwortlichkeiten und Kontrollen sind in den internen Richtlinien des Konzerns eindeutig geregelt. Für die Erfassung, Bewertung und Abwicklung der Finanztransaktionen kommt eine geeignete Risikomanagement-Software zum Einsatz, mit der auch die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen regelmäßig kontrolliert wird. Zur Begrenzung des Kontrahentenrisikos, das aus dem Abschluss von Finanztransaktionen entstehen kann, sind als Geschäftspartner nur Banken erstklassiger Bonität zugelassen. Jedem Kontrahenten wird ein individuelles Kontrahentenlimit zugeordnet, dessen Ausschöpfung regelmäßig überprüft wird. Der Konzernvorstand wird intern in regelmäßigen Abständen über die existierenden Finanzrisiken und die zur Risikosteuerung eingesetzten Sicherungsgeschäfte informiert. Die externe Bilanzierung der genutzten Finanzinstrumente erfolgt gemäß IAS 39.

Liquiditätsmanagement

Die Liquidität wird im Konzern so weit wie möglich zentral gesteuert, um die ständige Versorgung der Konzerngesellschaften mit ausreichender Liquidität sicherzustellen. Liquiditätsreserven bestehen einerseits in Form fest zugesagter bilateraler Kreditlinien von Banken in Höhe von 3,1 Mrd € (Vorjahr: 4,2 Mrd €). Weiterhin verfügt der Konzern über ein Commercial-Paper-Programm in Höhe von 1 Mrd €. Dadurch stehen dem Konzern auch zukünftig hinreichende finanzielle Mittel zur Finanzierung notwendiger Investitionen zur Verfügung.

Die Fälligkeitsstruktur der originären finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IFRS 7 basierend auf Cashflows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse – Restlaufzeiten

Mio €						
	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2008						
Finanzschulden	126	543	457	906	145	2.020
Andere Verbindlichkeiten	0	64	11	15	15	109
Langfristige Verbindlichkeiten	126	607	468	921	160	2.129
Finanzschulden	780	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.980	0	0	0	0	0
Andere Verbindlichkeiten	377	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6.137	0	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2007						
Finanzschulden	189	371	448	319	851	2.275
Andere Verbindlichkeiten	0	106	10	14	9	85
Langfristige Verbindlichkeiten	189	477	458	333	860	2.360
Finanzschulden	928	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.210	0	0	0	0	0
Andere Verbindlichkeiten	355	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6.493	0	0	0	0	0

Cashflows, die nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 7 fallen, wurden nicht in der Tabelle aufgeführt.

Aus derivativen Finanzinstrumenten resultieren sowohl Ansprüche als auch Verpflichtungen. Die vertragliche Gestaltung legt fest, ob diese Ansprüche und Verpflichtungen miteinander ver-

rechnet werden und damit zu einem Nettoausgleich führen oder ob beide Vertragsparteien ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen haben (Bruttoausgleich). Die Fälligkeitsstruktur der Zahlungen aus derivativen Finanzinstrumenten stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse – Restlaufzeiten

Mio €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2008						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-4.332	-111	-43	-50	-21	-153
Cash Inflow	4.763	128	54	56	21	180
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	40	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-5.461	-72	-69	-47	-12	-193
Cash Inflow	4.914	52	51	35	9	123
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-13	0	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2007						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-1.685	-16	-15	-15	-16	-160
Cash Inflow	1.730	16	16	16	16	191
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	7	2	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-1.810	-116	-185	-113	-91	-212
Cash Inflow	1.739	97	166	94	77	180
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-6	-7	0	0	0	0

Währungsrisiko und Währungsmanagement

Durch seine globalen operativen Geschäftsaktivitäten entstehen für den Konzern Währungsrisiken sowohl aus geplanten, als auch aus gebuchten Transaktionen in Fremdwährung. Alle Fremdwährungsrisiken werden im Konzern-Treasury zentral erfasst und gesteuert. Zu diesem Zweck melden alle Konzerneinheiten ihre Fremdwährungsrisiken an das Treasury, wo aus diesen Daten die Nettoposition je Währung ermittelt und gegebenenfalls extern abgesichert wird. Zur Risikosteuerung werden Devisentermingeschäfte, -Swaps und Devisenoptionen eingesetzt. Der Nominalwert der ausstehenden Devisentermingeschäfte und -Swaps betrug zum Bilanzstichtag 10.531 Mio € (Vorjahr: 3.745 Mio €). Der entsprechende Marktwert belief sich auf -101 Mio € (Vorjahr: -31 Mio €). Diese Transaktionen wurden zur Absicherung geplanter und gebuchter operativer Risiken und zur Absicherung interner und externer Finanzierungen und Anlagen eingesetzt. Auf die Anwendung von Fair Value Hedge Accounting wird im Wesentlichen verzichtet.

Außerdem existierten zur Absicherung von operativen Währungsrisiken und Risiken aus Investitionstätigkeit Devisenoptionen mit einem Nominalwert von 460 Mio € (Vorjahr: 460 Mio €) und einem Marktwert von 11 Mio € (Vorjahr: -11 Mio €). Zur Absicherung langfristiger Fremdwährungsfinanzierungen bestanden außer-

dem Cross-Currency Swaps mit einem Nominalwert von 269 Mio € (Vorjahr: 299 Mio €) und einem Marktwert von -28 Mio € (Vorjahr: -12 Mio €).

Fremdwährungsrisiken, die aus der Umrechnung von Vermögenswerten und Schulden ausländischer Unternehmenseinheiten in die Konzernwährung resultieren (Translationsrisiken) waren zum 31. Dezember 2008 nicht gesichert.

Die Bestimmung der Marktwerte für Devisentermingeschäfte erfolgte auf Basis von aktuellen Marktkursen unter Berücksichtigung von Terminauf- und -abschlägen. Die Devisenoptionen wurden mittels des Optionspreismodells von Black-Scholes bewertet. Von den zum 31. Dezember 2008 nach IAS 39 im Eigenkapital erfassten unrealisierten Gewinnen aus währungsbezogenen Derivaten werden voraussichtlich 77 Mio € (Vorjahr: -17 Mio €) im Verlauf des Jahres 2009 ergebniswirksam.

IFRS 7 fordert eine Sensitivitätsanalyse, welche Auswirkungen von hypothetischen Änderungen der Wechselkurse am Bilanzstichtag auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung und das Eigenkapital untersucht. Dabei werden die hypothetischen Wechselkursänderungen auf den Bestand der Finanzinstrumente, welche nicht in ihrer funktionalen Währung denominiert und monetärer Art sind, bezogen. Es wird unterstellt, dass der Bestand am Bilanzstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist.

Die Auswirkungen hypothetischer Wechselkursänderungen auf das Translationsrisiko fallen nicht in den Anwendungsbereich von IFRS 7. Folgende Annahmen werden der Sensitivitätsanalyse zugrunde gelegt:

Originäre monetäre Finanzinstrumente von Konzerngesellschaften sind entweder unmittelbar in funktionaler Währung denominated oder das Währungsrisiko wurde zu den von der Deutsche Post AG garantierten Währungskursen an die Deutsche Post AG transferiert. Währungskursbedingte Änderungen haben daher keinen Einfluss auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung und das Eigenkapital der Konzerngesellschaften. Vereinzelt können Konzerngesellschaften aus rechtlichen Gründen nicht am Inhouse-Banking teilnehmen. Diese Gesellschaften sichern ihr Währungsrisiko aus originären monetären Finanzinstrumenten mit der Deutsche Post AG durch den Einsatz von Derivaten. Die internen Derivate werden im Konzern konsolidiert. Das auf Konzernebene verbleibende Risiko wird bei Kalkulation der Nettoposition berücksichtigt.

Hypothetische Wechselkursänderungen haben einen erfolgswirksamen Einfluss auf die Marktwerte der externen Derivate der Deutsche Post AG und auf die Fremdwährungsergebnisse aus der Stichtagsbewertung der auf fremde Währung lautenden Inhouse-Bank-Salden, Salden von externen Bankkonten und internen und externen Darlehen der Deutsche Post AG. Weiterhin haben hypothetische Wechselkursänderungen Auswirkungen auf das Eigenkapital und auf die Marktwerte der Derivate, die zur Sicherung von bilanzunwirksamen festen Verpflichtungen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden künftigen Fremdwährungstransaktionen – Cashflow Hedges – abgeschlossen worden sind.

Eine Aufwertung des EUR gegenüber sämtlichen Währungen zum 31. Dezember 2008 um 10 % hätte eine Veränderung des Ergebnisses um –1 Mio € (Vorjahr: –8 Mio €) zur Folge gehabt. Im Wesentlichen resultieren diese hypothetischen Ergebnisauswirkungen aus den Währungssensitivitäten des EUR gegenüber SGD mit –15 Mio € (Vorjahr: –2 Mio €), gegenüber USD mit 3 Mio € (Vorjahr: –18 Mio €), gegenüber BHD mit 3 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) und gegenüber CNY 5 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €). Eine Abwertung des EUR würde zu annähernd gegenläufigen Sensitivitäten führen.

Die im Eigenkapital bilanzierte Hedge-Rücklage hätte sich bei einer Aufwertung des EUR um 10 % um 17 Mio € (Vorjahr: –25 Mio €) verändert. Die hypothetische Eigenkapitalveränderung resultiert im Wesentlichen aus Währungssensitivitäten des EUR gegenüber USD mit –48 Mio € (Vorjahr: –76 Mio €), gegenüber GBP mit 18 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €) und gegenüber JPY mit 13 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €). Eine Abwertung würde sich in Höhe von –11 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €) auf das Eigenkapital auswirken.

Rohstoffpreisrisiko

Aus dem Einkauf von Treibstoffen und Heizöl entstehende Rohstoffpreis-Risiken werden über Zuschläge und Vertragsklauseln überwiegend an die Kunden weitergegeben. Wie im Vorjahr bestanden zum Stichtag keine zusätzlichen Sicherungen mit Derivaten.

Zinsrisiko und Zinsmanagement

Die wichtigste primäre Verschuldungswährung des Konzerns ist der Euro. Mittels derivativer Finanzinstrumente wird jedoch ein Teil davon in Fremdwährungen getauscht, um den jeweiligen Liquiditätsbedarf der operativen Gesellschaften zu decken. Berücksichtigt man diese Geschäfte, lag der Anteil des Euros an der Finanz-

verschuldung des Konzerns bei 55 % (Vorjahr: 51 %), der Anteil des US-Dollars betrug 40 % (Vorjahr: 18 %). Der Anstieg des US-Dollar-Anteils ist auf den erhöhten Finanzbedarf der amerikanischen Tochtergesellschaften zurückzuführen.

Die Marktwerte der Zinssicherungsgeschäfte wurden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt, dafür wird das im Konzern-Treasury eingesetzte Risk-Management-System verwendet.

Zum 31. Dezember 2008 bestanden Zins-Swaps mit einem Nominalvolumen von 1.197 Mio € (Vorjahr: 1.209 Mio €). Der Marktwert dieser Zins-Swap-Position betrug –8 Mio € (Vorjahr: –24 Mio €). Wie im Vorjahr existierten zum Stichtag keine Zinsoptionsgeschäfte.

Der Konzern hat den Anteil von Instrumenten mit kurzfristiger Zinsbindung im Verlauf des Jahres 2008 leicht reduziert. Insgesamt ist das Verhältnis von Instrumenten mit kurz- und langfristiger Zinsbindung aber weiterhin recht ausgeglichen positioniert. Der Einfluss einer Zinsveränderung auf die Finanzlage des Konzerns ist weiterhin unmaßgeblich.

Zur Darstellung der Zinsänderungsrisiken gemäß IFRS 7 wird die Sensitivitätsanalyse herangezogen. Mit dieser Methode können die Effekte aus hypothetischen Marktzinsänderungen auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen und auf das Eigenkapital zum Stichtag ermittelt werden. Folgende Annahmen liegen der Sensitivitätsanalyse zugrunde:

Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente unterliegen einem Zinsänderungsrisiko und sind deshalb in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen. Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente, die mittels Cashflow Hedging in festverzinsliche Finanzinstrumente transformiert wurden, werden nicht einbezogen. Marktzinsänderungen wirken sich bei derivativen Finanzinstrumenten, die zur Sicherung von zinsbedingten Zahlungsschwankungen abgeschlossen wurden (Cashflow Hedging), durch Marktwertänderungen auf das Eigenkapital aus und sind deshalb im Rahmen der Sensitivitätsanalyse zu berücksichtigen. Alle festverzinslichen und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente unterliegen keinem Zinsänderungsrisiko.

Designierte Fair Value Hedges zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken werden in die Analyse nicht einbezogen, da sich die zinsbedingten Wertänderungen des Grundgeschäfts und des Sicherungsgeschäfts nahezu vollständig für die Periode in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgleichen. Lediglich der variable Teil des Sicherungsinstruments hat Auswirkungen auf das Finanzergebnis und ist in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen.

Zinsderivate, die nicht Bestandteil einer Sicherungsbeziehung waren und die aufgrund von Marktzinsänderungen Auswirkungen auf das Finanzergebnis hätten, waren zum 31. Dezember 2008 nicht anzusetzen.

Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2008 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, hätte sich das Ergebnis um 12 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €) verringert. Eine Absenkung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte hätte den gegenläufigen Effekt zur Folge gehabt. Eine Veränderung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte hätte Auswirkungen auf die im Eigenkapital bilanzierten Marktwerte der Zinsderivate. Eine Zinserhöhung hätte zu unrealisierten Gewinnen im Eigenkapital von 38 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €) geführt und eine Absenkung hätte den gegenläufigen Effekt gehabt.

Kreditrisiko

Ein Kreditrisiko besteht für den Konzern dahingehend, dass Vertragspartner ihren Verpflichtungen aus operativer Geschäftstätigkeit und aus Finanztransaktionen nicht nachkommen. Zur Minimierung des Kreditrisikos aus Finanztransaktionen werden nur Geschäfte mit Vertragspartnern erstklassiger Bonität abgeschlossen. Jedem Vertragspartner wird ein individuelles Limit zugewiesen, dessen Ausschöpfung regelmäßig überwacht wird. An den Bilanzstichtagen wird geprüft, ob aufgrund der Bonität der einzel-

nen Kontrahenten ein Impairment auf die positiven Marktwerte notwendig ist. Zum 31. Dezember 2008 war dies bei keinem Kontrahenten der Fall.

Im operativen Geschäft werden die Ausfallrisiken fortlaufend überwacht. Der Gesamtbetrag der Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte stellt das maximale Ausfallrisiko dar. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 5.591 Mio € (Vorjahr: 6.377 Mio €) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Überfälligkeiten bei Forderungen:

Mio €	Buchwert vor Wertminderung	Zum Abschlussstag weder wertgemindert noch fällig	Zum Abschlussstichtag überfällig und nicht wertgemindert						
			Weniger als 30 Tage	31–60 Tage	61–90 Tage	91–120 Tage	121–150 Tage	151–180 Tage	> 180 Tage
Zum 31. Dezember 2008									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.788	3.594	1.196	401	125	63	31	17	32
Zum 31. Dezember 2007									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.595	4.373	1.168	361	152	80	43	28	65

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt.

Mio €	2007	2008
Bruttoforderungen		
Anfangsstand 1. Januar	6.651	6.595
Veränderungen	-56	-807
Endstand 31. Dezember	6.595	5.788
Wertberichtigungen		
Anfangsstand 1. Januar	-256	-218
Veränderungen	38	21
Endstand 31. Dezember	-218	-197
Bilanzwert 31. Dezember	6.377	5.591

Alle übrigen finanziellen Forderungen und Ausleihungen sind weder überfällig noch wertgemindert. Es wird von einer jederzeitigen Einbringlichkeit dieser Vermögenswerte ausgegangen.

Cashflow Hedges

Cashflow-Risiken aus zukünftigen operativen Fremdwährungsumsätzen und -aufwendungen werden im Konzern mit Devisentermingeschäften und -Swaps abgesichert. Die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte und -Swaps lagen zum Stichtag bei 74 Mio € (Vorjahr: –2 Mio €). Darüber hinaus bestanden zum Stichtag Devisenoptionsgeschäfte für operative Risiken mit einem Marktwert von 13 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €). Die gesicherten Grundgeschäfte werden 2009 erfolgswirksam.

Zur Absicherung von Währungsrisiken aus zukünftigen Leasingzahlungen und Annuitäten in fremder Währung wurden Devisentermingeschäfte abgeschlossen, deren Zeitwert zum Bilanzstichtag –26 Mio € (Vorjahr: –37 Mio €) betrug. Die Zahlungen aus den gesicherten Grundgeschäften erfolgen ratiertlich, letztmals in 2013.

Aus fest kontrahierten Flugzeugkäufen resultieren für den Konzern Cashflow-Risiken im Zusammenhang mit zukünftig zu leistenden Zahlungen in US-Dollar. Diese Risiken wurden mit Termin- und Optionsgeschäften abgesichert. Der Zeitwert dieser Cashflow Hedges zum 31. Dezember 2008 betrug –1 Mio € (Vorjahr: –11 Mio €) für die Devisenoptionen und 3 Mio € (Vorjahr:

–1 Mio €) für die Devisentermingeschäfte. Die Flugzeuge gehen in den Jahren 2009 und 2010 zu. Das Sicherungsergebnis wird mit den Anschaffungskosten verrechnet und mit Amortisation des Vermögenswerts erfolgswirksam erfasst.

Risiken aus festverzinslichen Fremdwährungsanlagen wurden mit synthetischen Zins-Währungs-Swaps gesichert und in festverzinsliche Euroanlagen transformiert. Diese synthetischen Zins-Währungs-Swaps mit einem Zeitwert zum Stichtag von 15 Mio € (Vorjahr: 26 Mio €) sichern das Währungsrisiko. Bei den Anlagen handelt es sich um interne Konzerndarlehen, die 2014 fällig werden.

Aus variabel verzinslichen Verbindlichkeiten bestehen für den Konzern Cashflow-Risiken. Zur Vermeidung dieser Risiken wurde ein Zins-Swap abgeschlossen, der das Zinsänderungsrisiko aus dem Grundgeschäft neutralisiert. Zum 31. Dezember 2008 hatte der betreffende Cashflow Hedge einen Marktwert in Höhe von –53 Mio € (Vorjahr: –15 Mio €). Die gesicherte Verbindlichkeit wird in 2037 fällig. Weiterhin wurde eine festverzinsliche Fremdwährungsverbindlichkeit mittels eines Zins-Währungs-Swaps in eine festverzinsliche Euro-Verbindlichkeit transformiert. Der Marktwert des Derivates betrug zum Bilanzstichtag –12 Mio € (Vorjahr: –7 Mio €).

51.3 Zusätzliche Angaben zu den im Konzern eingesetzten Finanzinstrumenten

Im Konzern werden Finanzinstrumente analog zu den jeweiligen Bilanzpositionen klassifiziert. Die folgende Übersicht zeigt eine Überleitung der Bilanzpositionen auf die Kategorien des IAS 39 und die jeweiligen Marktwerte:

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2008

Mio €

	Buchwert		Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39		
	Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
	Trading	Fair Value Option	Fortgeführte Anschaffungskosten		
	Fair Value	Fair Value	Fair Value		
AKTIVA					
Finanzanlagen	635				158
Sonstige langfristige Vermögenswerte	514	38			
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	8.715	353			
Finanzinstrumente	50				13
Flüssige Mittel und Zahlungsmittel-äquivalente	1.350				
Summe Aktiva	11.264	353	38	0	171
PASSIVA					
Langfristige Finanzschulden ¹⁾	–3.318				
Langfristige Andere Verbindlichkeiten	–367				
Kurzfristige Finanzschulden	–779				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	–4.980				
Kurzfristige Andere Verbindlichkeiten	–4.745	–504			
Summe Passiva	–14.189	–504	0	0	0

1) Die in den Finanzschulden enthaltenen Anleihen wurden teilweise als Grundgeschäft zum Fair Value Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt deshalb weder vollständig zum Fair Value noch zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Sonstige Finanzinstrumente außerhalb von IAS 39	Außerhalb von IFRS 7	Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
			Verbindlichkeiten aus Finance Lease		
Fortgeführte Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten		
406	10			61	574
55		51		370	144
5.917		122		2.323	6.392
37					50
1.350					1.350
7.765	10	173	0	2.754	8.510
-2.716			-499	-103	-3.293
-147		-103		-117	-250
-747			-32	0	-779
-4.980					-4.980
-485		-45		-3.711	-1.034
-9.075	0	-148	-531	-3.931	-10.336

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2007

Mio €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39			
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	
		Trading	Fair Value Option	Fortgeführte Anschaffungskosten	
		Fair Value	Fair Value	Fair Value	
AKTIVA					
Finanzanlagen	1.060			431	301
Sonstige langfristige Vermögenswerte	497		66		
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	9.806	25			
Forderungen und Wertpapiere aus Finanzdienstleistungen ²⁾	193.920	9.936	7.043	41.174	
Finanzinstrumente	72			19	
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	4.683				
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	615				
Summe Aktiva	210.653	9.961	7.109	41.624	301
PASSIVA					
Langfristige Finanzschulden ¹⁾	-8.625				
Langfristige Andere Verbindlichkeiten	-361				
Kurzfristige Finanzschulden	-1.556				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-5.384				
Verbindlichkeiten aus Finanzdienstleistungen	-187.787	-5.594			
Kurzfristige Andere Verbindlichkeiten	-5.101	-16			
Summe Passiva	-208.814	-5.610	0	0	0

1) Die in den Finanzschulden enthaltenen Anleihen wurden teilweise als Grundgeschäft zum Fair Value Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt deshalb weder vollständig zum Fair Value noch zu fortgeführten Anschaffungskosten.

2) Anpassung der Vorjahreszahl aufgrund der Restatements der Deutschen Postbank Gruppe, Textziffer 5

Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Sonstige Finanzinstrumente außerhalb von IAS 39	Außerhalb von IFRS 7	Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
			Verbindlichkeiten aus Finance Lease		
Fortgeführte Anschaffungskosten	Fortgeführte Anschaffungskosten	Fair Value	Fortgeführte Anschaffungskosten		
115	10			203	857
		28		403	94
6.679		26		3.076	6.730
134.160	1.186	421			193.493
52	1				72
4.683					4.683
565				50	565
146.254	1.197	475	0	3.732	206.494
-7.823			-551	-251	-8.403
-224		-97		-40	-337
-1.482			-74	0	-1.556
-5.384					-5.384
-181.320		-873			-186.763
-510		-44		-4.531	-570
-196.743	0	-1.014	-625	-4.822	203.013

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag bestimmt. Die eingesetzte Methode berücksichtigt die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente und verwendet Bewertungsparameter, die aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag abgeleitet werden. Die beizulegenden Zeitwerte von sonstigen langfristigen Forderungen sowie von bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen mit Restlaufzeiten über einem Jahr entsprechen den Barwerten der mit den Vermögenswerten verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Zinsparameter.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar.

In den als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifizierten Finanzanlagen sind in Höhe von 158 Mio € (Vorjahr: 301 Mio €) Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften enthalten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelt werden kann. Die Anteile dieser Gesellschaften sind nicht an einem aktiven Markt notiert, daher werden sie zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Es ist nicht geplant, von den zum 31. Dezember 2008 ausgewiesenen zur Veräußerung verfügbaren, finanziellen Vermögenswerten wesentliche Anteile in naher Zukunft zu veräußern. Im Geschäftsjahr wurden keine wesentlichen zu Anschaffungskosten bewerteten Anteile veräußert. Im Vorjahr wurden Anteile in Höhe von 68 Mio € mit einem Veräußerungsverlust von 3 Mio € verkauft.

In den Geschäftsjahren 2008 und 2007 wurden keine Vermögenswerte reklassifiziert.

Die Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten, gegliedert nach den einzelnen Bewertungskategorien des IAS 39, stellen sich wie folgt dar:

Nettoergebnisse der Bewertungskategorien

Mio €	2007	2008
Ausleihungen und Forderungen	175	214
Bis zur Endfälligkeit zu haltende finanzielle Vermögenswerte	0	0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		
Trading	-375	-181
Fair Value Option	-20	18
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	-110	-26

Die Nettoergebnisse berücksichtigen im Wesentlichen Effekte aus den Wertberichtigungen, der Fair-Value-Bewertung und aus der Veräußerung (Veräußerungsgewinne/-verluste). Bei den erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten wurden keine Dividenden und Zinsen berücksichtigt. Angaben zum Nettoergebnis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte erfolgen unter [Textziffer 40](#). Erträge und Aufwendungen aus Zinsen und Provisionsvereinbarungen der nicht erfolgswirksam zum Marktwert bewerteten Finanzinstrumente werden in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt.

52 Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten des Konzerns belaufen sich auf insgesamt 1.828 Mio € (Vorjahr angepasst: 645 Mio €; die auf die Deutsche Postbank Gruppe entfallenden Werte werden unter [Textziffer 38](#) ausgewiesen). Von den Eventualverbindlichkeiten betreffen 84 Mio € Bürgschaftsverpflichtungen (Vorjahr angepasst: 100 Mio €) sowie 87 Mio € Verpflichtungen aus Prozessrisiken (Vorjahr: 204 Mio €). Ein Anstieg ist in den übrigen Eventualverbindlichkeiten (1.378 Mio €, Vorjahr: 112 Mio €) zu verzeichnen, der im Wesentlichen aus der Berücksichtigung eines weiteren formalen Beihilfeverfahrens resultiert, siehe hierzu [Textziffer 54](#) „Rechtsverfahren“.

53 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 7.274 Mio € (Vorjahr: 7.041 Mio €) aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen gemäß IAS 17.

Die künftigen unkündbaren Leasingverpflichtungen des Konzerns entfallen auf folgende Anlageklassen:

Mio €	2007	2008
Grundstücke und Bauten	6.310	6.452
Technische Anlagen und Maschinen	164	68
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	96	49
Transportmittel	306	501
Flugzeuge	165	194
Sonstiges	0	10
Leasingverpflichtungen	7.041	7.274

Der Anstieg der Leasingverpflichtungen resultiert aus den abgeschlossenen Rückmietverträgen für Anteile des Immobilienpakets, das an den Investor Lone Star verkauft wurde. Die Leasingverpflichtungen enthalten mit 404 Mio € künftige Leasingverpflichtungen aus dem Express-us-Bereich, die in den Restrukturierungsrückstellungen als belastende Verträge passiviert worden sind. Weiterhin ist die Deutsche Postbank Gruppe mit 139 Mio € (Vorjahr: 156 Mio €) in den Leasingverpflichtungen enthalten.

Mio €	2007	2008
Im 1. Jahr nach Bilanzstichtag	1.285	1.452
Im 2. Jahr nach Bilanzstichtag	1.069	1.174
Im 3. Jahr nach Bilanzstichtag	871	994
Im 4. Jahr nach Bilanzstichtag	700	717
Im 5. Jahr nach Bilanzstichtag	561	533
Ab dem 6. Jahr nach Bilanzstichtag	2.555	2.404
Fälligkeitsstruktur der Mindestleasingzahlungen	7.041	7.274

Der Barwert der abgezinsten Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 5.554 Mio € (Vorjahr: 5.326 Mio €). Dabei wurde ein Abzinsungsfaktor von 6,00 % (Vorjahr: 5,75 %) zugrunde gelegt. Insgesamt sind Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 2.389 Mio € (Vorjahr angepasst: 2.322 Mio €) entstanden, davon entfallen 1.735 Mio € (Vorjahr angepasst: 1.685 Mio €) auf unkündbare Miet- und Leasingverträge. Die künftigen Leasingverpflichtungen aus unkündbaren Verträgen entfallen im Wesentlichen auf die Deutsche Post Immobilien GmbH mit 3.006 Mio € (Vorjahr: 2.468 Mio €).

Das Bestellobligo für Investitionen in langfristige Vermögenswerte betrug 150 Mio € (Vorjahr: 332 Mio €).

54 Rechtsverfahren

Als Marktführer unterliegen viele Dienstleistungen der Deutsche Post AG der sektorspezifischen Regulierung nach dem Postgesetz. Die Regulierungsbehörde genehmigt bzw. überprüft insbesondere Entgelte, gestaltet Bedingungen des Zugangs zu Teilleistungen und übt die allgemeine Missbrauchskontrolle aus. Aus den daraus resultierenden Verfahren können sich Umsatz- und Ergebniseinbußen ergeben.

Rechtliche Risiken resultieren unter anderem aus einer verwaltungsgerichtlich anhängigen Klage gegen die Entscheidung der Regulierungsbehörde vom Juli 2002 über die Rahmenbedingungen des Price-Cap-Verfahrens, aus den Klagen gegen die Preisgenehmigungsentscheidungen im Rahmen des Price-Cap-Verfahrens für die Jahre 2003, 2004 und 2008 sowie gegen weitere Entgeltgenehmigungsentscheidungen der Regulierungsbehörde.

Aufgrund einer Beschwerde des Deutschen Verbands für Post und Telekommunikation wegen des Vorwurfs überhöhter Briefentgelte ist ein Wettbewerbsverfahren vor der Europäischen Kommission anhängig. Im Rahmen dieses Verfahrens hat die Deutsche Post AG detailliert ihre Auffassung dargelegt, dass die Porti in ihrer Höhe angemessen sind.

Die Deutsche Post AG ist dazu verpflichtet, Kunden und Wettbewerbern Zugang zu Teilleistungen aufgrund regulatorisch festgesetzter Bedingungen zu gewähren. Gegen die entsprechenden Entscheidungen der Regulierungsbehörde sind weiterhin Verfahren vor den Verwaltungsgerichten anhängig. Daraus können sich je nach Ausgang der Verfahren weitere Umsatz- und Ergebniseinbußen ergeben. Zu der speziellen Problematik des Zugangs zu Teilleistungen für so genannte Konsolidierer hat der Europäische Gerichtshof am 6. März 2008 abschließend entschieden, dass der Zugang nach europäischem Recht gewährt werden muss. Die Deutsche Post AG hatte den Konsolidierern aufgrund einer vollziehbaren Anordnung des Bundeskartellamts bereits seit 2005 den Zugang eingeräumt. Mit Auslaufen der Exklusivlizenz stellt sich die Zugangsproblematik insoweit nicht mehr.

Ein von der Monopolkommission erhobener Vorwurf ist Gegenstand von Auskunftersuchen, die die EU-Kommission auf Beschwerde eines Dritten an die Bundesregierung richtete. Der Vorwurf lautet, dass die Deutsche Post AG der Deutsche Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfeverbot des EG-Vertrags verstoße. Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sind der Auffassung, dass dieser Vorwurf nicht zutreffend ist und dass das von der Deutsche Postbank AG entrichtete Entgelt den wettbewerbs- und beihilferechtlichen Vorgaben des EU-Rechts entspricht. Die EU-Kommission bat die Bundesrepublik Deutschland auch um eine Stellungnahme zu dem 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutsche Postbank AG an die Deutsche Post AG. Allerdings hatte die EU-Kommission den Erwerb der Deutsche Postbank AG bereits im Rahmen des Beihilfeverfahrens untersucht, das mit Entscheidung vom 19. Juni 2002 abgeschlossen wurde. Damals war sie ausdrücklich zu dem Ergebnis gelangt, dass der Erwerb der Postbank „ohne jede staatliche Beihilfe“ erfolgte.

Die Bundesregierung hat gegenüber der EU-Kommission dargelegt, dass die Vorwürfe ihrer Auffassung nach unbegründet sind. Dennoch lässt sich für beide im Zusammenhang mit dem Auskunftersuchen stehenden Vorwürfe nicht gänzlich ausschließen, dass die EU-Kommission einen Beihilfetatbestand bejahen wird.

Am 12. September 2007 hat die EU-Kommission ein förmliches Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Darin wird untersucht, ob die Bundesrepublik Deutschland die Kosten der von der Deutsche Post AG bzw. ihrer Rechtsvorgängerin Deutsche Bundespost POSTDIENST in den Jahren 1989 bis 2007 erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert habe und ob dem Unternehmen dadurch eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei. Gemäß der Eröffnungsentscheidung will die Kommission alle in diesem Zeitraum erfolgten staatlichen Vermögenstransfers prüfen, ebenso die vom Staat übernommenen Bürgschaften, die gesetzlich eingeräumten Exklusivrechte, die Preisregulierung der Briefdienste und die staatliche Finanzierung von Beamtenpensionen. Untersucht werden soll zudem die Kostenzuordnung zwischen reguliertem Briefdienst, Universaldienst und Wettbewerbsdiensten innerhalb der Deutsche Post AG und ihrer Vorgängerin. Dies betrifft auch die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG sowie zwischen Deutsche Post AG und dem durch die DHL Vertriebs GmbH vermarkteten Geschäftskunden-Paketdienst.

Die Deutsche Post AG ist ebenso wie die Deutsche Postbank AG der Ansicht, dass die neue Untersuchung ohne jede Grundlage ist. Alle im Zuge der Privatisierung der Deutschen Bundespost erfolgten Vermögensübertragungen, die staatlichen Bürgschaften sowie die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen waren schon Gegenstand des Beihilfeprüfverfahrens, das durch Entscheidung vom 19. Juni 2002 beendet wurde. Darin wurden diese Maßnahmen nicht als rechtswidrige staatliche Beihilfen gewertet. Die Deutsche Post AG und die Deutsche Postbank AG sind weiter der Ansicht, dass die Exklusivrechte, die gesetzlich gewährt wurden, und die Briefpreise, die der Regulierung unterliegen, schon tatbestandlich nicht als staatliche Beihilfen eingeordnet werden können. Die Deutsche Post AG ist ferner der Auffassung, dass die internen Kostenverrechnungen mit ihren Tochtergesellschaften im Einklang mit den EU-Beihilferegeln sowie der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs stehen. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die EU-Kommission in dem Verfahren das Vorliegen einer rechtswidrigen Beihilfe bejaht.

Das Europäische Gericht erster Instanz (EuG) hat am 1. Juli 2008 geurteilt, dass die Entscheidung der EU-Kommission vom 19. Juni 2002 nichtig ist, in der die Deutsche Post AG zur Rückzahlung angeblich erhaltener Beihilfen verpflichtet wurde. Als Folge jener Entscheidung der EU-Kommission hatte die Deutsche Post AG im Januar 2003 insgesamt 907 Mio € (572 Mio € angebliche Beihilfe zzgl. Zinsen) an die Bundesrepublik Deutschland zahlen müssen, obwohl sie gegen die Entscheidung unverzüglich Rechtsmittel eingelegt hatte. Nach dem Urteil des EuG wurde dieser Betrag von der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls verzinst an die Deutsche Post AG zurückgezahlt; die Gesamtsumme in Höhe von 1.067 Mio € hat die Deutsche Post AG von der Bundesrepublik Deutschland am 1. August 2008 zurückerhalten.

Gegen das Urteil des EuG hat die EU-Kommission Berufung zum Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingelegt. Die Deutsche Post AG geht davon aus, dass die Berufung nur geringe Aussicht auf Erfolg hat. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass der EuGH der Berufung stattgibt, so dass das EuG neu entscheiden müsste. Trotz des andauernden Rechtsstreits könnte dadurch unter Umständen die Entscheidung der EU-Kommission aus 2002 wieder wirksam werden, so dass die infolge des Urteils des EuG vom 1. Juli 2008 zurückerlangte Gesamtsumme erneut an die Bundesrepublik zu zahlen wäre.

Mit ihrer Entscheidung vom 23. Juli 2008 hat die EU-Kommission das am 22. November 2006 eröffnete Prüfverfahren abgeschlossen, in dem es um mögliche staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit der Errichtung des europäischen Luftdrehkreuzes von DHL am Flughafen Leipzig/Halle ging. Darin kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass die öffentlichen Investitionen in Höhe von rund 350 Mio € für die neue Start- und Landebahn Süd mit europäischem Beihilferecht vereinbar sind. Gleichzeitig erklärt sie die durch das Land Sachsen zugunsten von DHL gegebenen finanziellen Garantien für unzulässig. Soweit es sich dabei um unrechtmäßig gewährte Beihilfen handelt, müssen sie nach Ansicht der EU-Kommission von DHL zurückgewährt werden. Gegen diese Entscheidung haben DHL, der Flughafen Leipzig/Halle und der Freistaat Sachsen Rechtsmittel zum EuG eingelegt. Weder die Unwirksamkeit der Haftungsregelungen noch die möglicherweise bestehende begrenzte Rückzahlungsverpflichtung werden sich auf das operative Tagesgeschäft von DHL auswirken.

Im Zusammenhang mit einer offiziellen Untersuchung der Festlegung von Zuschlägen und Entgelten in der internationalen Speditionsbranche gingen bei DHL Global Forwarding, wie auch bei allen anderen großen Unternehmen im Speditionsgewerbe, im Oktober 2007 ein Auskunftersuchen der Wettbewerbsdirektion der Europäischen Kommission, eine Vorladung der Kartellabteilung des US-Justizministeriums sowie Auskunftersuchen von Wettbewerbsbehörden anderer Jurisdiktionen ein. Im Januar 2008 wurde im Namen von Käufern von Speditionsleistungen eine Kartellsammelklage gegen die Deutsche Post AG und DHL am Bezirksgericht (New District Court) von New York angestrengt. Dieser Zivilprozess scheint sich darauf zu gründen, dass Kartelluntersuchungen im Gange sind, jedoch nicht auf ein bekanntes Ergebnis oder einen bezifferten Verlust. Der Konzern kann das Ergebnis der Untersuchungen oder die Chancen der Sammelklage nicht vorhersehen oder kommentieren, ist jedoch der Auffassung, dass das damit verbundene finanzielle Risiko begrenzt ist. Deshalb wurden keine Rückstellungen gebildet.

55 Aktienbasierte Vergütung

Aktienorientierte Vergütungssysteme für Führungskräfte (Aktienoptionsplan 2003)

Aufgrund des in der Hauptversammlung vom 5. Juni 2003 beschlossenen AOP 2003 werden aus dem früheren AOP 2000 keine Optionen mehr ausgegeben. Am 1. August 2003 wurden erstmals Optionen aus dem AOP 2003 ausgegeben (Tranche 2003). Die zweite Tranche (Tranche 2004) wurde am 1. Juli 2004 an die Führungskräfte ausgegeben. Die Ausgabe der dritten – und letzten – Tranche aus diesem Plan (Tranche 2005) erfolgte am 1. Juli 2005.

Der AOP 2003 sieht, neben der Erhöhung der insgesamt auszugebenden Aktienoptionen, eine Erweiterung des Kreises der Bezugsberechtigten und eine veränderte prozentuale Aufteilung der auszugebenden Aktienoptionen unter den verschiedenen Gruppen von Bezugsberechtigten vor. Für die Mitglieder des Vorstands und

Führungskräfte der Konzernführungsebene 2 ist für die Optionsgewährung ein Eigeninvestment in Aktien der Deutsche Post AG erforderlich. Kräfte der Konzernführungsebenen 3 und 4 erhalten Optionen, ohne eine Eigeninvestition tätigen zu müssen.

Aktienorientiertes Vergütungssystem

Stück	Stock-Appreciation-Rights (SAR) ¹⁾	
	Aktienoptionen	
Tranche 2003		
Vorstand	1.096.236	0
Weitere Führungskräfte	11.953.356	731.736
Tranche 2004		
Vorstand	841.350	0
Weitere Führungskräfte	8.486.946	1.116.374
Tranche 2005		
Vorstand	829.362	0
Weitere Führungskräfte	9.233.310	1.216.320

¹⁾ Aufgrund von rechtlichen Restriktionen wurden in einzelnen Ländern anstelle von Aktienoptionen SAR gewährt. Aufgrund des ermittelten Zeitwertes der SAR wurde den Rückstellungen in 2008 kein Betrag zugeführt (Vorjahr: 2 Mio €).

Die Aktienoptionen können frühestens nach Ablauf einer Wartezeit von drei Jahren nach dem jeweiligen Ausgabetag innerhalb eines Zeitraumes von 2 Jahren ausgeübt werden. Optionen können nur dann ausgeübt werden, wenn am Ende der Wartezeit ein absolutes bzw. ein relatives Erfolgsziel erreicht wird. Nach Ablauf des Ausübungszeitraums verfallen nicht ausgeübte Optionen.

Um zu ermitteln, ob und wie die Erfolgsziele erreicht sind, werden der Durchschnittskurs bzw. der Durchschnittsindex während zwei Zeiträumen (Referenzzeitraum = Ausübungspreis; Performancezeitraum = Endpreis) miteinander verglichen. Bei dem Referenzzeitraum handelt es sich um die 20 aufeinanderfolgenden Handelstage vor dem Ausgabetag. Der Performancezeitraum betrifft die letzten 60 Handelstage vor Ablauf der Wartezeit. Der Durchschnittskurs wird aus dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche Post Aktie im XETRA-Handel der Deutsche Börse AG ermittelt.

Das absolute Erfolgsziel ist abhängig von der Kursentwicklung der Deutsche Post Aktie und gilt als erreicht, wenn die Kurssteigerung der Deutsche Post Aktie (Endpreis dividiert durch Ausübungspreis) mindestens 10, 15, 20 bzw. 25 % beträgt. Das relative Erfolgsziel ist an die Kursentwicklung der Aktie im Verhältnis zu der des Dow Jones Euro STOXX Total Return Index gekoppelt. Das relative Erfolgsziel ist erreicht, wenn die Performance der Aktie während des o.g. Performancezeitraums der des Index entspricht bzw. sie um mindestens 10 % übersteigt.

Von je sechs Optionen können maximal vier über das absolute Erfolgsziel verdient werden und maximal zwei über das relative Erfolgsziel. Wird zum Ablauf der Wartezeit kein Erfolgsziel erreicht, verfallen die darauf entfallenden Optionen der entsprechenden Tranche ersatzlos. Jede Aktienoption berechtigt – je nach Entscheidung des Vorstands – zum Erwerb einer Aktie oder zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen Ausübungspreis und dem Durchschnittskurs der Deutsche Post Aktie während der letzten fünf Tage vor dem Ausübungstag.

Informationen zu den einzelnen Tranchen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Aktienoptionsplan 2003

Aktienoptionen	AOP 2003		
	Tranche 2003	Tranche 2004	Tranche 2005
Ausgabebetrag	1. August 2003	1. Juli 2004	1. Juli 2005
Gewährte Aktienoptionen	13.049.592	9.328.296	10.062.672
Gewährte SAR	731.736	1.116.374	1.216.320
Ausübungspreis	12,40€	17,00€	19,33€
Ablauf der Wartezeit	31. Juli 2006	30. Juni 2007	30. Juni 2008
Dividendenrendite Deutsche Post AG	2,55%	3,05%	3,22%
Dividendenrendite Dow Jones Euro STOXX Index	1,4%	1,7%	2,06%
Volatilität der Renditen der Deutsche Post AG-Aktie	39,3%	28,9%	17,07%
Volatilität der Renditen des Dow Jones Euro STOXX Index	32,1%	14,8%	10,10%
In Stück			
Ausstehende Optionen zum 1. Januar 2008	1.197.538	3.170.940	8.816.004
Ausstehende SAR zum 1. Januar 2008	117.124	267.980	695.076
Ausgeübte Optionen	1.133.452	411.824	0
Ausgeübte SAR	117.124	18.752	0
Verfallene Optionen	64.086	32.458	8.816.004
davon verfallen bis Ablauf der Wartezeit	0	0	191.208
davon verfallen durch Nichterreichen der Erfolgsziele	0	0	8.624.796
davon verfallen nach Ablauf der Wartezeit	64.086	32.458	0
Verfallene SAR	0	16.660	695.076
davon verfallen bis Ablauf der Wartezeit	0	0	13.032
davon verfallen durch Nichterreichen der Erfolgsziele	0	0	682.044
davon verfallen nach Ablauf der Wartezeit	0	16.660	0
Ausstehende Optionen zum 31. Dezember 2008	0	2.726.658	0
Ausstehende SAR zum 31. Dezember 2008	0	232.568	0
Ausübbar Optionen zum 31. Dezember 2008	0	2.726.658	0
Ausübbar SAR zum 31. Dezember 2008	0	232.568	0

Die nicht ausgeübten Optionen der Tranche 2003 sind nach Ablauf der Ausübungsperiode am 1. August 2008 ersatz- und entschädigungslos verfallen. Die Optionen der Tranche 2005 sind bereits nach Ablauf der Wartezeit, am 1. Juli 2008, ersatz- und entschädigungslos verfallen, weil die daran geknüpften absoluten und relativen Ziele nicht erreicht wurden.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der am 31. Dezember 2008 noch ausstehenden Aktienoptionen beträgt 0,5 Jahre. Der durchschnittlich gewichtete Ausübungspreis der im Geschäftsjahr ausgeübten Aktienoptionen der Tranchen 2003 und 2004 beträgt 13,63 € (Vorjahr: 14,28 €). Diese Optionen wurden mit einem durchschnittlich gewichteten Aktienkurs von 19,69 € (Vorjahr: 23,33 €) abgerechnet.

Seit dem Geschäftsjahr 2002 wird die Bewertung des AOP anhand finanzmathematischer Methoden auf der Grundlage von Optionspreismodellen (Fair-Value-Bewertung) vorgenommen. Der auf das Geschäftsjahr 2008 entfallende Aufwand für Optionen von 4 Mio € (Vorjahr: 14 Mio €) wurde als Personalaufwand ausgewiesen. Für SAR ist in 2008 kein Personalaufwand gebucht worden (Vorjahr: 2 Mio €). Weitere Angaben zu der aktienbasierten Vergütung der Vorstandsmitglieder finden sich unter [Textziffer 56](#).

SAR (Stock Appreciation Rights)-Plan 2006 für Führungskräfte und Long-Term Incentive Plan (LTIP 2006) für Vorstandsmitglieder

Der SAR-Plan 2006 löst den oben beschriebenen AOP 2003 ab, aus dem im Jahr 2005 letztmalig Optionen ausgegeben werden durften. Zum 3. Juli 2006 erhielten ausgewählte Führungskräfte SAR aus dem neu aufgelegten Plan. Danach erhalten die Führungskräfte die Möglichkeit, nach Erfüllung von anspruchsvollen Erfolgszielen innerhalb eines festgelegten Zeitraumes eine Barzahlung in Höhe der Differenz zwischen dem jeweiligen Schlusskurs der Deutsche Post Aktie des Vortages und dem festgelegten Ausgabepreis zu erhalten.

Für die SAR aus dem SAR-Plan 2006 und dem Long-Term-Incentive-Plan (LTIP 2006) für Vorstände wurde mit einem stochastischen Simulationsmodell ein Zeitwert ermittelt. Daraus ergab sich, dass für das Geschäftsjahr 2008 kein Aufwand gebucht werden musste (Vorjahr: 20,8 Mio €). Von den in den Vorjahren für diesen Zweck gebildeten Rückstellungen von insgesamt 35 Mio € wurden im Geschäftsjahr 2008 27 Mio € aufgelöst. Detailinformationen zum SAR-Plan 2006 bzw. LTIP 2006 finden sich im Corporate-Governance-Bericht, dessen Vergütungsbericht [ab Seite 116](#) gleichzeitig Bestandteil des Konzernlageberichts ist. Weitere Angaben zu der aktienbasierten Vergütung der Vorstandsmitglieder finden sich unter [Textziffer 56](#).

56 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

56.1 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und der Bundesrepublik Deutschland

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von dem Konzern beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – geordnet nach Geschäftsbereichen – verzeichnet. Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist beim Handelsregister des Amtsgerichts Bonn hinterlegt.

Die Deutsche Post AG und Deutsche Postbank AG unterhalten vielfältige Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und anderen von der Bundesrepublik Deutschland kontrollierten Unternehmen.

Der Bund ist Kunde der Deutsche Post AG und nimmt als solcher Dienste des Unternehmens in Anspruch. Die Geschäftsbeziehungen der Deutsche Post AG bestehen jeweils unmittelbar zu den einzelnen Behörden und sonstigen staatlichen Stellen als voneinander unabhängigen Einzelkunden; die diesen gegenüber erbrachten Leistungen sind jeweils nicht erheblich für die Gesamteinnahmen der Deutsche Post AG.

Beziehungen zur Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BanstPT)

Die Bundesrepublik Deutschland verwaltet ihren Aktienbesitz an der Deutsche Post AG und nimmt ihre Aktionärsrechte durch die rechtsfähige Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (Bundesanstalt) wahr, die der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen untersteht. Der Bundesanstalt sind nach dem Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (Bundesanstalt Post-Gesetz) bestimmte gesetzliche Aufgaben und Rechte übertragen, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Deutsche Post AG, der Deutsche Postbank AG und der Deutsche Telekom AG betreffen. Die Bundesanstalt führt darüber hinaus die Postbeamtenkrankenkasse, das Erholungswerk, die Versorgungsanstalt der Deutsche Bundespost (VAP) und das Betreuungswerk für Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG, die Deutsche Telekom AG und Bundesanstalt weiter. Die Koordinations- und Verwaltungsaufgaben werden auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen wahrgenommen. Im Jahr 2008 wurden der Deutsche Post AG für Leistungen der Bundesanstalt Abschlagszahlungen in Höhe von 64 Mio € (Vorjahr: 65 Mio €) und der Deutsche Postbank AG von 8 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) in Rechnung gestellt.

Beziehungen zum Bundesministerium der Finanzen

Zwischen dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und der Deutsche Post AG wurde im Geschäftsjahr 2001 eine Vereinbarung getroffen, die die Modalitäten der Abführung der Einnahmen der Deutsche Post AG aus der Erhebung der Ausgleichszahlung nach den Gesetzen über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen der Postwohnungsfürsorge regelt. Im Geschäftsjahr 2008 hat die Deutsche Post AG den Gesamtbetrag von rd. 0,68 Mio € für das Geschäftsjahr 2007 sowie rd. 0,60 Mio € an monatlichen Abschlagszahlungen für das Geschäftsjahr 2008 an den Bund abgeführt. Die Endabrechnung für das Geschäftsjahr 2008 erfolgt vereinbarungsgemäß bis zum 1. Juli 2009.

Mit Vertrag vom 30. Januar 2004 hat die Deutsche Post AG mit dem BMF eine Vereinbarung bezüglich der Überleitung von Beamten zu Bundesbehörden getroffen. Danach werden Beamte mit dem Ziel der Versetzung für 6 Monate abgeordnet und bei Bewährung anschließend versetzt. Die Deutsche Post AG beteiligt sich nach vollzogener Versetzung durch Zahlung eines Pauschalbetrages an der Kostenbelastung des Bundes. Für das Jahr 2008 ergaben sich hieraus 6 Versetzungen (Vorjahr: 33) und zwei Abordnungen mit dem Ziel der Versetzung (Vorjahr: 2).

Beziehungen zur Deutsche Telekom AG und deren verbundenen Unternehmen

Im Geschäftsjahr 2008 hat der Konzern für die Deutsche Telekom AG Waren und Dienstleistungen in Höhe von 0,35 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €) erbracht. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Beförderungsleistungen für Briefe und Paketsendungen. Im gleichen Zeitraum hat der Konzern für 0,4 Mrd € (Vorjahr: 0,4 Mrd €) Waren und Dienstleistungen (darunter IT-Produkte und Dienstleistungen) von der Deutschen Telekom erworben. Darüber hinaus besteht eine Rahmenkreditvereinbarung zwischen der Deutsche Telekom AG und der Deutsche Postbank AG in Höhe von 0,6 Mrd € (Vorjahr: 0,6 Mrd €). Im Jahr 2008 hat die Deutsche Telekom AG bei der Deutsche Postbank International s. A. Luxemburg zwei Schuldscheindarlehen in Höhe von jeweils 50 Mio € mit jeweiliger Laufzeit von 6 Jahren begeben.

Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.

Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. finden sich unter [☛ Textziffer 7](#).

Deutsche Post Pensionsfonds GmbH & Co. KG

Die Immobilien im rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentum des Deutsche Post Betriebsrenten Service e.V. (DPRS) bzw. der Deutsche Post Pensionsfonds GmbH & Co. KG, der Deutsche Post Betriebsrenten-Service e.V. & Co. Objekt Gronau KG sowie Deutsche Post Grundstücks Vermietungsgesellschaft beta mbH Objekt Leipzig KG mit einem Zeitwert von 1.041 Mio € (Vorjahr: 1.040 Mio €) werden ausschließlich an die Deutsche Post Immobilien GmbH vermietet. Der Mietaufwand der Deutsche Post Immobilien GmbH beträgt 58,0 Mio € für das Jahr 2008 (Vorjahr: 56,4 Mio €). Die Mieten wurden termingerecht bezahlt. Insofern ist im Jahr 2008 kein Aufwand aus einer Forderungsberichtigung oder einer zweifelhaften Forderung entstanden noch ist damit für die Folgejahre zu rechnen. Im Jahr 2008 gab es keine Verkaufsbeziehungen zwischen den externen Trägern und einem Konzernunternehmen der Deutsche Post AG.

Beziehungen zu nichteinbezogenen Unternehmen und assoziierten Unternehmen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht der Konzern unmittelbar oder mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit einer Vielzahl von nichteinbezogenen Unternehmen und assoziierten Gesellschaften, die als nahe stehende Unternehmen des Konzerns gelten, in Beziehung. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen, die mit den nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen durchgeführt, wie sie auch mit konzernfremden Dritten üblich sind. Im Geschäftsjahr 2008 wurden mit wesentlichen nahestehenden Unternehmen

Geschäfte getätigt, die zu folgenden Posten im Konzernabschluss geführt haben:

Mio €	2007	2008
Forderungen	43	4
Ausleihungen	17	12
Forderungen aus dem Inhouse Banking	6	2
Finanzschulden	-45	-45
Verbindlichkeiten	-57	-3
Verbindlichkeiten aus dem Inhouse Banking	-15	-9

56.2 Beziehungen zu nahestehenden Personen

Gemäß IAS 24 berichtet der Konzern auch über Geschäftsvorfälle zwischen ihm und seinen nahestehenden Personen bzw. deren Familienangehörigen. Als nahestehende Personen wurden deren Vorstand, Aufsichtsrat, Zentral- sowie Geschäftsbereichsleiter (Führungskräfte der Ebene 2) und deren Familienangehörige definiert.

Berichtspflichtige Geschäftsvorfälle zwischen Vorstand sowie deren Familienangehörigen und dem Konzern lagen im Geschäftsjahr 2008 nicht vor. In einigen Fällen waren Aufsichtsratsmitglieder in Rechtsgeschäfte mit der Deutsche Post AG involviert. Diese betrafen im Wesentlichen Dienstleistungserbringungen mit einem Umfang von 0,4 Mio € sowie Darlehensgewährungen durch die Deutsche Postbank AG. Führungskräfte der Ebene 2 bzw. deren Familienangehörige hatten in wenigen Fällen Geschäftsbeziehungen zur Deutsche Post AG. Diese bestanden hauptsächlich in der Erbringung von Beratungs- und Serviceleistungen. Der Umfang dieser

Geschäfte lag bei 0,8 Mio €. Den Führungskräften der Ebene 2 wurden insgesamt Darlehen in Höhe von 2,4 Mio € durch die Deutsche Postbank AG gewährt. Die Laufzeit variiert zwischen 3 und 15 Jahren. Sofern kein variabler Zinssatz vereinbart war, lag dieser zwischen 3,2 % und 5,6 %. Zum 31. Dezember 2008 betrug die Höhe der Darlehen noch 2,2 Mio €.

Die gemäß IAS 24 angabepflichtige Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen des Konzerns umfasst die Vergütung des aktiven Vorstands und Aufsichtsrats. Die aktiven Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats wurden wie folgt vergütet:

T €	2007	2008
Kurzfristige fällige Leistungen (ohne aktienbasierte Vergütung)	16.599	12.565
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	4.066	2.084
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	8.363	0
Aktienbasierte Vergütungen	3.571	926
Gesamt	32.599	15.575

Als Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird der aus den Pensionsrückstellungen für die aktiven Vorstandsmitglieder resultierende Dienstzeitaufwand (Service Cost) ausgewiesen. Die Angabe der aktienbasierten Vergütung bezieht sich auf den für das Geschäftsjahr 2008 erfassten Aufwand für die aktienbasierte Vergütung. Er wird in der folgenden Tabelle individualisiert dargestellt:

Aktienbasierte Vergütung

T €	2007			2008		
	Aktioptionen	SAR	Gesamt	Aktioptionen	SAR	Gesamt
Dr. Frank Appel, Vorstandsvorsitzender	161	431	592	43	167	210
John Allan	0	35	35	0	84	84
Bruce Edwards	-	-	-	0	73	73
Jürgen Gerdes	11	105	116	11	96	107
John P. Mullen	106	431	537	43	131	174
Walter Scheurle	161	431	592	43	131	174
Hermann Ude	-	-	-	11	73	84
Dr. Wolfgang Klein (bis 9. November 2008)	0	0	0	0	0	0
Dr. Klaus Zumwinkel (bis 17. Februar 2008)	242	647	889	9	11	20
Prof. Dr. Edgar Ernst (bis 30. Juni 2007)	139	289	428	-	-	-
Dr. Hans-Dieter Petram (bis 30. Juni 2007)	118	146	264	-	-	-
Prof. Dr. Wulf von Schimmelmann (bis 30. Juni 2007)	118	0	118	-	-	-
Aktienbasierte Vergütung	1.056	2.515	3.571	160	766	926

Weitere Angaben zu den aktienbasierten Vergütungen der Vorstände im Geschäftsjahr 2008 sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Stück	Dr. Frank Appel	John Allan	Bruce Edwards	Jürgen Gerdes	Dr. Wolfgang Klein ¹⁾	John P. Mullen	Walter Scheurle	Hermann Ude	Dr. Klaus Zumwinkel ²⁾
AOP									
Ausstehende Optionen zum 1. Januar 2008	163.560	0	0	42.814	17.272	114.844	138.560	40.376	245.342
Gewährte Optionen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verfallene Optionen	97.572	0	0	25.542	0	97.572	97.572	24.060	146.358
Ausgeübte Optionen	0	0	0	0	17.272	0	15.000	0	0
Ausstehende Optionen zum 31. Dezember 2008	65.988	0	0	17.272	0	17.272	25.988	16.316	98.984
Ausübbarer Optionen zum 31. Dezember 2008	65.988	0	0	17.272	0	17.272	25.988	16.316	98.984
Durchschnittlich gewichteter Abrechnungskurs in €	Keine Ausübung	Keine Ausübung	Keine Ausübung	Keine Ausübung	22,68	Keine Ausübung	23,33	Keine Ausübung	Keine Ausübung
Durchschnittlich gewichteter Ausübungspreis in €	Keine Ausübung	Keine Ausübung	Keine Ausübung	Keine Ausübung	17,00	Keine Ausübung	17,00	Keine Ausübung	Keine Ausübung
Gewichteter Durchschnitt der restlichen Laufzeit in Jahren	0,5			0,5		0,5	0,5	0,5	0,5
SAR									
Ausstehende Rechte zum 1. Januar 2008	430.000	55.000	170.508	244.172	0	430.000	430.000	107.262	645.000
Gewährte SAR	345.000	230.000	230.000	230.000	0	230.000	230.000	230.000	0
Verfallene SAR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausgeübte SAR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausstehende SAR zum 31. Dezember 2008	775.000	285.000	400.508	474.172	0	660.000	660.000	337.262	645.000
Ausübbarer SAR zum 31. Dezember 2008	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Durchschnittlich gewichteter Abrechnungskurs in €	Alle gewährten SAR befinden sich noch in der Wartezeit								
Durchschnittlich gewichteter Ausübungspreis in €									
Gewichteter Durchschnitt der restlichen Laufzeit in Jahren	1,67	2,30	1,78	1,78	k. A.	1,53	1,53	2,02	1,01

1) Bis 9. November 2008

2) Bis 17. Februar 2008

Vergütung des Vorstands

Die Gesamtvergütung der aktiven Mitglieder des Vorstands inklusive der Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung belief sich im Geschäftsjahr 2008 insgesamt auf 16,7 Mio € (Vorjahr: 22,1 Mio €). Davon entfielen 9,0 Mio € (Vorjahr: 8,7 Mio €) auf erfolgsunabhängige Komponenten (Fixum und Nebenleistung), 2,9 Mio € (Vorjahr: 7,0 Mio €) auf erfolgsbezogene Komponenten (Variable) sowie 4,8 Mio € (Vorjahr: 6,4 Mio €) auf Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung (SAR). Die Anzahl der SAR betrug 1.725.000 Stück (Vorjahr: 1.375.000 Stück)

Ehemalige Mitglieder des Vorstandes

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 43,1 Mio € (Vorjahr: 10,28 Mio €), die Vorjahreszahlen wurden infolge der Anwendung des DRS 17 angepasst). Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (DBO) für laufende Pensionen beläuft sich auf 25,3 Mio € (Vorjahr: 27,0 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2008 betrug die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats rund 0,67 Mio € (Vorjahr: 0,9 Mio €), davon entfielen

0,5 Mio € auf das Fixum (Vorjahr: 0,6) sowie 0,1 Mio € auf Sitzungsgelder (Vorjahr: 0,1 Mio €). Im Geschäftsjahr 2007 wurde noch eine kurzfristige erfolgsabhängige Vergütung in Höhe von 0,2 Mio € gezahlt. Auf Grundlage eines inzwischen beendeten Vertrags hat Prof. Dr. von Schimmelmann im Geschäftsjahr 2008 für Beratungstätigkeiten außerhalb seiner Aufsichtsrats Tätigkeit eine Vergütung von 384 T € erhalten.

Weitere Angaben zur individualisierten Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich im Corporate-Governance-Bericht, dessen Vergütungsbericht gleichzeitig Bestandteil des Lageberichts ist.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Post AG halten am 31. Dezember 2008 Aktien der Gesellschaft im Umfang von weniger als 1 % des Grundkapitals der Gesellschaft.

Meldepflichtige Transaktionen

Die der Deutsche Post AG gem. § 15 a Wertpapierhandelsgesetz gemeldeten Transaktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Wertpapieren der Gesellschaft sind auf der Website der Gesellschaft unter www.dpwn.de einsehbar.

57 Wesentliche Tochterunternehmen und Beteiligungen

	Land	Kapital- und Stimmrechtsanteile in %		Umsatzerlöse Mio €	
		31. Dezember 2007	31. Dezember 2008	2007 ¹⁾	2008 ¹⁾
Wesentliche Tochterunternehmen					
Fortgeführte Geschäftsbereiche					
BRIEF					
DHL Vertriebs GmbH & Co. OHG	Deutschland	100,00	100,00	1.597	1.630
Global Mail Inc.	USA	100,00	100,00	556	486
DHL Global Mail (UK) Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	172	146
DHL Global Mail Services (France) SAS	Frankreich	100,00	100,00	3	113 ²⁾
Deutsche Post Customer Service Center GmbH	Deutschland	100,00	100,00	69	74
Interlanden B.V.	Niederlande	100,00	100,00	73	74
Deutsche Post Selekt Mail Nederland C.V.	Niederlande	51,00	51,00	65	57
Deutsche Post Com GmbH	Deutschland	100,00	100,00	40	47
Deutsche Post Global Mail (Australia) Pty Ltd.	Australien	100,00	100,00	29	33
Deutsche Post Adress GmbH & Co. KG	Deutschland	51,00	51,00	33	32
Güll GmbH	Deutschland	51,00	51,00	33	31
EXPRESS, GLOBAL FORWARDING/FREIGHT, SUPPLY CHAIN/CI					
Exel Europe Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	3.283	3.049
DHL Express (USA) Inc.	USA	100,00	100,00	3.127	2.486
Air Express International USA Inc.	USA	100,00	100,00	1.848	1.735
DHL Freight GmbH	Deutschland	100,00	100,00	1.434	1.482
Exel Inc.	USA	100,00	100,00	1.508	1.332
Danzas Z.F. Freight Agency Co. Ltd.	China	49,00	49,00	719	1.041 ³⁾
DHL Global Forwarding GmbH	Deutschland	100,00	100,00	964	1.016
DHL Express (Sweden) AB	Schweden	100,00	100,00	957	948
DHL Express (Italy) S.r.L.	Italien	100,00	100,00	891	895
DHL Global Forwarding (UK) Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	687	673
DHL Solutions GmbH	Deutschland	100,00	100,00	623	666
DHL Global Forwarding (Hong Kong) Ltd.	China	100,00	100,00	628	641
DHL Express (UK) Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	714	623
DHL Express Germany GmbH	Deutschland	100,00	100,00	581	595
DHL Global Forwarding (France) SAS	Frankreich	100,00	100,00	477	534
Exel UK Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	708	531
DHL Global Forwarding (Italy) S.p.A.	Italien	100,00	100,00	479	527
DHL Express Iberia S.L. (Gruppe)	Spanien	100,00	100,00	533	525
Exel Transportation Services Inc.	USA	100,00	100,00	490	525
DHL Express (Netherlands) B.V.	Niederlande	100,00	100,00	682	524
DHL International (UK) Ltd.	Großbritannien	100,00	100,00	607	522
DHL Sinotrans International Air Courier Ltd.	China	51,68	51,68	458	491
DHL Logistics (Brazil) Ltda.	Brasilien	100,00	100,00	398	479
DHL Logistics (China) Co., Ltd.	China	50,00	100,00	211	443 ⁴⁾
DHL Logistics (Schweiz) AG	Schweiz	100,00	100,00	400	431
DHL Exel Supply Chain (Spain) S.L.	Spanien	100,00	100,00	420	423
Williams Lea Limited	Großbritannien	66,15	95,96	484	417
DHL Danzas Air & Ocean (Netherlands) B.V.	Niederlande	100,00	100,00	397	396
DHL Global Forwarding (Sweden) AB	Schweden	100,00	100,00	411	394
SCM Supply Chain Management Inc.	Kanada	100,00	100,00	400	391
Aufgegebene Geschäftsbereiche					
Deutsche Postbank AG (Gruppe)	Deutschland	50,00 + 1 Aktie	62,35	10.344	11.226
Wesentliche Gemeinschaftsunternehmen⁵⁾					
Express Couriers Ltd.	Neuseeland	50,00	50,00	84	86
Bahwan Exel LLC	Oman	50,00	49,00	22	32
Express Couriers Australia Pty Ltd.	Australien	–	50,00	–	28 ⁶⁾
Wesentliche assoziierte Unternehmen					
Air Hong Kong Ltd.	China	40,00	40,00		

1) IAS-Werte gemäß Einzelabschluss 2) Im Januar 2008 Koba SA verschmolzen auf DHL Global Mail Services (France) SAS 3) Aufgrund vertraglicher Regelungen gemäß IAS 27.13 b Vollkonsolidierung 4) Seit April 2008 voll konsolidiert. Vorjahr: quotierte Werte 5) Quotierte Werte 6) Gründung im Februar 2008

58 Honorare des Abschlussprüfers

Für die im Geschäftsjahr 2008 und im Vorjahr erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers des Konzernabschlusses, PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, sind folgende Honorare als Aufwand erfasst worden:

Mio €	2007	2008
Abschlussprüfungen	13,7	14,5
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	5,9	7,6
Steuerberatungsleistungen	0,3	0,8
Sonstige Leistungen	4,6	11,7
Honorare des Abschlussprüfers	24,5	34,6

59 Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die Deutsche Post AG nimmt für das Geschäftsjahr 2008 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB für folgende Gesellschaften in Anspruch:

- Danzas Deutschland Holding GmbH
- Deutsche Post Adress Beteiligungsgesellschaft mbH
- Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH
- Deutsche Post Com GmbH
- Deutsche Post Consult GmbH
- Deutsche Post Customer Service Center GmbH
- Deutsche Post Direkt GmbH
- Deutsche Post Fleet GmbH
- Deutsche Post Immobilien GmbH
- Deutsche Post IT BRIEF GmbH
- Deutsche Post IT Services GmbH
- Deutsche Post Real Estate Germany GmbH
- Deutsche Post Shop Essen GmbH
- Deutsche Post Shop Hannover GmbH
- Deutsche Post Shop München GmbH
- Deutsche Post Technischer Service GmbH
- Deutsche Post World Net Inhouse Consulting GmbH
- Deutsche Post World Net Market Research and Innovation GmbH
- DHL Airways GmbH
- DHL Automotive GmbH
- DHL BWLog GmbH
- DHL Express Germany GmbH
- DHL Global Forwarding GmbH
- DHL Global Management GmbH
- DHL Home Delivery GmbH
- DHL Hub Leipzig GmbH
- DHL International GmbH
- DHL Logistics GmbH
- DHL Solutions Fashion GmbH
- DHL Solutions GmbH
- DHL Solutions Großgut GmbH
- DHL Solutions Retail GmbH

- DHL Verwaltungs GmbH
- European Air Transport Leipzig GmbH
- interserv Gesellschaft für Personal- und Beraterdienstleistungen mbH
- ITG GmbH Internationale Spedition
- Werbeagentur Janssen GmbH
- Williams Lea Deutschland GmbH
- Williams Lea Direct Marketing Solutions GmbH
- Williams Lea Document Solutions GmbH
- Williams Lea Inhouse Solutions GmbH
- Williams Lea Marketing Solutions GmbH
- Williams Lea Print Solutions GmbH

60 Entsprechenserklärung zum Corporate-Governance-Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG haben gemeinsam am 16. Dezember 2008 die nach § 161 des Aktiengesetzes vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex für das Geschäftsjahr 2008 abgegeben. Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG, deren Abschluss in den Konzernabschluss der Deutsche Post AG einbezogen wird, haben am 28. November 2008 die Entsprechenserklärung abgegeben. Die Entsprechenserklärungen sind im Internet unter www.corporate-governance-codex.de und auf der Homepage www.dpwn.de bzw. www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

61 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 14. Januar 2009 wurde bekanntgegeben, dass Deutsche Bank AG und Deutsche Post AG die Struktur des Postbank-Beteiligungsvertrags anpassen. Die Deutsche Bank AG und die Deutsche Post AG haben eine verbesserte Transaktionsstruktur auf Basis des bisherigen Kaufpreises für den Erwerb von Aktien der Deutsche Postbank AG durch die Deutsche Bank vereinbart. Der Vertrag wird nun in drei Teilen umgesetzt. Die Deutsche Post AG erhielt in dieser neuen Vertragsstruktur die Erlöse aus der Gesamttransaktion am Tag des Closing (25. Februar 2009) und damit wesentlich früher als ursprünglich vereinbart. Der Barwert der Transaktion entspricht 4,9 Mrd €.

In einem ersten Schritt wird die Deutsche Bank 50 Mio Aktien der Postbank – das entspricht einem Anteil von 22,9 % – im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung erwerben. Mit der Eintragung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister wird die Deutsche Post einen Anteil von rund 8 % an der Deutschen Bank halten. Über die eine Hälfte dieser Aktien kann die Deutsche Post ab Ende April frei verfügen. Die andere Hälfte dieser Aktien ist ab Mitte Juni veräußerbar. Für eine Veräußerung sind marktschonende Mechanismen vereinbart worden. Für die Zeit bis zur Veräußerbarkeit sind in bestimmtem Umfang Kurssicherungsmaßnahmen abgeschlossen worden.

Zeitgleich hat die Deutsche Bank in einer zweiten Tranche eine Pflichtumtauschleihe der Deutschen Post zu 100 % gezeichnet, die nach Ablauf von drei Jahren inklusive der aufgelaufenen

Zinsen in 60 Mio Aktien oder 27,4 % der Postbank getauscht wird. Dabei handelt es sich um eine Nullkupon-Anleihe mit einer Verzinsung von 4 % p.a. Der Barwert zum Zeitpunkt des Closing beträgt 2,6 Mrd €.

Für die verbleibenden Aktien (26,4 Mio Aktien bzw. 12,1 %) bestehen weiterhin Kauf- und Verkaufsoptionen. Die Optionen werden durch die Zahlung des Barwertes zum Zeitpunkt des Closing in Höhe von 1,1 Mrd € besichert. Die Fristen zur Ausübung der Optionen laufen nun zwischen dem 36. und 48. Monat nach Abschluss der Transaktion. Durch Besicherung der Verkaufsoption und durch die Zeichnung der Pflichtumtauschleihe erhält die Deutsche Post unmittelbar liquide Mittel von 4,2 Mrd €, wovon 3,1 Mrd € bereits am 2. Januar 2009 und weitere 1,1 Mrd. € am 25. Februar 2009 an die Deutsche Post geflossen sind.

62 Sonstiges

Der Konzern hat im Januar 2009 mit dem spanischen Telekommunikationsunternehmen Telefónica einen Dienstleistungsvertrag für 28 europäische Länder über fünf Jahre geschlossen. Telefónica wird damit der Hauptdienstleister für die europäischen Festnetz- und Mobilienste des Konzerns. Der Vertrag soll während seiner Laufzeit zu Kosteneinsparungen von mehr als 150 Millionen Euro führen. Vorbehaltlich der regulären Zustimmung durch die Kartellbehörden und nach Abschluss der Transaktion sollen die Dienste ab dem Frühsommer 2009 von einem rund um die Uhr arbeitenden Servicezentrum in Prag bereitgestellt werden. Deutschland ist aufgrund eines langfristigen Vertrags mit der Deutschen Telekom von der Vereinbarung mit Telefónica ausgenommen.

63 Zusatzinformation: Konzernabschluss unter Einbeziehung der Deutschen Postbank Gruppe nach der Equity-Methode (Postbank at Equity)

Zusätzlich zu dem Konzernabschluss mit der vollständigen Einbeziehung der Deutschen Postbank Gruppe wurde ein Konzernabschluss unter Einbeziehung der Deutschen Postbank Gruppe nach der Equity-Methode erstellt, da die Geschäftstätigkeit der Deutschen Postbank Gruppe sich grundlegend vom gewöhnlichen Geschäft der anderen im Konzern befindlichen Unternehmen unterscheidet. In dem nachstehenden Konzernabschluss zum 31. Dezember 2008 wurde die Deutsche Postbank Gruppe aus der Vollkonsolidierung herausgelöst. Lediglich in Form einer nach der Equity-Methode bewerteten Finanzanlage findet die Deutsche Postbank Gruppe Berücksichtigung in diesem Zusatz-Abschluss. Von den IFRS-Vorschriften wird in diesem Zusatz-Abschluss insoweit abgewichen, als dass auf eine vom IAS 27 geforderte Vollkonsolidierung, bezogen auf die Deutsche Postbank Gruppe, verzichtet wurde und stattdessen die Einbeziehung nach der Equity-Methode erfolgt.

Die Kapitalflussrechnung Postbank at Equity setzt auf dem Konzernabschluss Postbank at Equity auf. Dies bedeutet, dass die Zahlungsströme der Deutschen Postbank Gruppe eliminiert werden, die Zahlungsströme der Konzerngesellschaften gegenüber der Deutschen Postbank Gruppe jedoch wieder aufleben. Des Weiteren geht das Ergebnis aus der Equity-Bewertung der Deutschen Postbank Gruppe als nicht zahlungswirksam in den Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit ein. Die Dividende, die die Deutsche Postbank AG an die Deutsche Post AG gezahlt hat, wird als Mittelzufluss innerhalb der Investitionstätigkeit erfasst. Alle anderen Sachverhalte werden in derselben Weise behandelt wie in der Konzern-Kapitalflussrechnung. Weitere Erläuterungen zu der Kapitalflussrechnung siehe [Textziffer 50](#).

63.1 Zusatzinformation: Gewinn-und-Verlust-Rechnung (Postbank at Equity)

1. Januar bis 31. Dezember

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Umsatzerlöse	54.043	54.474
Sonstige betriebliche Erträge	2.343	2.736
Gesamte betriebliche Erträge	56.386	57.210
Materialaufwand	-30.703	-31.979
Personalaufwand	-17.169	-17.990
Abschreibungen	-2.196	-2.662
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.185	-5.146
Gesamte betriebliche Aufwendungen	-54.253	-57.777
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	2.133	-567
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	3	2
Ergebnis aus Equity-Bewertung Deutsche Postbank Gruppe	429	-357
Sonstige Finanzerträge	103	621
Sonstige Finanzaufwendungen	-1.051	-1.122
Sonstiges Finanzergebnis	-948	-501
Finanzergebnis	-516	-856
Ergebnis vor Ertragsteuern	1.617	-1.423
Ertragsteuern	-173	-200
Konzernjahresergebnis	1.444	-1.623
Davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG	1.383	-1.688
Minderheiten	61	65

1) Siehe Anhang, Textziffer 5

63.2 Zusatzinformation: Bilanz (Postbank at Equity)

Zum 31. Dezember

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
AKTIVA		
Immaterielle Vermögenswerte	12.792	11.627
Sachanlagen	7.826	6.676
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	115	32
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	203	61
Beteiligungen an der Deutschen Postbank Gruppe	1.639	2.173
Andere Finanzanlagen	754	574
Finanzanlagen	2.596	2.808
Sonstige langfristige Vermögenswerte	497	514
Aktive latente Steuern	537	1.033
Langfristige Vermögenswerte	24.363	22.690
Vorräte	248	269
Ertragsteueransprüche	195	191
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	9.377	8.715
Finanzinstrumente	74	50
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.339	1.350
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	50	48
Kurzfristige Vermögenswerte	11.283	10.623
Summe Aktiva	35.646	33.313
PASSIVA		
Gezeichnetes Kapital	1.207	1.209
Andere Rücklagen	875	439
Gewinnrücklagen	8.953	6.178
Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	11.035	7.826
Minderheitsanteile	146	111
Eigenkapital	11.181	7.937
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4.846	4.685
Passive latente Steuern	467	833
Andere Rückstellungen	2.073	2.511
Langfristige Rückstellungen	7.386	8.029
Finanzschulden	3.822	3.318
Andere Verbindlichkeiten	365	367
Langfristige Verbindlichkeiten	4.187	3.685
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	11.573	11.714
Kurzfristige Rückstellungen	1.680	2.807
Finanzschulden	1.156	779
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.211	4.980
Ertragsteuerverpflichtungen	352	351
Andere Verbindlichkeiten	4.493	4.745
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	11.212	10.855
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	12.892	13.662
Summe Passiva	35.646	33.313

1) Siehe Anhang, Textziffer 5

63.3 Zusatzinformation: Kapitalflussrechnung (Postbank at Equity)

1. Januar bis 31. Dezember

Mio €	2007 angepasst ¹⁾	2008
Ergebnis vor Steuern	1.617	-1.423
Finanzergebnis ohne Ergebnis aus Equity-Bewertung	945	499
Ergebnis aus Equity-Bewertung	-429	357
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	2.133	-567
Abschreibungen auf langfristige Vermögenswerte	2.196	2.662
Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	-226	-76
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	47	217
Veränderung Rückstellungen	-877	838
Veränderung sonstige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	-146	-20
Ertragsteuerzahlungen	-278	-325
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens	2.849	2.729
Veränderung von Posten der kurzfristigen Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten		
Vorräte	10	-50
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	-657	583
Verbindlichkeiten und sonstige Posten	606	100
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit	2.808	3.362
Einzahlungen aus Abgängen von langfristigen Vermögenswerten		
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten	62	0
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	625	1.421
Sonstige Finanzanlagen	131	162
	818	1.583
Auszahlungen für Investitionen in langfristige Vermögenswerte		
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten	-261	-424
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	-1.930	-1.660
Sonstige Finanzanlagen	-152	-1.085
	-2.343	-3.169
Erhaltene Zinsen	112	570
Dividende Postbank	103	103
Kurzfristige Finanzinstrumente	0	-1
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-1.310	-914
Aufnahme langfristiger Finanzschulden	552	176
Tilgung langfristiger Finanzschulden	-452	-497
Veränderung kurzfristiger Finanzschulden	-857	-337
Sonstige Finanzierungstätigkeit	153	-148
An Aktionäre der Deutsche Post AG gezahlte Dividende	-903	-1.087
An andere Gesellschafter gezahlte Dividende	-56	-80
Emission von Aktien aufgrund Aktienoptionsprogramm	73	21
Zinszahlungen	-411	-434
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-1.901	-2.386
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel	-403	62
Einfluss von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel	-46	-53
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung des Finanzmittelbestandes	27	2
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Berichtsperiode	1.761	1.339
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	1.339	1.350

1) Siehe Anhang, Textziffer 50


Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 25. Februar 2009
Deutsche Post AG
Der Vorstand


Dr. Frank Appel


John Allan


Bruce Edwards


Jürgen Gerdes


John P. Mullen


Walter Scheurle


Hermann Ude

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Post AG, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Anhang (Notes) – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen

internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht im Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 13. Februar 2009/25. Februar 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klaus-Dieter Ruske
Wirtschaftsprüfer

Hans-Joachim Holte
Wirtschaftsprüfer